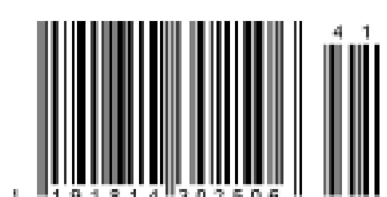
Syrien: Saudis wollen keinen Frieden S.2

Preußische Allgemeine Zeitung
Das Ostpreußenblatt
Einzelverkaufspreis: 2,50 Euro
Nr. 41 – 12. Oktober 2013
Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland
C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Ernüchternd: Die Bundeswehr verlässt ein instabiles Afghanistan, das jederzeit wieder Opfer von Extremisten werden kann Bild: pa

Scheitern mit Ansage

Die Gesamtbilanz des deutschen Engagements in Afghanistan ist verheerend

Mit der Übergabe des Feldlagers Kundus an die Afghanen haben die Bundesminister Guido Westerwelle und Thomas de Maizière die letzte Phase des Kampfeinsatzes am Hindukusch eingeläutet. Ihre feierlichen, von Stolz geprägten Worte können jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass das ehrgeizige Vorhaben, in Afghanistan ein ziviles, demokratisches Gemeinwesen aufzubauen, gescheitert ist.

Genau genommen ist das deutsche Engagement in Afghanistan sogar ein Fiasko mit Ansage. „Gemeinsam gegen den internationalen Terror“, das klang zu edel, zu gut, als dass jemand in der deutschen Politik bei der Entscheidung darüber abseits stehen wollte. Nicht deutsche Interessen und grundsatzorientiertes Handeln waren das Motiv, sich an der Mission zu beteiligen, sondern einzig das Bemühen, Bündnistreue um jeden Preis zu demonstrieren. So stürzte Bundeskanzler Gerhard Schröder Deutschland in ein unvorbereitetes, nicht durchdachtes und damit ungewisses Abenteuer, als er den USA „uneingeschränkte Solidarität“ zusicherte und sein Verteidigungsminister Peter Struck die Heimatfront kurzerhand an den Hindukusch verlegte. Was dabei für Deutschland herauskommen sollte, wurde nicht definiert. Damit wurde die Bundeswehr zwar nicht geografisch, wohl aber hinsichtlich des tieferen Sinns ihres Einsatzes ins Nirgendwo geschickt. Demzufolge blieb auch ihr Auftrag unbestimmt: Afghanistan sollte dem „internationalen Terrorismus“ als Rückzugsland verwehrt und die Lebensbedingungen der Afghanen sollten verbessert werden.

Der Einsatz nicht von Zielen geleitet, der Auftrag unbestimmt

Doch gut gemeint bedeutet auch in diesem Fall nicht automatisch gut gemacht. Denn zehn Jahre, 54 tote Bundeswehrsoldaten und gesamtgesellschaftliche Lasten in Höhe von rund 20 Milliarden Euro später ist die Gesamtbilanz des deutschen Engagements am Hindukusch verheerend. Von Stabilität und Frieden ist Afghanistan weit entfernt. Stattdessen blühen Korruption, Armut und Drogenhandel. Religions- und Meinungsfreiheit gibt es ebenso wenig wie Frauenrechte oder ein funktionierendes Rechtswesen. Die sogenannten Aufständischen sind stärker denn je und die dschihadistischen Terroristen sind einfach in andere Länder ausgewichen, wobei sie ihre territoriale und personelle Machtbasis sogar noch ausbauen konnten.

Dieser Fehlschlag zeigt, dass eine Mission nur dann nachhaltigen Erfolg haben kann, wenn sie Teil eines außen- und sicherheitspolitischen Gesamtkonzepts ist. Ein solches fehlt in Deutschland jedoch. Wohl wird immer wieder die gewachsene Verantwortung der größten Volkswirtschaft Europas betont, allerdings hat dies bisher nicht die Formulierung verbindlicher außen- und sicherheitspolitischer Interessen, Ziele und Vorgaben nach sich gezogen. Deutschlands Außen- und Sicherheitspolitik bleibt somit beliebig und Entscheidungen werden weiter aus der momentanen Situation heraus getroffen. Bevor die Politik die Bundeswehr in den nächsten Einsatz schickt, muss sie ihre Hausaufgaben machen und das endlich ändern. *Jan Heitmann*

JAN HEITMANN:

Getrübter Blick

Was sich auf dem Mittelmeer vor Lampedusa abgespielt hat, ist eine schreckliche Tragödie. Das Entsetzen darüber scheint vielen allerdings den Blick für die Realität zu trüben. Anders ist es nicht zu erklären, dass Politiker und Medien fast einhellig fordern, Europa solle sich für afrikanische Flüchtlinge öffnen. Auch wollen sie nicht, dass härter gegen die Schleuser vorgegangen wird, da sich die Afrikaner sonst noch viel gefährlichere Fluchtmöglichkeiten suchen würden. Tatsache ist jedoch, dass die Afrikaner illegal einzuwandern versuchen und damit gegen Recht und Gesetz verstoßen. Die Forderung, ihnen eine sichere Passage über das Mittelmeer und eine ungehinderte Einreise zu ermöglichen, ist etwa so, als würde man die Abschaffung des Einbruchschutzes verlangen, damit sich Kriminelle leichter an fremdem Eigentum vergreifen können.

Längst nicht alle der Lampedusa-Flüchtlinge kommen aus den Unruhe- und Hungerregionen des Schwarzen Kontinents. Und wer einem Schleuser mehrere tausend US-Dollar zahlen kann, dürfte kaum wirklich in Not sein. Diese Menschen wollen einfach nur besser leben, wofür sie in Europa dank großzügiger staatlicher Leistungen die besten Chancen haben. Das kann man ihnen nicht verübeln, man muss es aber auch nicht unterstützen. Wir sind weder verpflichtet noch in der Lage, die Probleme der ganzen Welt zu schultern oder allen Menschen Wohlfahrt zu garantieren. Niemand kann sagen, wie viele Flüchtlinge Europa aufnehmen kann, wann das Boot voll ist. Allein Deutschland wird in diesem Jahr 100000 Zuwanderer aus aller Welt aufnehmen. Was passiert, wenn ein Boot überladen ist, hat man vor Lampedusa gesehen.

Lucke steht allein

AfD streitet über Ausgrenzung potenzieller Mitglieder

In der Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) gibt es Streit. Auslöser ist der von Bernd Lucke, einem der drei gleichberechtigten AfD-Bundessprecher, verhängte Aufnahmestopp für ehemalige Mitglieder der Partei „Die Freiheit“ und anderer Kleinparteien mit Ausnahme der FDP. Zur Begründung erklärte Lucke, man wolle keine Mitglieder mit „islamophober und latent fremdenfeindlicher Einstellung“ in der AfD haben. Lediglich in „gut begründeten Ausnahmesituationen“ sei eine Aufnahme möglich. Dadurch, dass sich Lucke kurioserweise die Kriterien genau derjenigen zu eigen macht, die ihn wegen des Gebrauchs des Wortes „entartet“ in die rechtspopulistische Ecke rücken, fällt er ein Pauschalurteil über die Mitglieder aller Kleinparteien.

Dagegen regt sich Widerstand in der eigenen Parteispitze. Frauke

Parteifunktionäre gegen Denkverbote

Petry, ebenfalls Bundessprecherin, kritisiert, dass Luckes Vorstoß nicht im Vorstand abgesprochen worden sei. Er habe auch nicht die Befugnis, den unteren Parteigliederungen Vorschriften zu machen. Man werde ehemalige Mitglieder „Der Freiheit“ nicht generell als rechtspopulistisch abqualifizieren. Ein pauschaler Aufnahmestopp könne nicht ohne parteiinterne Diskussion verhängt werden, so Petry.

„Nicht glücklich“ mit Luckes „etwas überspitzter Mitteilung“ ist auch Alexander Gauland, Mitglied des Brandenburger AfD-Vorstandes und stellvertretender Bundessprecher. Sein Landesverband werde Aufnahmeanträge ehemaliger „Freiheit“-Mitglieder weiter prüfen. Noch deutlicher formuliert es Matthias Wohlfarth, Zweiter Sprecher der AfD in Thüringen, indem er feststellt, dass das Programm der „Freiheit“ „in vielen Punkten mit dem der AfD“ übereinstimme. Gerade beim Thema Islamkritik dürfe es, so Wohlfarth, „keine Denkverbote“ geben. *J.H.*

Teures Wissen

EZB wird Finanzierungslücken bei Banken offenlegen

Die letzten Jahre haben gezeigt, dass die Europäische Zentralbank (EZB) bereit ist, Prinzipien über Bord zu werfen, um die Banken in der Euro-Zone und den Euro selbst zu retten. Trotzdem ist die EZB überzeugt, dass sie am ehesten in der Lage sei, Risiken in Bankbilanzen rechtzeitig zu erkennen und Maßnahmen zu ergreifen, um eine Pleite zu verhindern. Und da die nationale Bankenaufsicht in fast allen europäischen Staaten in den letzten Jahren nachweislich versagt hat, soll nun die Aufsicht der Großbanken der Euro-Zone künftig der EZB obliegen.

Doch schon vor der ersten Bestandsaufnahme haben die Zentralbanker ein Problem. Denn einerseits wollen sie strenger prüfen als die nationalen Aufseher, gleichzeitig dürfen sie aber nicht zu streng prüfen, da eine Offenlegung bisher nur vermuteter, aber noch nicht of-

Steuerzahler werden Defizite ausgleichen

fizieller Finanzierungslücken bei den Banken eine neue Krise auslösen würde.

Während von deutscher Seite normalerweise auf das Anlegen strenger Kriterien gepocht wird, ist dies in diesem Fall gar nicht so sehr erwünscht. Denn auch wenn die deutsche Bankenaufsicht Bafin meint, die notleidenden Schiffskredite von Commerzbank, HSH Nordbank und NordLB seien im ausreichenden Umfang abgeschrieben worden, vermuten Branchenexperten hier weitere milliardenschwere Lücken, die der deutsche Steuerzahler ausgleichen müsste.

Während aber Deutschland für derartige Defizite den nationalen Bankenrettungsfonds Soffin hat, verfügen andere Länder nicht über derartige Finanzierungskonstrukte. Da aber bei italienischen, spanischen und irischen Banken ein hoher Kapitalbedarf vermutet wird, müsste nach Offenlegung durch die EZB der ESM und somit auch der deutsche Steuerzahler aushelfen. *Bel*

MELDUNGEN

Intensivtäter wieder frei

Berlin – Wie üblich hat die Berliner Justiz einen arabischen Intensivtäter gleich nach Begehung eines Überfalls wieder auf freien Fuß gesetzt. Der 18-jährige Omar A. hatte am 2. Oktober um 18.50 Uhr in Berlin-Gesundbrunnen die Beifahrertür eines Autos aufgerissen, als dessen Fahrer gerade einparken wollte. Er forderte von dem Fahrer Geld; als er es nicht erhielt, stahl er einen Laptop aus dem Wagen und flüchtete. Der ihn verfolgende Autofahrer wurde von zwei Komplizen des Arabers niedergeschlagen. Ein zufällig vorbeikommender Polizist außer Dienst konnte den sich heftig wehrenden polizeibekannten Intensivtäter festnehmen. Wie die Polizei auf Anfrage der *PAZ* mitteilte, wurde der Tatverdächtige „nach den polizeilichen Maßnahmen“ wieder entlassen. *M.L.*

Arbeitslosigkeit steigt

Nürnberg – Die Bundesagentur für Arbeit (BA) nimmt mit Sorge zur Kenntnis, dass die Zahl der Arbeitslosen saisonbereinigt im September um 25 000 Personen gestiegen ist. Da zugleich die Zahl der Erwerbstätigen aber auf 41,96 Millionen emporgeschnellt ist, hängt der Druck auf dem Arbeitsmarkt nicht mit einer steigenden Zahl von Entlassungen zusammen. Es sei laut BA vielmehr so, dass die steigende Zahl von Zuwanderern aus Süd- und Osteuropa den Wettbewerb auf dem deutschen Arbeitsmarkt erhöhte. Allein in diesem Jahr seien bereits 270 000 Personen aus EU-Staaten auf Arbeitssuche nach Deutschland gekommen. Zugleich würden bislang nicht berufstätige Frauen stärker auf den Arbeitsmarkt drängen, während ältere Arbeitnehmer länger im Beruf blieben. *Bel*

Die Schulden-Uhr: Zypern braucht mehr Geld

Obwohl dem kleinen Zypern im Rahmen seiner Bankenrettung bereits zehn Milliarden Euro zugesagt wurden, von denen es schon einige Milliarden ausgezahlt bekam, zeichnet sich schon jetzt ab, dass die Summe nicht ausreichen wird. Richtig überraschen dürfte dies jedoch nicht, denn da das Land davon lebte, als Steueroase Schwarzgelder zu verwalten, ihm dieses Geschäftsmodell nun aber abhanden gekommen ist, brach die Wirtschaftsleistung dramatisch ein. Obwohl diese Fakten bekannt waren, ging die EU davon aus, dass das Bruttoinlandsprodukt nur um rund sechs Prozent einbricht, doch nun zeichnet sich ab, dass es eher zwölf Prozent werden. Die damit verbundene steigende Arbeitslosigkeit sorgt dafür, dass immer weniger Kreditnehmer ihre Darlehen zurückzahlen können. So wird nun damit gerechnet, dass Zypern weitere 1,5 Milliarden Euro an Hilfsgeldern benötigt. *Bel*

2.062.004.913.551 €

Vorwoche: 2.061.329.394.687 €
Verschuldung pro Kopf: 25.615 €
Vorwoche: 25.607 €

(Dienstag, 8. Oktober 2013, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Friedenssignale erzürnen Saudis

US-Luftangriffe auf Syrien hätten den von Riad finanzierten Islamisten in die Karten gespielt

Weithin gilt die Bereitschaft des syrischen Staatschefs Baschar al-Assad, seine Chemiewaffen unter internationaler Kontrolle vernichten zu lassen, als Schritt in die richtige Richtung. Nicht so in Saudi-Arabien. Vertreter des dortigen Regimes sind wegen des Chemiewaffenabkommens geradezu außer sich.

Die von den USA unterstützte Politik zur Chemiewaffenkontrolle gibt Assad Zeit, „noch mehr Menschen seines Volkes zu töten und zu foltern“, so die erstaunliche Reaktion des saudischen Außenministers Saud al-Faisal von der das „Wall Street Journal“ berichtet. Ähnlich schweres Kaliber – obendrein noch gegen den langjährigen Verbündeten USA gerichtet – hat inzwischen Prinz Turki, ein ehemaliger saudischer Diplomat, aufgefahren. Das Chemiewaffenabkommen gebe US-Präsident Barack Obama die Möglichkeit, Assad beim Abschlachten seines Volkes zu helfen, so Turki.

Allerdings scheint nicht nur das Einlenken des US-Präsidenten auf den russischen Vorschlag zur Vernichtung des syrischen Chemiewaffenarsenals dem saudischen Prinzen ein Dorn im Auge zu sein. Unmut erregen auch die Friedenssignale des neuen iranischen Präsidenten Hassan Rohani. Während international der Führungswechsel im Iran Hoffnungen auf Entspannung ausgelöst hat, scheint der saudische Prinz auf eine vollständige Vergiftung der Atmosphäre zu setzen. Irans Führung solle wegen Unterstützung von Kriegsverbrechen in Syrien vor ein internationales Gericht gestellt werden, so die Forderung Turkis.

Führt man sich vor Augen, was vom saudischen Sicherheitsexperten Mustafa Alani vom Gulf-Research Center angekündigt worden ist, scheint sich Riad durch Obama im Fall von Syrien verraten zu fühlen: „Wir werden von unseren Feinden lernen, wie man mit den USA umgeht.“

Dass das Chemiewaffenabkommen, aber auch die jüngsten Friedenszeichen aus Teheran bei den Saudis derartig harsche Töne auslösen, ist nur allzu folgerichtig. Riad und Teheran konkurrieren erbittert um die Vormachtstellung in der Region. Der Konflikt in Syrien ist für beide Mächte lediglich der Schauplatz, an dem der Machtkampf ausgetragen wird. Der Vorwurf, Assad setze Chemiewaffen gegen die eigene Bevölkerung ein, war stets eine Trumpfkarte der Saudis, um den Westen zu einem Eingreifen in Syrien zu bewegen. Kaum erstaunlich, dass es der saudische Geheimdienst war, der westliche Regierungen als erster mit der Meldung versorgte, dass die syrischen Regierungstruppen Chemiewaffen einsetzen.

Die USA werden beschimpft, Russland erpresst

Für Saudi-Arabiens Syrien-Strategie ist Assads Angebot zur Vernichtung seines Chemiewaffenarsenals nicht der einzige Rückschlag. Bereits im August hatte sich der saudische Prinz Bandar bin Sultan in Moskau eine Abfuhr bei Wladimir Putin eingehandelt. Das Angebot des saudischen Geheimdienstchefs, der als wichtiger Strippenzieher im Syrien-Konflikt gilt, lautete, dass Russland seinen Verbündeten Syrien fallen lässt, wofür sich dann Saudi-Arabien im Gegenzug erkenntlich zeige wie etwa mit Waffenkäufen und einer gemeinsamen saudisch-russischen Kontrolle der Ölpreise auf dem Weltmarkt.

Laut britischem „Telegraph“ soll der Neffe des saudischen Königs noch ein weiteres Angebot im Gepäck gehabt haben. Bei näherem Hinsehen entpuppt sich diese zusätzliche Offerte allerdings als eine geschickt verpackte Drohung. „Ich kann ihnen die Garantie geben, die Winter-Olympiade nächstes Jahr zu schützen. Die tschetschenischen Gruppen, welche die Sicherheit der Spiele bedrohen, werden von uns kontrolliert“, so Prinz Bandars „Schutzangebot“ an Putin für die Olympischen Spiele in Sotschi. Aufschlussreich auch, was Prinz Bandar laut „Telegraph“ mit Blick auf tschetschenische Kämpfer in Syrien von sich gegeben haben soll. Sie wären lediglich ein Druckmittel, das nach Bedarf ein- und ausgeschaltet werden könne. „Diese Gruppen sind keine Bedrohung für uns, wir benutzen sie.“

Einiges spricht dafür, dass diese eiskalte Strategie der Saudis auch bei der jüngsten Entwicklung innerhalb der syrischen Opposition eine Rolle gespielt hat. 14 Rebellengruppen haben sich gegen den syrischen Nationalrat (SNC) und dessen „Freie Syrische Armee“ zusammengetan und eine „Armee des Islam“ gegründet. Die Diagnose von Aron Lund, der als einer der profundesten westlichen Experten für die syrische Opposition gilt, zu dem Schritt lautete, dass die westliche Syrien-Strategie entkernt und durch einen islamistischen Ansatz ersetzt werden solle. Mit in das Bild der zunehmenden Radikalisierung der syrischen Opposition passt ein Bericht der Zeitschrift „USA Today“. So habe Saudi-Arabien bereits im April mehr als 1000 zum Tode verurteilten Häftlingen eine Begnadigung und monatliche Auszahlungen an ihre Familie angeboten, wenn sie sich für einer Teilnahme am Kampf gegen die Regierungstruppen in Syrien verpflichteten. *Norman Hanert*



Ließ sich nicht erpressen: Putin mit dem saudischen Geheimdienstchef Bandar bin Sultan Bild: Getty

Bosnien im freien Fall

Volkszählung soll Daten über das gespaltene Land liefern

Vom 1. bis 15. Oktober läuft in Bosnien-Herzegowina eine Volkszählung, die erste seit 1991. Sie soll die Schäden des Kriegs ab 1992 bilanzieren, der 273 000 Tote und über eine Millionen Vertriebene kostete. Er endete 1995 mit dem Friedenspakt von Dayton, der Bosnien ethnischer Separierung, administrativer Zersplitterung (in „Entitäten“, „Kantone“ und „Gemeinden“), ökonomischer Verarmung, politischer Obstruktion überantwortete.

Bosnien war einmal anders. „Bosna argentina“ hieß das erzreiche Land in der Antike: silbernes Bosnien. Handwerker mehrten seinen Ruhm. Die besten Damaszenerklingen wurden hier gefertigt, nicht in Damaskus. Später machte das Königreich Jugoslawien Bosnien zu seiner Waffenschmiede. Als nach 1970 Tito-Jugoslawien in die ökonomische Krise geriet, erlebte Bosnien sein Wirtschaftswunder, da es Titos fruchtlose „Selbstverwaltung“ ignorierte und im Handel mit der Bundesrepublik Deutschland Überschüsse einfuhr.

Wo steht Bosnien heute? Gerade beginnt die Heizsaison, Gas und Öl fehlen, Holz ist so teuer, dass Familien Autos und Fernseher verkaufen, um es zu bezahlen. Das Land verfällt so sehr, befand EU-Kosovo-Beauftragter Samuel Zbogar, dass dagegen selbst das desolate Kosovo gut dastehe. „Bosnien hat keine Chance“, so Milorad Dodik, Präsident der Republika Srpska, einer der beiden bosnischen Teilrepubliken, „es sei denn als Trainingsfeld für drittrangige EU-Bürokraten.“

Im Mai senkte die Europäische Bank für Entwicklung Bosniens

Bisher noch kein EU-Beitrittskandidat

Wachstumsprognose von 0,6 auf 0,1 Prozent. Anfang Oktober beklagten Valentin Incko, Bosniens internationaler hoher Repräsentant, und der Internationale Währungsfonds Bosniens wachsende Arbeitslosigkeit (34 Prozent), sein Handelsdefizit, sein rückläufiges Bruttoinlandsprodukt, seine suspekte Steuermoral sowie seine verfehlte Energiepolitik.

Ende September wurde der serbische Politiker Momcilo Krajisnik vorfristig aus Haager Kriegsverbrecherhaft entlassen. Vor Journalisten in Sarajewo gab er sich „überrascht“, wie stark bosnische Politik in Kriegsfeindbildern gefangen sei: Da alle allen misstrauen, habe Bosnien als einziges Balkanland noch keinen EU-Aufnahmeantrag gestellt. Noch am 1. Oktober konnte EU-Erweiterungskommissar Stefan Füle die in Brüssel präsenten bosnischen Politiker auch durch Sanktionsdrohungen nicht umstimmen.

Da die mehr als eine Million bosnischen Gastarbeiter und Flüchtlinge in das ruinierte Bosnien nicht zurückkehren wollen, wird die aktuelle Volkszählung nicht sagen können, ob das Land 3,8 oder 4,6 Millionen Einwohner hat, wie Statistiker im In- und Ausland rätseln. Aktuelle Schätzungen zur Größe der drei konstitutiven Völker (Muslime 51 Prozent, Serben 35 Prozent, Kroaten elf Prozent) von Dayton 1995 sind wertlos, denn Muslime sehen sich als Muslime, Bosnier und Bosniaken, Kroaten und Serben fürchten um ihre Privilegien aus Zagreb und Belgrad und wollen den Zensus zumeist boykottieren. Auch sind keine soliden Daten zu Alters-, Bildungs-, Erwerbsstrukturen zu erwarten. In 90 Tagen sollen trotzdem erste Erkenntnisse vorliegen. Sie werden weit von dem Bild Bosniens als „Land der Morgenröte“ abweichen, das der deutsche Autor Heinrich Renner 1896 malte. *Wolf Oschlies*

Teure Geste

Slowenien: Sparprogramm ist nicht realistisch

Nachdem lange Zeit nur Dementis zu hören waren, hat Sloweniens Regierung nun erstmals eingeräumt, internationale Hilfen als eine Option für seine angeschlagenen Banken durchzuspielen. Man habe mit der Nationalbank über diese Möglichkeit gesprochen und darüber, was dies für den Bankensektor bedeuten würde, so die slowenische Ministerpräsidentin Alenka Bratusek in Laibach [Ljubljana].

Euro-Rettung geht weiter

Tatsächlich gilt das Land schon länger als Kandidat für ein Rettungspaket. Sloweniens zumeist staatliche Banken sitzen auf einem Berg von Problemkrediten von über 7,5 Milliarden Euro. Die faulen Kredite machen so mehr als ein Fünftel des slowenischen Bruttoinlandsprodukts aus. Obendrein gibt es als zusätzliches Problem eine enge Verquickung von slowenischen Politikern mit dem Bankensektor.

Mit der Bewältigung des Schuldenbergs dürfte Slowenien selbst überfordert sein. Im Staatshaushalt klaffte 2012 ein Defizit von 7,9 Prozent. Bis zum 1. Oktober verlangte die EU-Kommission nun, dass das Euro-Land Slowenien ein Sparprogramm vorlegt. Zumindest auf dem Papier liefert Laibach nun, was von der EU erwartet wird. Ein geänderter Budgetentwurf für 2014 drückt die Neuverschuldung auf die erwartete Drei-Prozent-Grenze.

Zweifelhaft ist allerdings, ob Sloweniens Regierung selbst mit dem Gelingen des Sparkurses rechnet. Das Land ist wegen seiner Abhängigkeit von der Exportwirtschaft schwer von der globalen Konjunkturflaute getroffen. Statt der erhofften Mehreinnahmen ist zu befürchten, dass das Steueraufkommen weiter einbricht. Trotz kriselnder Wirtschaft sollen 2014 aber die Einnahmen für den Staatshaushalt um 211 Millionen auf dann 8,63 Milliarden Euro ansteigen. Tatsächlich spricht aber einiges dafür, dass der Haushaltsentwurf mit Blick auf die EU-Kommission und die europäische Öffentlichkeit erstellt worden ist: als Geste des guten Willens im Vorfeld von Geldern aus dem Rettungsfonds ESM zur Rettung der maroden slowenischen Banken. *N.H.*

Berlin verkitscht

Von Vera Lengsfeld

Während die Kassen der Hauptstadt chronisch klamm sind und die Stadt zunehmend verwahrlost, weil nicht genügend Reinigungskapazitäten bezahlt werden können, wird immer wieder Geld zum Fenster rausgeschmissen – für sogenannte „Events“.

Eines davon startete am 9. Oktober, aber warf schon vorher seine Schatten, nein Lichter, voraus. Es handelt sich um das „Festival of Lights“, das seit einigen Jahren stattfindet und immer weitere Kreise zieht. Waren anfangs nur einige wenige Gebäude mit Einbruch der Dunkelheit farbig angestrahlt worden, werden es jedes Jahr mehr. Angeblich soll es die Attraktivität der Stadt erhöhen, die Herzen seiner Bewohner erfreuen und weitere Touristen magisch anziehen. Deshalb werden in diesem Jahr schon vor Beginn des eigentlichen Festivals Gebäude in ein farbiges Licht getaucht. Der Sitz des Bundesrates strahlt in Blau, Rot, Grün und Gelb. Der Bauch des Fernsehturms erscheint als grellbuntes Mosaik, die Spreebrücke von Friedrichshain nach Kreuzberg ist in weiße Kringel getaucht und das Festspielhaus am Gendarmenmarkt ist mit einem „filigranen“ Lichtgeflecht überzogen. Jede Menge Künstler und „Lichtgestalter“ können sich über steuerfinanzierte Aufträge freuen. Dafür sorgt ein Anfang des Jahres gegründeter Verein „Berlin leuchtet“. Ganze 70 „Objekte“ sollen während des 17 Tage währenden Ereignisses lichttechnisch hervorgehoben werden.

Die Bäume an der Leipziger Straße werden dann auch des nachts giftgrün blinken, die Wasserfontänen am Potsdamer Platz sollen für eine „märchenhafte Atmosphäre“ sorgen, grellbunte Schiffchen auf der Spree die beglückten Zuschauer „verzaubern“.

Zusätzlich kommen im Tiergarten jede Menge phantastisch gekleidete Menschen zum Einsatz, die für die nächtlichen Spaziergänger Glühwürmchen spielen sollen.

Dabei kommen neben zahlreichem Personal jede Menge hochleistungsfähiger Strahler, Beamer und Projektoren zum Einsatz. Wie viel zusätzlichen Strom und Geld dieser Kitsch kostet, davon ist keine Rede. Der rotschwarze Senat kann nur hoffen, dass den Berlinern so heimgeleuchtet wird, dass sie keine unbequemen Fragen stellen. Zum Beispiel, ob die verschwendeten Mittel nicht besser eingesetzt wären für die Sanierung der dringend benötigten Schwimmbäder, für die Säuberung der graffitiverschmierten Denkmäler oder die Pflege der öffentlichen Anlagen.

Berlin mag im Oktober in den grellsten Tönen leuchten, aber den Verantwortlichen geht kein Licht auf, was die Stadt wirklich braucht.

Schatten über Sanierungsplänen

Der Bund und das Land Brandenburg wollen Preußenschlösser sichern – Berlin schweigt sich aus



Die Bewahrung des Preußen-Erbes ist teuer: Die Hüllensanierung von Schloss Babelsberg umfasst die Instandsetzung der Fassaden, der Dachzonen wie der Schlossterrassen. Die Arbeiten sollen 2015 abgeschlossen sein und kosten rund 9,7 Millionen Euro Bild: pa

Aus Anlass der Grundsteinlegung für eine neue Werkstatt und ein Restaurierungszentrum der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten (SPSG) gaben der Bund und das Land Brandenburg bekannt, das Sanierungsprogramm für preußische Schlösser über 2017 hinaus fortsetzen zu wollen. Berlins Bekenntnis fehlt indes. Potsdams Schloss Sanssouci sucht derweil nach neuen Partnern – in Versailles.

Einmal selbst Schlossherr sein: Ab 1000 Euro aufwärts kann jeder bei der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg einen königlichen Veranstaltungsort mieten, wenigstens für eine Nacht. Rund eine halbe Million Euro nimmt die SPSG jährlich durch die Vermietung ausgewählter Immobilien ein. Von Hochzeiten bis zu Lesungen und Konzerten reichen die Buchungsmöglichkeiten. Rund die Hälfte der Einnahmen fließt in Sanierungsaufgaben. Für den Erhalt, geschweige denn die Sanierung der Kulturdenkmäler reichen diese Einnahmen nicht einmal annähernd. Auch private Förderer wie die Freunde der Preußischen Schlösser und Gärten können zwar einzelne Restaurierungen wie jüngst die von vergoldeten Sitzmöbeln nach Entwürfen Karl Friedrich Schinkels auf Schloss Glienicke und Schloss Rheinsberg fördern. Doch der Gesamtbedarf der Anlagen bewegt sich in der Größenordnung von dreistelligen Millionenbeträgen.

Als eines der wichtigsten Sanierungsziele gilt derzeit das Neue Palais in Potsdam. Doch das muss warten, denn Berlin hält sich als einer der drei Gesellschafter der SPSG mit einem Bekenntnis für die weitere dringend nötige Sanierung preußischer Schlossanalgen zurück. In der Hauptstadt warten derzeit auch andere Sanierungsprojekte auf grünes Licht vom Senat, der im Aufsichtsrat der Charité ebenso äußerst zurückhaltend handelt. Doch anders als bei Berlins Krankenhaus geht es bei Preußens Schlössern nicht um einen deutlich steigenden Bedarf. Dass die bisherigen Schlösser-Sanierungen auch nach 2017 weitergehen, hält jedenfalls Günter Winands, Ministerialdirigent beim Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, für sinnvoll: „Wir müssen weitermachen“, sagte er anlässlich der Einweihung des neuen Restaurierungszentrums. Nach dem Bund sagte auch Brandenburgs Kulturministerin Sabine Kunst (parteilos) für die Mark umgehend weitere Unterstützung zu. Ein zweiter sogenannter Masterplan in dreistelliger Millionenhöhe ist geplant, denn trotz des aktuellen Programms, das bis 2017 läuft, bleibt viel zu tun. Allein die äußere Hülle von Schloss Babelsberg wird derzeit für 9,7 Millionen Euro wiederhergerichtet. Aufwendige Arbeiten am Dach und den Eichenfenstern sind nur eines von vielen Beispielen der 23 bisher im Masterplan bedachten Bau- und Gartendenkmäler. Darüber hinaus gibt es weitere Anlagen, die vor dem Verfall bewahrt werden müssen, auch in Berlin. Dessen Anteil am aktuellen Masterplan ist bereits der geringste: Der Bund trägt 77,5 Millionen Euro bei, das Land Brandenburg 53 Millionen und Berlin 24,53 Millionen.

> Potsdam will mit Versailles kooperieren, das ähnliche Historie und Probleme hat

Auch in Sanssouci blikken die Verantwortlichen auf die weitere Finanzierung: Schloss und Park werden oft als preußisches Versailles gepriesen. Nun planen beide Kulturdenkmäler eine über derartige Vergleiche hinausgehende, konkrete Zusammenarbeit. Im französischen Weltkulturerbe Versailles wurde eine entsprechende Absichtserklärung unterzeichnet. Potsdams Kulturlandschaften gehören dieser besonderen Riege zwar noch nicht 30 Jahre, aber immerhin schon seit 1990 an – das verbindet. Damals wurde Potsdam von der Unesco als größtes Ensemble der deutschen Welterbestätten aufgenommen. Die jetzige gemeinsame Erklärung beruht auf den Gemeinsamkeiten der beiden Großanlagen. Beide hätten das „mitunter schwierige Wechselverhältnis zur jeweiligen Hauptstadt“, sei es Paris oder Berlin, sagte Potsdams Oberbürgermeister Jann Jakobs (SPD) anlässlich der Unterzeichnung. Beide Orte planen, Touristen länger als jeweils nur einen Tag vor Ort zu halten, denn die zwei einstigen Residenzen ziehen zwar viele Tagestouristen an, doch bleibt die Zahl der Übernachtungen jeweils gering. So sieht Jakobs „sehr viele erfolgversprechende Ansatzpunkte“. Es wäre Versailles erste Städtepartnerschaft, falls beide Stadtparlamente dem Plan zustimmen. Versailles zählt rund 90 000 Einwohner, Potsdam 160 000. Hinsichtlich des die zwei Anlagen gleichermaßen prägenden Barock gibt es weitere Übereinstimmung. Nicht nur Versailles rückte durch eine neue Nachkriegsvertragsordnung in den Mittelpunkt der Weltgeschichte (1871 und 1919), auch Potsdam ereilte 1945 dieses Schicksal. Die von Fördervereinen heute als „Dornröschenschlaf“ bezeichnete Abgeschiedenheit der Schlösser nach dem Ende der dortigen Monarchie eint. Und die Höhe der Kosten für Erhalt und Sanierung ähneln sich: Für eine erste Sanierungsphase von 2004 bis 2012 verbrauchte Versailles ein Budget von 159 Millionen Euro. Die zweite Phase läuft seit vergangenem Jahr bis 2017 auf Basis von 171 Millionen Euro. Eine dritte soll 2018 starten – auch hier gilt: Finanzierung ungewiss.

Sverre Gutschmidt

Grenzkriminalität steigt

Bisherige Maßnahmen der Politik haben nichts gebracht

Schon zum Amtsantritt von Brandenburgs neuem Innenminister Ralf Holzschuher (SPD) im September zeichnete sich ein düsteres Bild ab. Die Grenzkriminalität nimmt wieder zu. Das geht aus den ständigen Lageberichten der Polizei vor Ort hervor. Ein geplantes Abkommen mit Polen zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit kommt nicht voran. Die im Kampf gegen Autodiebstahl eingesetzten drei Hundertschaften können an der Gesamtlage wenig ändern, auch die 95 Ermittler starke Soko Grenze nicht. In Eisenhüttenstadt signalisierte die Polizei nach Berichten der „Märkischen Oderzeitung“, dass es einen statistischen Anstieg bei Raubüberfällen und Diebstählen sowie Diebstählen aus Fahrzeugen gebe. Genaue Zahlen sollen allerdings dem turnusgemäßen Bericht des Innenministers im Frühjahr vorbehalten bleiben, doch gelte für die drei Bereiche: „Wir liegen jetzt schon über der Zahl vom vergangenen Jahr“, wie das Blatt den Chef des dortigen Polizeireviers wiedergibt.



Diebstahlsicherung: Parkkralle Bild: action press

In Frankfurt (Oder) ist das Risiko, Opfer eines Autodiebstahls zu werden, inzwischen fünf Mal höher als im Bundesdurchschnitt. Autohäuser belegen ihre Fahrzeuge mit Parkkrallen. In Bernau hingegen häufen sich Fahrraddiebstähle. Die Stadt will nun Überwachungskameras in einem neuen Fahrradparkhaus installieren. Nicht nur ganze Fahrräder, auch Teile wie Bremssätze und Lenker werden gestohlen – auch tagsüber. Die Datenschutzbeauftragte des Landes hat gegen die Überwachung keine Einwände. Sie bat die Stadt allerdings um Auskunft, wie lange die Daten gespeichert werden sollen und wer Zugriff auf die Bilder haben wird.

Anlässlich des seit zehn Jahren geplanten Baus einer Neißebrücke in Coschen kam es nun zum politischen Eklat. Das lange einstimmig befürwortete Millionen-Projekt erntete im Kreistag unerwartet Gegenwind, in dem eine Abstimmung als Formsache galt. CDU-Mitglied Rolf Hilke sprach in jenem Zusammenhang das Problem der Grenzkriminalität direkt an. *SV*

Rekordträchtige Straße

Das letzte Stück Reichsautobahn in der Bundesrepublik zerbröselt

Schon in wenigen Jahren könnte eine verkehrshistorische Skurrilität verschwunden sein, und zwar das letzte noch erhaltene Stück Reichsautobahn auf dem Boden der Bundesrepublik. Im Nordosten von Brandenburg gibt es auf der Autobahn A11 in Richtung Stettin von Kilometer 85,9 bis 90,7 noch eine Betonfahrbahn, die im Originalzustand der 30er Jahre erhalten ist. Die im September 1936 eröffnete Strecke Berlin–Stettin galt als weltweite erste Reichsautobahn zwischen zwei Großstädten. Für heutige Verhältnisse ist aber auch die Bauzeit rekordverdächtig. Erst im Jahr 1935 wurden die Arbeiten an der Strecke vergeben, bereits am 4. April 1936 war der Abschnitt Stettiner Dreieck–Joachimsthal fertiggestellt, schon am 27. September 1936 folgte das Teilstück bis Stettin-Süd.

Die Betonplatten der Fahrbahn haben zwar Weltkrieg und anschließende DDR-Zeit überstanden, mittlerweile sind die Schäden aber unübersehbar. Obwohl nach der Wende größere Schäden ausgebessert wurden, sind die Betonplatten aus den 30er Jahren inzwischen so kaputt, dass sie den Transit- und Urlauberverkehr zwischen Berlin und Stettin immer mehr behindern.

> Vermutlich keine Sanierung vor dem 80. Geburtstag

Auch weist das Stück Reichsautobahn typische Mängel aus der Anfangsphase des Autobahnbaus auf. Mit der Planung war bereits in der Weimarer Republik begonnen worden. Als die Strecke 1935 in Angriff genommen wurde, gab es im Betonstraßenbau wenig Erfahrung. So wurden zum Beispiel Betonplatten mit Fugenabständen von bis zu 25 Metern verlegt – da Beton „arbeitet“, ein zu großer Abstand. Nach den inzwischen gesammelten Erfahrungen sind Fugenabstände von nur noch fünf bis sechs Metern üblich.

Nachdem der Verkehr nun seit fast 80 Jahren über die Strecke rollt, machen sich rund um das Autobahnkreuz Uckermark die Verschleißerscheinungen immer bemerkbarer. Obwohl Geschwindigkeitsbegrenzungen und Baustellen für die Nutzer der A11 inzwischen zum Alltag geworden sind, ist mit einer Sanierung des Abschnittes erst ab 2015 zu rechnen – vorausgesetzt, der Bund stellt die finanziellen Mittel zur Verfügung. Neben der Fahrbahn müssen nämlich auch fünf Brücken neu gebaut werden, die ebenfalls aus den 30er Jahren stammen. Sollte sich die Finanzierung der Grundsanierung durch den Bund weiter hinziehen, bestehen gute Aussichten dafür, dass das letzte Stück Reichsautobahn auch noch am 27. September 2016 nach dann 80 Jahren im Originalzustand erhalten ist. *N.H.*

Zeitzeugen



Elisabeth Schöppner – Die Projektleiterin im Kompetenzzentrum Technik-Diversity-Chancengleichheit, dem Sitz der Bundesweiten Koordinierungsstelle Girls'Day, koordiniert den sogenannten, seit 2002 jährlich im Frühjahr durchgeführten Mädchen-Zukunftstag, der jedes Jahr über 100 000 Teilnehmerinnen hat. Er wird gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung, dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds. 2011 fand der erste bundesweite Boy's Day statt, dessen Ziel es ist, Jungen für Frauenberufe zu begeistern und der ebenfalls von Schöpnners Abteilung organisiert wird. Der Boy's Day sorgt aber immer wieder für Kritik, da er Jungen in die schlechtbezahlten Frauenberufe zu ziehen versuche, von denen man die Mädchen mit dem Girl's Day gerade weglocken wolle.



Uwe Freiherr von Lukas – Der Leiter des Fraunhofer-Instituts für Grafische Datenverarbeitung in Rostock hatte die Idee zur Seifenoper „Sturm des Wissens". „Mit der Science Soap haben wir eine tolle Möglichkeit zu zeigen, wie spannend Wissenschaft in unserer Stadt sein kann", so von Lukas. Insbesondere Mädchen und junge Frauen sollen so für den Wissenschaftsstandort Rostock begeistert werden.

Wilhelm Adamy – Der Arbeitsmarktexperte des Deutschen Gewerkschaftsbundes meint, so lange die hochqualifizierten MINT-Frauen nicht im Management, insbesondere im Top-Management, ankommen seien, so lange falle es schwer, junge Frauen für Mint-Berufe verstärkt zu gewinnen.



Dirk Markus – Aus Sicht des Gründers und Vorstandsvorsitzenden des Beteiligungsunternehmens Aurelius AG ist Bildung ein attraktiver Markt mit hervorragenden Zukunftsperspektiven. Deshalb hat er den Studienkreis gekauft. Mit 950 Filialen in Deutschland profitiert das Unternehmen von den Schwächen des deutschen staatlichen Bildungssystems und den Fehlentscheidungen von Politikern. 2012 machte der Studienkreis einen Umsatz von 52 Millionen Euro.

Lenkung aus bester Absicht

Politik und Wirtschaft versuchen, Frauen für Männerberufe zu gewinnen

Was der Girl's Day und andere Projekte nicht schaffen, soll jetzt eine Miniserie bewirken: Frauen sollen sich mehr für Technikberufe interessieren.

„Die kontinuierliche Steigerung des weiblichen MINT-Nachwuchses setzt sich auch in 2011 fort", jubelte zu Beginn des Jahres der vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderte „Nationale Pakt für Frauen in MINT-Berufen". Mit MINT sind die Bereiche Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik gemeint, für die die Politik, aber auch die Wirtschaft schon seit Jahren verzweifelt versucht, Frauen zu gewinnen. Zahlreiche Initiativen und Projekte, von denen der sogenannte Girl's Day wohl der bekannteste ist, sollen Frauen für Männerberufe begeistern. Doch so richtig scheinen die mit viel Staatsgeld unterstützten Programme nicht zu fruchten, denn die meisten Hörsäle der Technischen Hochschulen in Deutschland sind noch immer eine Männerdomäne.

Doch aus politischer Sicht darf das nicht sein. Völlig unabhängig von ideologischen Motiven wünscht sich zudem auch die Wirtschaft mehr Frauen in den Berufen, um trotz der Alterung der Gesellschaft auf ein gleichbleibendes Reservoir an Fachkräften zurückgreifen zu können.

Daher ist die Jubelmeldung des „Nationalen Paktes für Frauen in MINT-Berufen" mit Skepsis zu betrachten, denn obwohl die absoluten Zahlen bei den Studienanfängerinnen stiegen, weil einfach mehr Studenten an die Hochschulen strömten, sank der prozentuale Anteil in Mathematik und Naturwissenschaften von 2007 auf 2011 von 40,8 auf 36 Prozent. In der Ingenieurswissenschaft ging er von 21,8 auf 20,6 Prozent zurück. Das bereitet auch der Bundesagentur für Arbeit (BA) Sorge, denn die natürlichen Interessen der Frauen führten diese häufig in Berufe, die schlecht bezahlt würden, wenig Aufstiegschancen böten oder aber wegen demografischer und technischer Entwicklungen immer seltener gebraucht würden, so BA-Sprecherin Anja Huth im „Spiegel".

Demografischer Wandel zwingt Firmen zum Handeln

Nun startet demnächst ein weiterer vom Staat geförderter Versuch, Frauen für MINT-Berufe zu begeistern. Und zwar hatte Uwe Freiherr von Lukas, Leiter des Fraunhofer-Instituts für Grafische Datenverarbeitung in Rostock, angesichts der vielen freien Stellen bei sich im Haus die Idee, über Vorbilder Frauen für die MINT-Berufe zu begeistern. Da es zu wenig reale Vorbilder in der Berufswelt gäbe, entwickelte er die Idee der „Science-Soap". Im November startet nun über Facebook der Versuch, mit der Miniserie „Sturm des Wissens" Frauen für ein Studium im MINT-Bereich zu gewinnen. Im August drehten Studenten in Rostock bereits die ersten, jeweils zehnminütigen Folgen der Miniserie. Und tatsächlich wird hier so manches Seifenoper-Klischee bedient. Hauptfigur ist die junge Nele, die nicht im Hotel des Vaters arbeiten will und durch einen süßen Physikstudenten in die Welt der Naturwissenschaft gelockt wird. Hier darf man allerdings kritisch fragen, wie viele süße Physikstudenten es im wahren Leben gibt, und ist die Physik selbst aus Sicht von Kennern so absolut unattraktiv, dass man nur über eine Liebesgeschichte zu ihr hinführen kann?

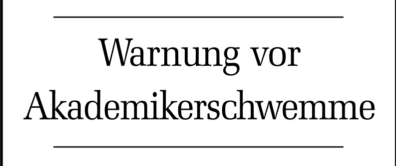
Allerdings ist die Idee einer Seifenoper vielleicht gar nicht so aus der Luft gegriffen, denn Wissenschaftler haben bereits vor Jahren nachgewiesen, dass der drastische Rückgang der Geburtenrate in Brasilien mit dem Serienkonsum brasilianischer Frauen zusammenhängt. Da in den Telenovelas immer viele schöne Frauen mit wenigen Kinder vorkamen, eiferten die Brasilianerinnen ihnen nach und die Geburtenrate sank von 6,3 Kindern pro Frau in den 60er Jahren auf 2,3 im Jahr 2000. Und in den USA soll die Zahl der Forensik-Studentinnen um 64 Prozent angestiegen sein, seit es die beliebte Serie „CSI" über wissenschaftliche Spurensicherung gibt.

Rebecca Bellano

Wird zu viel studiert?

Stets und ständig betonen Politiker, dass mehr Schulabgänger studieren sollen, und obwohl derzeit die Hörsäle überquellen – schließlich machen, wie von der Politik gesteuert, immer mehr Schüler Abitur –, scheint es immer noch nicht genug zu sein. Industrie- und Handels- sowie Handwerkskammern und das arbeitgebernahe Institut der deutschen Wirtschaft (IW) warnen schon seit einiger Zeit vor den Folgen dieser Entwicklung. Denn während sie in diesem Jahr drei Prozent weniger Ausbildungsverträge verzeichnen mussten, stieg die Zahl der Studenten weiter an, so dass der Rückgang an Auszubildenden nicht alleine dem demografischen Wandel zugeschrieben werden kann.

Vor Kurzem hat nun auch der Deutsche Hochschulverband,



Warnung vor Akademikerschwemme

die Berufsvertretung der deutschen Wissenschaftler, sich mit der Frage beschäftigt, ob in Deutschland zu viel studiert werde. Der frühere SPD-Kulturstaatsminister und Philosophieprofessor Julian Nida-Rümelin hatte das Thema auf der Internetseite des Verbandes zur Diskussion gestellt und traf auf 90 Prozent Zustimmung. Mit diesem Ergebnis kämpft Nida-Rümelin nun in den Medien gegen den aus seiner Sicht zunehmenden „Akademisierungswahn" und wirbt für die duale Ausbildung. Da diese inzwischen in aller Welt als begehrter deutscher Bildungsexport betrachtet wird, spricht vieles für die Qualität dieses Modells, zumal die Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland äußerst niedrig ist und die Qualität deutscher Facharbeiter weltweit gerühmt wird.

Der Münchner Bildungsökonom Ludger Wößmann findet die Warnung vor einer Akademikerschwemme hingegen abstrus, denn Akademiker verdienten am meisten und seien am seltensten arbeitslos. *Bel*



Immer noch reine Männersache: Studenten in einem Hörsaal der Fakultät für Maschinenwesen Bild: pa

Wachstumsmarkt Nachhilfe

Beteiligungsgesellschaften profitieren von Bildungspolitik

Es stimmt schon nachdenklich, wenn der Chef der Münchner Beteiligungsgesellschaft Aurelius AG, Dirk Markus, gegenüber dem „Handelsblatt" sagt, dass das beste Geschenk, das die Politik ihm in den letzten Jahren gemacht habe, das G8 sei. Mit G8 meint der Investor, der auch Anteile an renommierten Firmen wie dem Schnapshersteller Berentzen oder dem Autoradio-Produzenten Blaupunkt hält, den auf acht Jahre verkürzten Gymnasialbesuch, was in diesem Zusammenhang vermutlich für Verwirrung sorgt. Was hat der Chef einer Private-Equitiy-Gesellschaft, die ein Vermögen von fast 1,2 Milliarden Euro verwaltet, mit der Länge der Schulzeit in Deutschland zu tun?

Schon wer letztens im „Handelsblatt" die Auflistung der größten Franchise-Unternehmen in Deutschland gelesen hat, kam ins Staunen. Ein typisches Franchise-Unternehmen ist McDonald's. Hier sind Produkte und Vermarktung einheitlich, doch viele der einzelnen Filialen gehören Kleinunternehmern, die McDonald's Geld dafür zahlen, dass sie dessen Konzept nutzen. Weitere große Franchise-Unternehmen sind hierzulande Tui, Fressnapf, Burger King und eben Schülerhilfe und Studienkreis. Letztere Marke gehört Aurelis. Erst Anfang dieses Jahres hat der Investor den auf Nachhilfeunterricht spezialisierten Studienkreis vom Cornelsen Verlag gekauft. Aurelius folgte mit dem Aufkauf der Geschäftsentscheidung der ebenfalls in München ansässigen Investmentgesellschaft Paragon Partners, die bereits 2009 die Schülerhilfe gekauft hatte. Grund für das Engagement der beiden Investoren: „Bildung ist ein echter Wachstumsmarkt", so Markus. Und hier schließt sich der Kreis. Denn weil der erhöhte Lernstoff durch den von der Politik auf acht Jahre verkürzten Gymnasialbesuch dafür sorgt, dass mehr Schüler als sonst nicht mitkommen, brauchen sie Nachhilfe. Da diese teuer ist, können sich nur Eltern aus der Mittel- und Oberschicht diese leisten, was aus Sicht von Bildungsexperten die Bildungsungerechtigkeit im Land erhöht. Dabei betonen Politiker immer wieder, wie wichtig ihnen Bildungsgerechtigkeit sei, doch offenbar schafft die Schule es nicht, einigermaßen homogene Leistungsgruppen zu schaffen, so dass alle Schüler in einem ähnlichen Lerntempo auch ohne Hilfe von außen den Stoff erlernen.

Fehler im System schaffen Nachfrage

Aber auch in den Jahren vor G8 sollen deutsche Eltern rund eine Milliarde Euro jährlich in Nachhilfeunterricht investiert haben. Das meiste davon, rund 70 Prozent, geht an private Nachhilfelehrer, aber Studienkreis und Schülerhilfe profitieren offenbar noch umfassend genug, so dass die Unternehmen für Beteiligungsgesellschaften attraktiv sind. Bei Nachhilfegruppen mit bis zu fünf Schülern, die jeweils mindestens acht Euro zahlen, Lehramtstudenten als Honorarkräften, die ohne jede Sozialversicherung auch nur rund acht bis zehn Euro die Stunde verdienen, ergibt sich nach Abzug aller Nebenkosten eine attraktive Rendite. Allerdings erhalten Schülerhilfe und Studienkreis auch gute Bewertungen, da sich die Schüler in der Schule oft verbessern, was vielleicht auch daran liegen mag, dass in Kleingruppen individuelle Förderung leichter möglich ist. *Bel*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Politik, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil, Leserbriefe:** Harald Tews; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit:** Manuela Rosenthal-Kappi; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Liselotte Millauer (Los Angeles), Norman Hanert (Berlin), Wilhelm v. Gottberg, Hans-Jürgen Mahlitz.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2013: Inland 10 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 12,50 Euro, Luftpost 16,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon **(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-47
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@ preussische-allgemeine.de
anzeigen@ preussische-allgemeine.de
vertrieb@ preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **8551**

Attacke gleich von mehreren Seiten

Internationaler Währungsfonds, Brüssel und Paris fordern deutsches Geld zum Wohle Europas

Schneller als ihnen lieb sein dürfte, wurde den Deutschen gleich nach der Bundestagswahl klar gemacht, was von ihnen erwartet wird. Sie sollen für das übrige Europa noch mehr zahlen als bisher.



Trotz sympathischer Ausstrahlung eine Bedrohung für den deutschen Steuerzahler: IWF-Chefin Christine Lagarde präsentierte ihre Pläne Bild: action press

Offensichtlicher hätte es kaum sein können, dass man beim Internationalen Währungsfonds (IWF) lediglich die Wahlen zum deutschen Bundestag abgewartet hat. Die deutschen Wahllokale waren nur wenige Stunden geschlossen, da präsentierte der IWF in Washington einen „Masterplan“ für die Euro-Zone. Das Ziel des Strategiepapiers: die „Vereinigten Staaten von Europa“.

Der Weg dahin könnte zumindest für die Deutschen ziemlich teuer werden. Ein der zentralen Forderungen des Währungsfonds unter der Leitung der ehemaligen französischen Finanzministerin Christine Lagarde ist die Einführung einer gemeinsamen Schuldenhaftung in Europa. Zumindest auf dem Papier scheint man deutschen Bedenken aber etwas entgegen kommen zu wollen, denn es soll nur für künftige Schulden gemeinsam gehaftet werden, nicht jedoch für Schulden, die in der Vergangenheit angehäuft worden sind. Dies ist ein geschickter Schachzug, denn die Idee, nur für neue Kredite und „unter strengen Auflagen“ gemeinsam zu haften, lässt sich den Deutschen vermutlich erst einmal leichter verkaufen, als wenn sie gleich die gewaltigen Schuldenberge Italiens, Frankreichs oder Spaniens präsentiert bekommen. Angesichts der Findigkeit von Regierungen und der Finanzindustrie dürfte es allerdings nur eine Frage der Zeit sein, bis sich nationale Altschulden in neuausgegeben Euro-Anleihen mit Gemeinschaftshaftung verwandelt haben. Was im Vorfeld der europäischen Währungsunion an Bilanztricksereien zur Aushebelung der Maastricht-Kriterien möglich war, sollte auch künftig keine Probleme bereiten. Was an spitzfindigem Umdeuten und Brechen von Verträgen möglich ist, dürfte die Euro-Rettung der letzten Jahre hinlänglich klar gemacht haben.

Die Ideen des IWF zum Anzapfen der deutschen Wirtschaftskraft sind mit einer gemeinsamen Kreditaufnahme allerdings noch längst nicht erschöpft. Die Euro-Zone soll unter Führung der EU-Kommission ein eigenes Budget erhalten, gefordert werden „zeitweise“ Finanztransfers und die Einführung der Bankenunion. Am spektakulärsten ist wohl die Forderung nach einer gemeinsamen europäischen Arbeitslosenversicherung.

Gemeinsam ist allen Punkten vor allem eines: Die Transferzahlungen in der EU sollen nicht nur auf Gebiete wie die Bankenrettung oder die Arbeitslosenversicherung ausgeweitet werden, sie sollen auch noch quasi automatisiert werden. Ohne lästige Verhandlungen auf EU-Gipfeltreffen, ohne dass nationale Parlamente noch mitbestimmen können. Kommen die Vorschläge durch, ist klar, zu wessen Lasten dies gehen wird. Als leistungsfähigste Volkswirtschaft Europas soll Deutschland zur Ader gelassen werden. Vor allem angesichts der Forderung nach einer europäischen Arbeitslosenversicherung drängt sich der Eindruck einer wohlabgestimmten Aktion regelrecht auf. Passend zum Forderungskatalog des Währungsfonds steht eine europäische Arbeitslosenversicherung nun auch bei EU-Sozialkommissar László Andor auf der Tagesordnung. Schützenhilfe erhält der EU-Kommissar dabei von Frankreichs Finanzminister Pierre Moscovici mit den bereits vom IWF bekannten Forderungen EU-Arbeitslosenversicherung und „eigenes Budget für den Euro-Raum“. Unverblümt wie selten hat inzwischen ein Kollege von Moscovici, der Industrieminister Arnaud Montebourg, auf den Punkt gebracht, worum es im Kern bei allen Vorschlägen geht: Die Erholung der europäischen Wirtschaft hänge unter anderem davon ab, ob „die Überschüsse“ im deutschen Staatshaushalt zum Wohl Europas eingesetzt würden, so Montebourg.

Nun »nur noch« neue Schulden vergemeinschaften

Kaum überrascht, dass derzeit auch der Großspekulant George Soros wieder einmal die Werbetrommel für Euro-Bonds rührt. Deutschland habe eine besondere Verantwortung in Europa, so die Begründung, warum Deutschland seinen Widerstand gegen gemeinsame Schulden aufgeben solle. Aus dem Munde von Soros ist diese Forderung im Kern nichts Neues. Wesentlich origineller ist dagegen ein Vorschlag, den Polens Ex-Präsident Lech Walesa nun präsentiert hat. Walesa plädiert für ein Einreißen der Grenzen zwischen Deutschland und Polen. Die Kooperation in der Wirtschaft und im Verteidigungsbereich und weiteren Gebieten solle ausgebaut werden, um letztlich „aus Polen und Deutschland einen Staat in Europa zu machen“.

Obendrein sprach sich Walesa dafür aus, einen Schlussstrich unter die Vergangenheit zu ziehen. Ein erstaunlicher Sinneswandel: Noch im Zuge der Wiedervereinigung hatte der Friedensnobelpreisträger Walesa Deutschland in einem Interview immerhin mit der Anwendung von Massenvernichtungswaffen gedroht. Zwar wird Walesa in Polen als politische Figur kaum noch beachtet, der Vorschlag eines gemeinsamen Staates aus seinem Munde ist allerdings aus einem anderen Grund interessant, denn Walesa gilt als Person im Schlepptau von Soros und dessen politischen Stiftungen. Sollte der Vorschlag in diesem Dunstkreis ausgebrütet worden sein, dann wäre es eine völlig neue Variante zur europäischen „Einbindung“ und Abschöpfung der Wirtschaftskraft Deutschlands. *Norman Hanert*

MELDUNGEN

Asylverfahren beschleunigt

Berlin – In den ersten neun Monaten des Jahres gab es laut Bundesinnenministerium 74 194 Erstanträge auf Asyl. 13 492 stammten dabei von Antragstellern aus der Russischen Föderation, überwiegend von Tschetschenen. Doch das Bundesinnenministerium gibt an, dass in den letzten Monaten deutlich weniger Tschetschenen in Deutschland Asyl beantragt hätten. Als Grund wird das deutlich beschleunigte Asylverfahren genannt. Dauerte die Bearbeitungszeit erst zehn Monate, wurde sie jetzt auf vier Monate verkürzt. Die allermeisten Anträge werden abgelehnt. Allerdings berücksichtigen die Zahlen nur jene Tschetschenen, die in Deutschland ihren Erst-antrag stellen. Da viele über Polen einreisen, stellen sie dort ihren Antrag, reisen aber weiter nach Deutschland und leben hier in entsprechenden Einrichtungen. Eine Überstellung nach Polen findet laut „FAZ“ nur sehr selten statt. *Bel*

Bund mauert bei Athen-Klagen

Düsseldorf – Zwei Jahre nach dem Schuldenschnitt für Griechenland ist mit einer Klageflut bei deutschen Gerichten zu rechnen. Wie die Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz (DSW) mitteilt, interessieren sich aktuell noch rund 1000 geschädigte Privatanleger für eine Klage, die nach EU-Richtlinien auch von Deutschland aus möglich ist. Die DSW, die bereits zehn Klagen bei verschiedenen Gerichten eingereicht hat, sieht sich bei ihren Bemühungen nach eigenen Angaben einer ablehnenden Haltung der Bundesregierung gegenüber. Beklagt wird eine mangelnde Unterstützung, wenn es darum geht, die Klageschriften auf diplomatischem Weg Griechenland zuzustellen. *N.H.*

Ostalgie ist rückläufig

Studie der »Volkssolidarität« legt nahe: Alte Unzufriedenheit nimmt ab

Es gibt ihn noch, den „Ossi“, auch den mit ostalgischen Gefühlen. Das zeigen eine gesamtdeutsche Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Allensbach und eine Studie der einstigen DDR-Massenorganisation „Volkssolidarität“ für das Gebiet der neuen Länder. Doch die Zufriedenheit der Menschen in Ost und West mit der Einheit und ihrer allgemeinen Lage überwiegt demnach, Unterschiede schwinden.

„Die 50- bis 64-Jährigen in den ostdeutschen Bundesländern (einschließlich Berlin-Ost) sind mit ihrer Lebenssituation weniger zufrieden als der ostdeutsche Durchschnitt“, beklagt die „Volkssolidarität“ in ihrem „Sozialreport 50+ 2013“. Dem liegt eine vom Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrum Berlin-Brandenburg (SFZ) angefertigte schriftliche Umfrage vom Mai bei 1256 Bürgern ab dem 18. Lebensjahr zugrunde. Sie behandelt die Themen Lebenszufriedenheit, Erwartungen, Vertrauen in Institutionen, Verdrängung vom Arbeitsmarkt, Renteneinstieg und Altersvorsorge, Ängste im Alter sowie die Frage einer „Bilanz der Einheit“.

Immerhin 55 Prozent aller Befragten sind mit ihrem Leben zufrieden, nur zwölf Prozent nicht. Bei den 55- bis 59-Jährigen sei die Zufriedenheit indes am geringsten, analysierte der Auftraggeber. Doch auch in der Gruppe der 60- bis 64-Jährigen äußerten 47 Prozent sich „insgesamt zufrieden“, 14 Prozent ausdrücklich nicht. Laut „Volkssolidarität“ werde gerade diese Gruppe „massiv aus dem Erwerbsleben in die Arbeitslosigkeit abgedrängt“.

Verbandspräsident Gunnar Winkler zog eine Negativbilanz:

In der Gruppe der 50- bis 59-Jährigen besteht größter Unmut

Nur wenige derer, die „in hohem Maße die wirtschaftliche und politische Entwicklung der letzten 30 bis 40 Jahre prägten“, hielten die deutsche Einheit für vollendet.

Vergleichszahlen zu der Behauptung und zu den westlichen Ländern erhebt die Organisation nicht. So ist der Aussagewert der Umfrage begrenzt. Ob im Westen auch mehr Menschen Befürchtungen als Hoffnungen haben, ist unbekannt. Doch selbst die recht allgemeine Aussage der Ost-Erhebung weist den Weg: „Der Blick in die nähere Zukunft ist noch immer etwas stärker, wenn auch abnehmend von Befürchtungen (19 Prozent) als von Hoffnungen (15 Prozent) bestimmt.“ Das lässt sich im Verein mit den anderen Aussagen auch als wachsende Zustimmung, als Schritt in Richtung gesamtdeutsche Normalität deuten.

Die Unzufriedenheit zwischen Elbe und Oder nimmt laut aktueller Allensbach-Umfrage nämlich sichtbar ab: Ihre eigene wirtschaftliche Lage sehen demnach 46 Prozent der Bewohner der neuen Bundesländer positiv. Vor 20 Jahren teilten nur 39 Prozent dieses Urteil. Zum Vergleich: Im Westen liegt diese Einschätzung bei jetzt 53, einst 52 Prozent. Die neuste Umfrage des Instituts wurde zum Tag der Deutschen Einheit in der „Wirtschaftswoche“ veröffentlicht.

Beim Thema Einheit konnte selbst die „Volkssolidarität“ entgegen ihrem Fazit nur bei den 50-64-Jährigen überhaupt noch ernsthafte Vorbehalte messen: „Für fast ein Viertel dieser Gruppe fällt die Bilanz negativ aus.“ Doch eigentlich urteilt hier die Mehrheit positiv (39 Prozent) oder ausgeglichen (34 Prozent). Die Jüngeren sehen die Einheit demnach gar zu 54 Prozent als „Gewinn“. Im Gesamtdurchschnitt meinen das 49 Prozent bei weiteren 26 Prozent ausgeglichen Wertenden. *SV*

illegale

MELDUNGEN

Ankara brüskiert USA

Ankara – Washington zeigt sich über die Entscheidung des türkischen Verteidigungsministeriums, statt des US-Luftabwehrsystems „Patriot“ das System des chinesischen Konkurrenten CPMIEC zu erwerben, wenig erfreut. Obwohl die Türkei traditionell als Bündnispartner der USA gilt, hat sie sich für das chinesische Angebot entschieden, das mit drei Milliarden US-Dollar eine Milliarde unter dem Preis lag, den die Türken selbst bereit gewesen waren zu zahlen. Zudem wollen die Chinesen den Raketenschild zusammen mit türkischen Anbietern fertigen, was Arbeitsplätze schafft. Abgesehen von dem Umstand, dass den USA jetzt ein Geschäft entgeht, ärgert es Washington, dass Ankara mit CPMIEC zusammenarbeiten, obwohl dieses Unternehmen von den USA auf eine schwarze Liste gesetzt wurde. Grund hierfür ist der Umstand, dass die chinesische Waffenschmiede auch an US-Feinde wie den Iran liefert. *Bel*

Rückkehr eines Null-Kandidaten

Moskau – Valentina Matwijenko, Vorsitzende des russischen Föderationsrats und enge Putin-Vertraute, will, dass bei künftigen Wahlen die Stimmabgabe „gegen alle“ wiedereingeführt wird. 2006 war diese Möglichkeit, Proteststimmen einzufangen, abgeschafft worden, um eine Demokratisierung der russischen Parteienlandschaft herbeizuführen. Der Erfolg des Oppositionskandidaten Alexej Nawalnyj bei der Bürgermeisterschaftswahl in Moskau, der knapp 30 Prozent der Stimmen gewann, hat die herrschende Klasse von „Einiges Russland“ aufgerüttelt. Mit der Wiedereinführung des „Kandidaten gegen alle“ will man reine Proteststimmen einfangen und so weitere Wahlerfolge der Opposition schmälern. *MRK*

Hinter Gittern

Journalisten als Feinde inhaftiert – Auf der Rangliste der Pressefreiheit liegt die Türkei weit hinter dem Kongo

Journalisten werden in der Türkei bedroht, an ihrer Arbeit gehindert, entlassen, wegen Kritik an der Regierung mit Gerichtsverfahren überzogen und eingesperrt. Auf ihrer „Rangliste der Pressefreiheit 2013“ von 179 Staaten führt die von Journalisten gegründete Organisation „Reporter ohne Grenzen“ (ROG) die Türkei auf Platz 154, elf Plätze hinter dem Kongo und vor Swasiland.

Der türkische Journalist Ismail Saymaz arbeitet für die linksliberale türkische Zeitung „Radikal“. Er hat Bücher über den Mord an drei Mitarbeitern eines christlichen Verlages in der Türkei im Jahr 2007 sowie über den Ergenekon-Geheimbund veröffentlicht. Der Name „Ergenekon“ geht zurück auf eine nationalistische Legende, der zufolge eine Wölfin den Stamm der Ur-Türken in einem sagenhaften Tal namens Ergenekon gerettet haben soll. „Ergenekon“ soll sich ein Verschwörerzirkel genannt haben, der den Sturz der islamisch-konservativen AKP-Regierung von Ministerpräsident Recip Tayyib Erdogan geplant habe. Wegen angeblicher Putschpläne wurden bereits letztes Jahr im „Vorschlaghammer-Prozess“ in einem dubiosen Mammutverfahren 330 Generäle und hohe Offiziere zu langen Haftstrafen verurteilt.

Im August dieses Jahres wurden gegen 254 weitere Angeklagte im Ergenekon-Prozess hohe Freiheitsstrafen verhängt, unter ihnen Professoren, Politiker und viele regierungskritische Journalisten. Der Prozess wurde auch dazu benutzt, einfach Kritiker der Erdogan-Regierung auszuschalten. Nur als Beispiele seien genannt: Der Chefredakteur des Fernsehsenders „Ulusal TV“, Adnan Türkkan, erhielt zehneinhalb Jahre Haft. Der Herausgeber der Zeitung „Aydinlik“, Mehmet Sabuncu, muss sechs Jahre ins Gefängnis. Hilkmet Cicek von „Aydlinik“ wurde zu über 21 Jahren Haft verurteilt. Die Journalisten Vedat Yenener und Serhan Bolluk zu je siebeneinhalb Jahren. Der Fernsehjournalist Turan Özlu bekam neun Jahre, der Kolumnist Güler Kömürcü Öztürk sieben Jahre. Der Redakteur Deniz Yildrim wurde zu über 16 Jahren Haft verurteilt. Mehmet Haberal vom Sender „Baskent TV“ muss zwölfeinhalb Jahre hinter Gitter. Der Journalist Tuncay Özkan bekam lebenslänglich. Mustafa Balbay, früherer Kolumnist der Zeitung „Cumhuriyet“ und Abgeordneter der Republikanischen Volkspartei CHP, wurde zu 34 Jahren und acht Monaten Haft verurteilt.

Wegen seiner kritischen Beiträge über den zwielichtigen Prozess wurde auch Ismail Saymaz mit 20 Strafverfahren überzogen. Die für ihn geforderten Strafen hätten sich auf fast 100 Jahre addiert. Doch wurde er immer freigesprochen. Saymaz schilderte bei einem Gespräch mit ROG in Berlin aus seiner persönlichen Kenntnis heraus willkürliches oder politisch motiviertes Vorgehen der türkischen Justiz. Dabei gewannen die Gesprächsteilnehmer einen Einblick in kafkaeske Verhältnisse. Saymaz hat mehrfach auch über den Fall des Studenten Ali Ismail Korkmaz geschrieben. Dieser wurde im Juni bei den Gezi-Park-Protesten nach bisherigen Erkenntnissen auch von Polizisten in Zivil zu Tode geprügelt. Saymaz wurde wegen seiner Artikel durch den anatolischen Gouverneur Azim Tuna direkt unter Druck gesetzt. Tuna beschimpfte ihn und schrieb in einer E-Mail: „Wir werden uns noch wiedersehen.“ Überraschend erhielt Saymaz danach Rückendeckung von Innenminister Muammer Güler.

Erdogan-Kritiker werden gezielt ausgeschaltet

Nach Angaben des New Yorker „Komitees zum Schutz von Journalisten“ waren bis Anfang August mindestens 61 türkische Reporter in direktem Zusammenhang mit ihrer journalistischen Arbeit inhaftiert. Das Komitee nennt die Türkei „das weltweit größte Gefängnis für Journalisten“. Ein Bericht von Amnesty International über die Gezi-Park-Proteste nennt Namen von durch die Polizei misshandelten Journalisten. Auch ausländische Medienvertreter waren gezielten Attacken und Drohungen ausgesetzt. Ein Bürgermeister Istanbuls, Ibrahim Gökcek, startete eine Twitter-Kampagne gegen einen BBC-Journalisten.

Nach Angaben des Türkischen Journalistenverbandes haben wegen ihrer kritischen Beiträge über die Proteste in Istanbul mindestens 72 Journalisten ihre Arbeit verloren, darunter bekannte Autoren wie Yavuz Baydar (ihm wurde unter anderem ein kritischer Beitrag in der „New York Times“ vorgeworfen) oder Can Dündar von der Zeitung „Milliyet“.

Die Fernsehsender sind weitgehend in der Hand der Regierung. Statt über die Massenproteste in Istanbul zu berichten, strahlte der Sender CNN Türk eine Dokumentation über Pinguine aus. Die Demonstranten nannten darob die regierungskonformen Fernsehanstalten „Pinguinsender“. Es herrscht starke Selbstzensur.

Bereits im Januar wurde die Soziologin und Feministin Pinar Selek in Abwesenheit zu lebenslänglicher Haft verurteilt. Auch dieses groteske Urteil – eines von vielen – hielt Außenminister Guido Westerwelle nicht davon ab, im Mai in einem Beitrag in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ der Türkei eine „funktionierende pluralistische Demokratie“ zu attestieren. Die Türkei habe, so Westerwelle, „einen weitreichenden Reformprozess eingeleitet, den sie engagiert fortsetzt“. Deshalb wolle er dem EU-Beitrittsprozess „frischen Schwung geben“. Kaum einen Monat später begannen die Unruhen in Istanbul. *Michael Leh*



Ergenekon-Prozess: Im August dieses Jahres wurden neben Militärs auch zahlreiche Journalisten zu langjährigen Haftstrafen verurteilt Bild: action press

Keine Bildung für Illegale

Moskauer Politiker fordert Änderung des Migrationsgesetzes

Russland hat nach den USA die höchste Zahl von auf seinem Territorium lebenden Immigranten. 2013 leben offiziell elf Millionen Arbeitsmigranten in Russland, die Zahl der Illegalen liegt geschätzt bei weiteren zehn Millionen. Eine beachtliche Zahl, gemessen an der Gesamtbevölkerung von 143,5 Millionen Menschen im Jahr 2012. Da mit einem weiteren Anstieg der illegalen Einwanderung gerechnet wird, wächst der Unmut der Bevölkerung.

Die Migrationspolitik der Regierung wird angesichts der steigenden Probleme als zu lasch empfunden. Drei Viertel der Bevölkerung sind gegen unkontrollierten Zuzug von Ausländern.

Alexej Schurawljow, Abgeordneter der Staatsduma, wagte deshalb einen Vorstoß, indem er eine Gesetzesänderung vorschlug: Kindern von Migranten soll nur dann den Zugang zu Kindergärten und Schulen möglich sein, wenn deren Eltern offiziell arbeiten und Steuern zahlen. Die Begründung: Das bisherige Gesetz bevorzuge ausländische Kinder gegenüber russischen. Es könne beispielsweise nicht sein, dass eine Ausländerin, die bei der Ankunft in Russland schwanger war, sofort einen Kindergartenplatz erhalte, weil sie schon mehrfache Mutter ist, während eine alleinstehende Russin mit Kind jahrelang auf einen Platz warten müsse. Nur, wer etwas zum Haushalt beitrage, solle auch in den Genuss staatlicher Privilegien kommen können. 28 000 Kinder von Migranten besuchen zurzeit Schulen der Hauptstadt, von denen 15 000 kein Wort Russisch sprechen.

Während viele Russen den Vorstoß begrüßen dürften, gab es auch Kritik an Schurawljows Plänen.

Korruption trägt zur Ausbeutung von Ausländern bei

Kinder, die für das Handeln ihrer Eltern nicht verantwortlich sind, lernen in der Schule zumindest die Sprache sowie die russische Geschichte und Kultur kennen. Verwehrt man ihnen den Zugang zur Bildung, erhalten sie im besten Falle in ihrer Heimat Bildung, im schlimmsten Falle bleiben sie in Russland und beginnen eine kriminelle Karriere.

Zur Unzufriedenheit über die Zuwanderer tragen auch skrupellose Unternehmer bei, die Schwarzarbeiter zu Billigstlöhnen beschäftigen, statt Einheimischen eine Arbeit anzubieten. So geschehen in Königsberg. Bei der Vermittlung freier Stellen hatten die Behörden arbeitsuchende Russen nicht berücksichtigt, so dass vor allem Königsberger Maler und Stukkateure das Nachsehen hatten. Zahllose Beispiele aus St. Petersburg und anderen Städten ließen sich aufzählen für verlorene Arbeitsstellen – und damit auch verlorene Steuereinnahmen – durch Korruption.

Seit Monaten schon gehen Bürger auf eigene Faust gegen illegale Migranten vor. Anhänger der Partei „Rodina“ (Heimat) und der Bewegung „Schild Moskaus“ führen Razzien in Häusern durch, in denen sie Illegale vermuten. Diese hausen unter unmenschlichen Bedingungen in feuchten Kellern. Die hinzugerufene Polizei nimmt dann die Gesetzesbrecher fest. Auf diese Weise haben die Rodina-Anhänger bereits zu dutzenden Verhaftungen Illegaler beigetragen. Sie filmen ihre Aktionen und veröffentlichen die Filme anschließend im Internet auf „youtube“.

Premier Medwedjew warnte auf der XIV. Sitzung der Partei „Einiges Russland“ vergangene Woche vor einer Ghettoisierung der Großstädte und mahnte die Einführung eines Integrationsprogramms für Arbeitsmigranten an. Migranten müssten die russische Sprache lernen und mit den Regeln der Gesellschaft vertraut sein, so Medwedjew. *Manuela Rosenthal-Kappi*

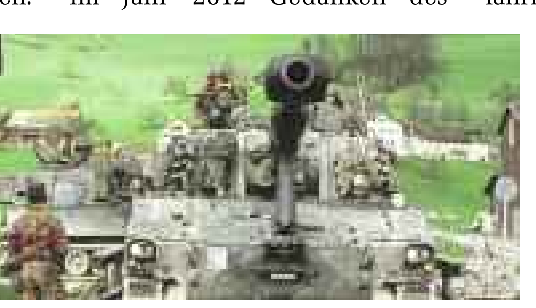
Wirtschaftskrise als Auslöser

Manöver des Schweizer Militärs verärgert Franzosen

Ein Manöver der Schweizer Armee hat in Frankreich für Verstimmung gesorgt. Einem Bericht der Zeitung „Le Matin Dimanche“ zufolge hat eine Schweizer Panzerbrigade zwischen dem 26. und 28. August für ein erstaunliches Szenario geübt, und zwar die Abwehr französischer paramilitärischer Truppen. Die fiktive Grundannahme für das Manöver „Duplex Barbara“ ist, dass die Wirtschaftskrise weiter anhält und Europa an den Rand des Chaos gebracht hat. Frankreich ist in mehrere Kleinstaaten zerbrochen. Einer davon, das fiktive Saonia auf dem Gebiet des französischen Juras, macht das Nachbarland Schweiz für seine prekäre finanzielle Situation verantwortlich. Die paramilitärische „Brigade de Dijon“ will mit Attentaten in der Schweiz einen Schuldenerlass erzwingen.

Wie zu erwarten, ist das Manöver beim Nachbarn Frankreich auf wenig Verständnis gestoßen. „Es wäre besser für die Glaubwürdigkeit der Schweizer Armee, wenn sie sich mit Bedrohungen des 21. Jahrhunderts beschäftigen würde“, so der Generalrat von Hoch-Savoyen Antoine Vielliard gegenüber „Le Matin Dimanche“.

Das Schweizer Militär gilt nicht zuletzt wegen des Milizprinzips als sehr bodenständig. Rücksichten auf die politische Korrektheit dürften Schweizer Spitzenmilitärs ebenso fernliegen wie selbstauferlegte Denkverbote, die etwa in der deutschen Sicherheitspolitik weit verbreitet sind. So waren bereits im Jahr 2012 Gedanken des schweizerischen Verteidigungsministers Ueli Maurer zur Lage in Europa bekannt geworden, die hierzulande wahrscheinlich schnell Rücktrittsforderungen nach sich gezogen hätten. Maurer hatte die Schweizer Armee darauf eingestimmt, sich auf eine dramatische Eskalation der Lage in EU-Krisenstaaten einzustellen. „Ich schließe nicht aus, dass wir in den nächsten Jahren die Armee brauchen“, so der Verteidigungsminister vor nicht einmal einem Jahr. Eine seiner Befürchtungen für die Schweizer Sicherheit berücksichtigt den Umstand, dass wegen Sparmaßnahmen die Armeen in den südeuropäischen Euro-Staaten geschwächt sind.



Geht von Flüchtlingen aus Westeuropa aus: Die Übung des Schweizer Militärs Bild: pa

Eine Eskalation der Wirtschaftskrise in einigen Ländern droht für die Schweiz allerdings auch noch auf eine andere Art gefährlich zu werden. Bei einer Verschärfung der Euro-Krise ist mit einem Ansteigen des Gewaltpotenzials zu rechnen. In Ländern wie Spanien, Griechenland und Italien kann es zu einer Radikalisierung der Bevölkerung kommen. Unruhen, Demonstrationen und Flüchtlingsströme könnten dann ganz Europa destabilisieren. Zumindest war dies eine Grundannahme für ein Manöver, das die Schweizer Militärs im September 2012 abgehalten haben. Rund 2000 Armeeangehörige hatten sich in der Stabsübung „Stabilo due“ darauf vorbereitet, wie ein Übergreifen möglicher Unruhen auf Schweizer Gebiet verhindert werden kann, wenn die EU immer tiefer in der Krise versinkt. Unter anderem hatten vier Militärpolizei-Bataillone dabei geprobt, wie die Schweizer Grenzen gegen Flüchtlingsströme aus dem übrigen Europa abgesichert werden können. *N.H.*

Krisen-Beschleuniger sondergleichen

Sportliche Großereignisse bringen laut einer Studie ökonomisch wenig und können sogar letzter Sargnagel sein

Die Hoffnung auf einen wirtschaftlichen Nutzen wird eine entscheidende Rolle spielen, wenn am 10. November in einem Bürgerentscheid darüber abgestimmt wird, ob München sich für die Olympischen Winterspiele 2022 bewerben soll. Tatsächlich erweisen sich immer mehr Sport-Großereignisse für die Allgemeinheit allerdings als finanzieller Reinfall.

Das Unternehmen Fidelity Investment, das die Olympischen Spiele zwischen 1964 und 2008 systematisch unter die Lupe genommen hat, kommt zu einem ziemlich eindeutigen Befund: Im historischen Rückblick war entweder wenig oder kein ökonomischer Nutzen durch Olympische Spiele festzustellen. Als profitabel gelten – wenn überhaupt – die Spiele von 1984 in Los Angeles. Das ebenfalls in den USA beheimatete International Centre for Olympic Studies konnte generell keine Olympischen Spiele ausmachen, die für den Austragungsort rentabel gewesen wären.

Mit den inzwischen astronomischen Kosten für derartige Großereignisse könnte es künftig nicht nur bei einem „nicht rentabel“ bleiben. Schule machen könnte vielmehr das Beispiel Griechenland: Ohnehin mit Strukturproblemen beladen, haben sich die in Athen ausgetragenen Olympischen Spiele im Jahr 2004 als zusätzlicher Krisen-Beschleuniger entpuppt. Nach kurzem Bauboom und dem noch kürzeren Sportspektakel blieben unter dem Strich zwölf Milliarden Euro Schulden, die Griechenlands Niedergang noch weiterbeschleunigt haben.

Derzeit sind gleich zwei Sport-Großereignisse in Vorbereitung, die das Zeug haben, ihrem Austragungsland nachhaltigen Schaden einzubringen. Für Japan könnte sich die Austragung der Olympischen Spiele im Jahr 2020 als letzter Sargnagel für das ohnehin überschuldete Land entpuppen. Schon jetzt ist Japan die Industrienation, die in Relation zur Wirtschaftsleistung den höchsten Schuldenstand hat. Die Vorbereitung der Spiele droht deshalb zu einem Rennen gegen die Zeit zu werden. „Die Gesamtverschuldung wird weiter steigen. Ich denke nicht, dass Japan bis 2020 überleben kann“, so unlängst eine Warnung des ehemaligen Hedgfondsmanagers Takeshi Fujimaki. Obendrein wird über den Olympischen Spielen in Japan das Dauerproblem der Atomruine Fukushima als zusätzliches Damoklesschwert schweben. Nur 200 Kilometer von Tokio entfernt könnte vor allem das Abklingbecken in Fukushima mit seinen 1300 Brennstäben selbst bei einem leichteren Erdbeben zu einem akuten Problem für ganz Japan werden.

Das Potenzial zum gigantischen Fehlschlag hat auch die Fußballweltmeisterschaft, die im Jahr

> **Ist Japan vielleicht 2020 bereits an seinen Schulden erstickt?**

2022 im Golfstaat Katar ausgetragen werden soll. Momentan sorgt der Golfstaat noch wegen haarsträubender Arbeitsbedingungen seiner Gastarbeiter für Negativ-Meldungen. Je näher die WM rückt, desto höher allerdings wird die Wahrscheinlichkeit, dass bald andere Schlagzeilen auftauchen, die an dem 50-Milliarden-Dollar-Projekt Zweifeln lassen. Der Versuch der Scheichs, sich mit einer Fußball-WM internationales Renommee zu verschaffen, droht gleich auf mehreren Gebieten schiefzulaufen. Einer der Knackpunkte ist die Hitze in dem Wüstenemirat. Eine Verlegung der WM vom Sommer in den Winter verspricht zwar eine Entlastung bei den Temperaturen, die schon mal 50 Grad in den Stadien erreichen können. Dafür drohen im Winter aber massive finanzielle Probleme. So würde sich eine Winter-WM in Katar mit TV-Übertragungen der Fußball-Ligen in Spanien, Italien und Großbritannien überschneiden. Ebenso ungünstig wäre die Überschneidung dann mit Blick auf die US-Zuschauer, denen nach dem Wunsch der Fifa endlich der Fußball als Sportereignis schmackhaft gemacht werden soll. Parallel zu einer Winter-WM in Katar würde die Football-Saison (NFL) in den USA laufen und Zuschauer wegnehmen. Die Fifa, die für die Übertragungsrechte aus Katar eine Rekordsumme ausgehandelt hat, steht obendrein bei den Sendern im Wort, dass es keine Überschneidungen mit Ligaübertragungen in Europa und der US-NFL gibt.

Der Traum vom Fußball in der Wüste könnte sich noch aus einem anderen Grund zum Mega-Flopp entwickeln. Katar hatte versprochen, dass die Stadien klimatisiert werden, so dass die Temperaturen 27 Grad Celsius nicht überschreiten. Das Problem dabei: Nach Expertenmeinung sind Klimaanlagen für die Stadien in den benötigten riesigen Dimensionen technisch derzeit noch gar nicht realisierbar. Dazu kommen erheblich Probleme mit den Menschenrechten in dem Emirat. Westliche Medien überschlagen sich zwar mit Kritik an Putins Russlands wegen der Diskriminierung von Homosexuellen, Beachtung hätte allerdings auch eine Empfehlung von Fifa-Chef Sepp Blatter verdient: Homosexuelle sollen sich während der WM in Katar jeglicher sexueller Aktivitäten enthalten. Der Hintergrund: Im streng islamischen Katar ist gemäß der Scharia Homosexualität strafbar. Abschreckend für den klassischen Fußball-Touristen dürfte aber eine andere islamische Moralvorstellung sein. So wird es in den Stadien nicht erlaubt sein, Bier zu trinken.

Überschattet werden die zahlreichen Probleme obendrein noch vom Verdacht, dass im Vorfeld der WM-Vergabe massiv Schmiergelder geflossen sind. Nicht einmal als ausgeschlossen gilt deshalb, dass es im Fall Katars sogar zu einer Neuausschreibung der WM kommt. *Norman Hanert*



Zu Unrecht gefreut? Als Japan vor Kurzem die Olympischen Spiele 2020 erhielt, war der Jubel groß Bild: Getty

KURZ NOTIERT

Firmenchefs sind Mangelware: „Die politische Führung einer Industrienation wie Deutschland braucht die Erfahrung und das Wissen der Unternehmer. Es ist daher keine gute Entwicklung, wenn im neuen Bundestag nur noch 47 Unternehmer vertreten sind“, bedauert Brun-Hagen Hennerkes, Vorstand der Stiftung Familienunternehmen. Zwar gebe es laut der Stiftung noch zahlreiche Freiberufler wie Anwälte, Steuerberater, Ärzte und Wirtschaftsberater, aber die Zahl der echten Firmenchefs und Handwerker sei, wenn man die zwölf Land- und Forstwirte nicht berücksichtige, sogar auf 35 Personen gesunken. Die meisten von ihnen seien Mitglieder der CDU oder CSU, bei SPD, Grünen und der Partei „Die Linke“ seien Unternehmer Mangelware. Dafür gebe es besonders viele Beamte und Angestellte des öffentlichen Dienstes, sie stellen knapp ein Drittel der 630 neuen Bundestagsabgeordneten. *Bel*

Lebensversicherer auf dem Prüfstand: Die Niedrigzinspolitik der EZB und das auch deswegen zurückgehende Neugeschäft des Versicherers HDI Leben haben den Mutterkonzern Talanx veranlasst, über eine Abwicklung der Tochter nachzudenken. Bis Jahresende wird nun geprüft, wie es mit der HDI Leben weitergehen soll. *Bel*

„Made in Poland“ unerwünscht: Polnische Unternehmerverbände haben ihre Regierung aufgefordert, bei der EU gegen die zwangsweise Kennzeichnung von Waren mit der Herkunftsbezeichnung „Made in Poland“ einzutreten. Wie die „Gazeta Wyborza“ berichtet, befürchten die Firmen Absatzprobleme im Ausland, wenn auf den Herstellungsort Polen verwiesen werden muss. Anlass der Befürchtungen ist ein Plan der EU-Kommission zur Verschärfung der Kennzeichnungsvorschriften. Nachdem die EU bisher lange versucht hatte, die nationalen Herkunftsbezeichnungen abzuschaffen, will Brüsselunter Hinweis auf die Konsumentensicherheit nun verhindern, dass die genaue Herkunft von Produkten durch die Aufschrift „Made in EU“ verschleiert werden kann. *N.H.*

Fast wie Science-Fiction

DLR-Forscher untersuchen alternative Entwürfe von Flugzeugen

Entwürfe für moderne Verkehrsflugzeuge funktionieren so: Der Rumpf trägt die Last, die Flügel sorgen für den Auftrieb. Und die Flügel sind eigentlich immer nach hinten, also positiv gepfeilt. Sie haben aber ihr Optimum in Sachen Wirtschaftlichkeit und Flugleistungen erreicht. Sparsamere und gleichzeitig leistungsfähigere Flugzeuge werden wohl anders aussehen. Beim Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) beschäftigen sich Wissenschaftler schon länger mit Alternativen. Eines dieser Konzepte ist der sogenannte „Blended Wing Body“ (BWB), ein anderes untersucht Airliner mit nach vorne, also negativ gepfeilten Flügeln.

Der BWB zeichnet sich durch einen glatten Übergang zwischen Rumpf und Fläche aus. Außerdem erzeugt auch die strömungsgünstige Rumpfform Auftrieb. „Der BWB hat klare Gewichtsvorteile“, erklärt Jörg Fuchte, der beim DLR-Institut für Lufttransportsysteme, Abteilung Integrierter Luftfahrzeugentwurf in Hamburg die BWB-Studien betreut. So müssen herkömmliche Flugzeuge gerade am Übergang vom Rumpf zur Tragfläche sehr stabil gebaut sein. Denn dort wirken die Auftriebskräfte der Flügel auf den Rumpf ein. Bei einem BWB kann der Anschluss des Flügels an den Rumpf leichter werden.

Zurzeit arbeiten Fuchte und seine Kollegen daran, eine Druckkabine in den Rumpf zu integrieren. Das Problem: Die optimale Form für die Kabine ist, salopp gesagt, eine Coladose. „Bei einer abweichenden Form wird die Druckkabine schwerer“, so Fuchte. Für den BWB müsste man eigentlich eine Art Kasten bauen, aber das würde zu einem schwereren und teureren Flugzeug führen. Die DLR-Forscher haben das Problem gelöst, indem sie in diesen Kasten halbrunde Profile eingefügt haben. Im Innenraum wäre dann eine mehrfach gewölbte Decke mit vertikalen Streben zu sehen. „Ein BWB ist interessant für Flugzeuge, die größer sind als der A380“, erläutert Fuchte. Das wären dann Flugzeuge mit Platz für um die 1000 Passagiere.

Vision: „Blended Wing Body“

Einen anderen Weg beschreiten Wissenschaftler mehrerer DLR-Institute um Arne Seitz vom Braunschweiger DLR-Institut für Aerodynamik. Sie haben ein Passagierflugzeug mit vorwärts gepfeilten Flügeln entworfen. Diese Studie entstand im Rahmen des Projekts „LamAiRr“, um Flügelformen zu finden, die möglichst turbulenzfrei umströmt werden. Herkömmliche Flugzeuge haben rückwärts gepfeilte Flügel, die turbulent umströmt werden und daher hohen Luftwiderstand erzeugen. Die DLR-Forscher nutzen den vorwärts gepfeilten Flügel, um diese turbulente Luftströmung zu beruhigen und eine ruhige oder laminare Strömung zu schaffen. So sinkt der Luftwiderstand des Flugzeugs und damit unter anderem der Treibstoffverbrauch – bei dem international angestrebten Sparziel von 50 Prozent bis 2020 eröffnet sich hier ein interessantes Sparpotenzial. Der „LamAiRr“-Entwurf ist etwa so groß wie ein A320, benötigt aber neun Prozent weniger Sprit. *Friedrich List*

Finanzmarktsteuer gefloppt

Paris senkt Einnahmeprognose drastisch – Handel ist zurückgegangen

Frankreich nimmt mit seiner im August 2012 eingeführten Finanztransaktionssteuer deutlich weniger Geld ein als erhofft. Wurde für dieses Jahr noch mit Einnahmen von 1,5 Milliarden Euro gerechnet, so hat man in Paris für das kommende Jahr die Erwartungen stark heruntergeschraubt. Frankreichs Fiskus kalkuliert nur noch mit 700 Millionen Euro an Einnahmen durch die Steuer. Die zurückgeschraubten Erwartungen sind ein Zeichen dafür, dass sich genau das eingestellt hat, was Kritiker befürchtet hatten.

Die in Aussicht gestellten Einnahmen von anfangs sogar drei Milliarden Euro jährlich für die Staatskasse werden bei weitem nicht erzielt, stattdessen verliert die Pariser Börse gegenüber der Konkurrenz an Boden. Zur Vermeidung der Steuer weichen professionelle Anleger entweder auf ausländische Börsen aus oder es wird zu Finanzderivaten gegriffen, die den entsprechenden Aktienkurs nachbilden, die aber nicht der Steuer unterliegen. Das Resultat: „Die Steuer bezahlt vor allem der Familienvater, der vorsorgen will“, so Pierre-Antoine Dusoulier von der französischen Saxo Banque.

Nachhaltiger Schaden droht ebenso dem Finanzplatz Frankreich. Nach Angaben des Unternehmens Nyse Euronext ist das Handelsvolumen mit französischen Aktien seit Jahresbeginn um 20 Prozent hinter jene Aktien zurückgefallen, die nicht von der Steuer betroffen sind. Bisher erhebt Frankreich nur auf die

> **Brüssel kann von Frankreichs Erfahrungen lernen**

Aktienkäufe von französischen Gesellschaften eine Steuer, die einen Börsenwert von mindestens einer Milliarde Euro aufweisen.

Angesichts der Abwendung von französischen Aktien wirft eine Empfehlung, die unlängst von der Großbank Societé Generale gegeben wurde, einiges an Fragen auf. Unmittelbar nach der Bundestagswahl gaben die Analysten der französischen Bank den Tipp, deutsche Aktien und Anleihen „aggressiv“ zu verkaufen. Stattdessen sollten die Anleger lieber in Aktien des französischen Leitindex CAC 40 und in Staatsanleihen der Euro-Peripheriestaaten investieren. Die Wette auf Anleihen der Krisenstaaten kann angesichts der De-facto-Bürgschaft Deutschlands fast als sichere Bank gelten. Schleierhaft bleibt aber, warum bei der anhaltenden wirtschaftlichen Misere Frankreichs und der Zusatzbelastung Finanztransaktionssteuer ausgerechnet die gebeutelten französischen Aktien profitieren sollen.

Angesichts der französischen Erfahrung wäre auch die EU-Kommission gut beraten, ihre Pläne für eine Finanzmarktsteuer nochmals zu überdenken. Wie in Paris sind die Brüsseler Erwartungen an die Steuer bereits kräftig geschrumpft. Auch hier waren vor noch nicht langer Zeit die Versprechungen groß. Bis zu 70 Milliarden Euro jährlich wollte die EU kassieren, die Banken sollten so endlich an den Kosten der Finanzkrise beteiligt werden. Der aktuelle Zwischenstand bei den Plänen ist indessen ernüchternd. Banklobbyisten haben in Brüssel die Pläne so weit aufgeweicht, dass der deutsche Fiskus nur eine statt ursprünglich kalkulierter zehn Milliarden Euro kassieren würde. *N.H.*

Seriös geht anders

Von Rebecca Bellano

Der sogenannte „Klimaschutz“ ist der deutschen Politik, aber auch der EU sehr wichtig. Sie sind bereit, Milliarden dafür zu zahlen und Gesetze zu erlassen, die die Wirtschaft nötigen, im Namen des „Klimaschutzes“ Unsummen zu investieren. Dabei stützen sich die Politiker jeglicher Couleur auf die Forschungen des Uno-Klimarates IPCC. Dessen aktueller 2200-seitiger Klimabericht bläst nun ins altbekannte Horn, obwohl sich die Erde in den letzten 15 Jahren nicht weiter erwärmt hat, während gleichzeitig mehr Kohlendioxid (CO_2) durch die wachsende Industrie in Asien produziert wurde. Aber die Klimaforscher sind überzeugt, dass die Erwärmung nur gerade eine Pause macht. Auch ist sich der IPCC zu 95 Prozent sicher, dass die Erderwärmung durch die menschengemachten CO_2-Abgase verursacht werde. Interessant zu wissen ist hier, dass dieser Wert nicht auf Forschungen, sondern, man höre und staune, auf einer Meinungsumfrage bei IPCC-Forschern basiert. Aber Forschung wird eh überschätzt, nur drei der 114 Klimasimulationen hätten in den letzten Jahren richtig gelegen. Dann also doch lieber wieder Horoskope lesen, die sind realitätsnäher.

Einer mit Profil

Von Michael Leh

Das Kesseltreiben gegen Rudi Pawelka ist zu Ende. 13 Jahre stand der kantige Schlesier an der Spitze seiner Landsmannschaft. Jetzt hat ihn eine außerordentliche Bundesdelegiertenversammlung der Landsmannschaft Schlesien mit 28 zu 21 Stimmen abgewählt. Vorausgegangen waren hässliche Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit seiner Rede auf dem diesjährigen Schlesiertreffen. „Antipolnische Töne“ wurden ihm unterstellt, während er nur legitimerweise auf nach wie vor bestehende Probleme im deutsch-polnischen Verhältnis hingewiesen hatte. Aus der Politik wurde mit dem Entzug von Subventionen gedroht. Das Haus Schlesien in Königswinter kündigte groteskerweise wegen der Rede Pawelkas sogar der Landsmannschaft die Büroräume.

Pawelka hatte noch ein klares Profil. Damit wirkte er wie aus der Zeit gefallen. So wagte er es noch, eine Entschädigung für völkerrechtswidrig enteignetes Vermögen deutscher Vertriebener zu fordern, als ein solches Ziel von der Führung des Bundes der Vertriebenen (BdV) schon längst abgehakt war. Schon 2004 hatte BdV-Präsidentin Erika Steinbach erklärt, sie sei bezüglich materieller Ansprüche bereit, „bis hin zu einer Nulllösung zu gehen“. „Steinbach bietet Verzicht an“, lautete damals die Schlagzeile der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“.

Nulllösungen und Verzicht waren Pawelkas Sache nicht. Das Völkerrecht hatte er dabei auf seiner Seite. Ein guter, ein von der Politik gelittener Vertriebener ist aber längst nur der, der nichts mehr fordert.

Nicht willkommen

Von Harald Tews

Das Land, das seit jeher vorgibt, mit allen Mitteln die Freiheit zu verteidigen, schränkt diese selbst immer mehr ein. Symptomatisch dafür ist der Fall des deutsch-bulgarischen Schriftstellers Ilja Trojanow, dem jüngst die Einreise in die USA verweigert wurde. Was hat er verbrochen, dass man ihn nicht zu einem harmlosen Germanistenkongress reisen lassen wollte? Lag es daran, dass er zu den Erstunterzeichnern einer Petition gehörte, mit der die Bundesregierung zu einer angemessenen Reaktion auf das US-Ausspähprogramm Prism aufgefordert wurde?

Trojanows Schriftstellerkollegin Juli Zeh, die diese Kampagne initiiert hatte, mutmaßte das jedenfalls auf ihrer Facebook-Seite. Wenn das der Fall sein sollte, dann müssten 65 000 Bundesbürger, die diese Petition mit unterzeichnet haben, demnächst ebenfalls befürchten, ohne Angabe von Gründen am Flughafen festzusitzen, wie es Trojanow passiert ist. Und das, obwohl er Tage zuvor seine Einreise mit dem „Esta“-Verfahren vorschriftsmäßig angemeldet hatte.

> Verteidigung der Freiheit? Ja, aber nur für den Kapitalmarkt

Die Schikane mit dem elektronischen Reisegenehmigungsverfahren „Esta“ hat die USA schon seit 2009 für alle Bürger jener Nationen eingeführt, von denen aus man berechtigt ist, für bis zu 90 Tage visumsfrei in die Vereinigten Staaten einzureisen. Nicht genug damit, dass man 14 Dollar dafür berappen muss, seine eigenen persönlichen Informationen im Internet einzugeben hat und sich damit unfreiwillig zum gläsernen Touristen für den sammelwütigen US-Datenkraken macht. Nein, misstrauische Zollbeamte fertigen am Zielflughafen auch noch ein Foto der Einreisenden an, nehmen Fingerabdrücke und stellen inquisitorische Fragen nach dem Grund sowie dem genauen Ort des Aufenthalts. Man kommt sich vor wie ein Verbrecher und fühlt sich an die Willkür bei der Einreise in die früheren diktatorischen Ostblockländer erinnert.

Spätestens jetzt weiß man: Die USA befinden sich im Krieg. Und zwar im Krieg mit dem Terror. Da dieser keiner bestimmten Nation angehört, ist jeder noch so friedfertige Reisende für die USA ein potenzieller Feind. Das musste sogar der britische Sänger Cat Stevens erleben, dem 2004 wegen Sicherheitsbedenken die Einreise verweigert wurde, bloß weil er zum Islam konvertiert war.

Es ist erstaunlich, wie verschreckt und hysterisch das angeblich mächtigste Land der Welt geworden ist, dass es selbst vor Künstlern und Schriftstellern so viel Angst hat. Selbst US-Bürger, die gegen Prism & Co. protestieren, bekommen jetzt Besuch vom Staatschutz. Statt offen und souverän mit der Terrorbewältigung umzugehen, schottet sich das Land zunehmend nach innen und außen mit Spähprogrammen sowie mit Einreisehindernissen ab.

Die USA verteidigen die Freiheit? Ja, aber nur für das Kapital, also den Wirtschafts- und Finanzmarkt. Und das notfalls mit kriegerischen Mitteln im Ausland. Die Freiheit auch der eigenen Bürger bleibt dabei auf der Strecke.



Grenzkontrolle am Flughafen New York Newark: Wer in die USA einreisen will, muss zuvor eine Menge von sich preisgeben, nicht zuletzt den Fingerabdruck

Bild: mauritius

Moment mal!



Mehr Demokratie mit Gysi?

Von Klaus Rainer Röhl

Neuerdings wollen einige Leute das Rad wieder neu erfinden. Alle paar Jahrzehnte wird die Nummer mit der Volksfront noch einmal aufgetischt. Zuletzt von dem späten Ziehkind der Familie Augstein. „Versucht es doch mal mit Gysi!“, sagte Jakob Augstein am Tag nach der Wahl in einer Talkshow. Einer Talkshow wie alle. Schon bei der Auswahl der Eingeladenen. Ein matter Vertreter der Konservativen, ein müder Uralter, ein Spinner mit interessanten Ideen und zwei gut vorbereite Linke. Da also trat Jakob Augstein auf und vertrat die Thesen aus seinem neuen Buch „Sabotage. Warum wir uns zwischen Demokratie und Kapitalismus entscheiden müssen“. Darin macht er keinen Hehl aus seiner Meinung, dass wir uns für die Demokratie entscheiden müssten und gegen den Kapitalismus. Mutig, mutig. Schon in seinem Geburtsjahr (1967) durften meine Kinder es mit Fingerfarben auf Plakate schreiben: „Papitalismus muss putt“! Für ihn, Jakob Augstein, ist das offenbar eine neue Idee. Deswegen brachte er auch noch einmal die Frage: „Warum nicht mit der Linken?“ Wir übersetzen mal: Gegen den Kapitalismus und für die Demokratie. Für die Demokratie also mit Gysi? Der Sohn von Martin Walser eilt den Dingen gern schon voraus.

> Nicht nur Jakob Augstein liebäugelt mit Rot-Rot-Grün

Zur Stunde, da diese Zeilen geschrieben werden, überlegen sich Gabriel und seine SPD noch, wie sie endlich mal wieder „gestalten“ (mitregieren) könnten. Die in der Partei bereits entmachteten Spitzenpolitiker der Grünen um Jürgen Trittin und Claudia Roth überlegen in die gleiche Richtung und wollen auch gern „gestalten“, sonst drohen ihnen weitere vier Jahre ohne Posten und Dienstwagen. Das ginge mit Angela Merkel, aber es ginge auch, nach einer gewissen Schamfrist wegen öffentlich gegebener Versprechen, mit Sigmar Gabriel als Kanzler und Gregor Gysi als Mehrheitsbeschaffer und Dulder zugleich. Zumindest für den aus der Art geschlagenen Augstein-Zögling eine Chance. Aber für die Demokratie? Dafür aber für die Kommunisten. Die Volksfront ist der Traum der Kommunisten, seit es sie gibt. Irgendwann muss doch das Gebet von Oma Meume in den Texten von Liedermacher Wolf Biermann in Erfüllung gehen: „Ach Gott, lass du den Kommunismus siegen.“ Und auch Erich Honecker hatte es vorausgesagt: „Den Sozialismus in seinem Lauf hält weder Ochs noch Esel auf.“ Wenn nicht jetzt, wann dann? Bei der nächsten Wahl.

Was ist „Die Linke“, die nach Augstein und nicht wenigen anderen Partner der SPD sein sollte? Wer sind ihre Mitglieder? Im Westen sind es ein paar Funktionäre aus den Gewerkschaften, überqualifizierte Marxisten auf der Suche nach einem neuen revolutionären Objekt. Im Osten die alte Garde der alten KPD. Die dann, was wir bitte nie vergessen sollen, in einer ersten brüderlichen Umarmung die SPD der sowjetischen Besatzungszone schluckte. Das Produkt der Zwangsvereinigung nannte sich SED. Die Sozialistische Einheitspartei mit Staat und Stasi. Na und, würde Gysi sagen. Der Konkurs der DDR führte nicht zum Konkurs der Partei. Im Gegenteil, samt Funktionären, Büros und Bankkonten nannte sich die Partei fortan PDS, dann „Die Linke“. Ihre politische Gesinnung (vom Verfassungsschutz in einigen Bundesländern mit Recht beobachtet) änderte sich nicht. Sie, die neuen Funktionäre mit den modernen Haarschnitten und dem I-Pad und die ganz Alten, die in Un-Ehren ergrauten Ewiggestrigen aus den Funktionärs-Wohnvierteln, sind immer bereit zum letzten Gefecht. In dem Alter weiß man nie, wann es das letzte ist.

Soll man die Kommunisten einbinden, beim Wort nehmen, ihre ausgestreckte Hand ergreifen? Für viele junge Sozialdemokraten ist es eine Bruderhand. Die kommunistische Bruderhand wollen neuerdings immer mehr SPD-Mitglieder ergreifen, sei es aus Neigung, sei es als letzten Strohhalm. Demokratie?

Die Gefahr besteht, dass sich so auf ganz legalem Wege in Deutschland die Anhänger der sozialistischen Verteiler-Bürokratie durchsetzen, sie die freie Marktwirtschaft, schrittweise natürlich, abschaffen und durch Gesetzesänderungen ihre Macht zementieren, den Schaden also unreparierbar machen.

Wo die Gefahr wächst, wächst da das Rettende auch? Aber wo? Vielleicht in der Gruppe „Liberale Offensive“ um den ehemaligen Generalstaatsanwalt Alexander v. Stahl, der von seiner eigenen Parteifreundin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger aus seinem Amt geworfen wurde. Von ihren Gegnern und den Medien wurde diese Gruppe verkürzt als nationalliberal und populistisch dargestellt. Nach der Wahl Guido Westerwelles zum Parteivorsitzenden wurde die „Liberale Offensive“ von der Parteiführung ausgegrenzt. Beziehungen zur österreichischen Schwesterpartei waren tabu. Das war nachweislich falsch, wie die letzte Wahl gelehrt hat. 4,8 Prozent war die Quittung. Vielleicht sollten sich die FDP-Mitglieder die Geschichte der österreichischen Schwesterpartei FPÖ ansehen. Als Haider 1986 anfing, die Partei umzukrempeln und eine konsequent liberale Politik anzusteuern, hatte die FPÖ noch gerade vier Prozent der Stimmbürger hinter sich. Letzte Woche hat die Schwesterpartei der FDP unter dem Parteiobmann Heinz-Christian Strache mit 21,4 Prozent der Stimmen ihren größten Sieg errungen. Wie haben sie gewonnen? Strache und seine FPÖ traten gegen den ein halbes Jahrhundert regierenden Parteienfilz von Sozialdemokraten und der Österreichischen Volkspartei, der dortigen CDU, an, machten Stimmung gegen den „Spuk der Zuwanderungsgesellschaft“ und vor allem dagegen, dass Milliarden EU-Gelder in ein Fass ohne Boden gepumpt werden.

> Die halbtote FDP sollte von der FPÖ lernen

Von Österreich lernen, heißt siegen lernen. Um es kurz zu machen, die FDP muss, damit sie in zukünftigen Wahlkämpfen überhaupt noch wahrgenommen wird und nicht alle Stimmen an die neue AfD verliert, das tun, was sie dauernd von sich selbst fordert: Liberale Politik machen. Sie muss mehr mit den „Menschen in unserem Lande“ reden und mit ihnen über deren Sorgen und Ängste sprechen. Auf Deutsch: Die „Menschen in diesem Lande“ sind nämlich die Deutschen.

Die nächste Wahl kommt bestimmt. Bereits als Europawahl. Die FDP ist nicht überflüssig. Aber wir brauchen eine wirklich liberale FDP, die nicht nur von Steuersenkungen und liberalisierten Märkten spricht, sondern auch glaubwürdig von der individuellen Freiheit in unserem Land, die bedroht ist wie noch nie. Zurück zu den Ursprüngen. Thomas Dehler, Erich Mende und Theodor Heuss. Ist das Populismus? Führt das nach rechts? Sicher besser als nach links. Da sind schon alle anderen. Erinnern wir uns an das Wort des großen alten Mannes Graf Lambsdorff: „Immer, wenn versucht wurde, Freiheit, Rechtsstaat und offenes geistiges Klima dadurch zu schützen, dass man sie einschränkt, war der Totalitarismus hinterher eher stärker als schwächer ... Nationalliberale sind immer ein Teil der FDP gewesen.“

Also bitte recht freundlich. Liberal und deutschfreundlich. Da ist noch viel Raum in der Parteienlandschaft. Patriotismus ist schon lange kein Schimpfwort mehr in Europa.

Dr. Klaus Rainer Röhl ist seit 1993 Mitglied der FDP. Er wird dem national-liberalen Flügel um den ehemaligen Generalbundesanwalt Alexander v. Stahl zugerechnet.

MELDUNG

Pianist spielt für Berliner Schloss

Hamburg – Der Ostpreuße Peter-Jürgen Hofer gibt am 26. Oktober in Hamburg ein Benefizkonzert zugunsten des Wiederaufbaus des Berliner Schlosses. Der Erlös ist bestimmt für die Wiederherstellung der im Zweiten Weltkrieg verloren gegangenen Statue der Flora, die wie einst den Schlüterhof zieren soll. Gastgeber ist der Hamburger Freundeskreis im Förderverein Berliner Schloss e. V. Auf dem Programm stehen Werke von Carl Philipp Emanuel und Johann Sebastian Bach, Mozart, Mendelssohn-Bartholdy, Mussorgskij und Debussy. Anhand musikalischer Beispiele wird der Künstler einige wichtige Einflüsse europäischer Völker auf die Kultur Preußens und Deutschlands darstellen.

Die Veranstaltung beginnt um 18 Uhr im Lichtwarksaal der Carl-Toepfer-Stiftung in Hamburg, Neanderstraße 22. Der Eintritt beträgt inklusive Imbiss 30 Euro. Anmeldung bis 18. Oktober unter den Telefonnummern (040) 69798019 und 0157/71560083 oder info@meinschloss-shop.de. Abendkasse ab 17 Uhr.

Peter-Jürgen Hofer, geboren 1937 in Königsberg, ist ein international renommierter Konzertpianist. Nach seiner Ausbildung in verschiedenen europäischen Musikmetropolen führten seine Auftritte ihn in alle Welt. Neben seiner Konzerttätigkeit wirkte er als Professor an der Hochschule für Musik und Theater in Hamburg sowie als Dozent von Klavierkursen am Institut für Neue Musik und Musikerziehung Darmstadt. *J.H.*

Fährgeld ins Jenseits

Paderborns »Credo«: Schau über die Missionierung europäischer Heiden im Mittelalter

Paderborn wird seinem Ruf als katholische Hochburg Westfalens gerecht und präsentiert eine überwältigende Ausstellungs-Trilogie über die Christianisierung Europas im Mittelalter.

Vor 1700 Jahren wurde mit der Mailänder Vereinbarung der römischen Kaiser Konstantin und Licinius die christliche Religion erstmals toleriert. Dieser für die Ausbreitung des christlichen Glaubens entscheidende Wendepunkt ist Anlass einer überwältigenden kunst- und kulturhistorischen Ausstellung mit rund 800 kostbaren Exponaten in drei Paderborner Museen. Die Schau dokumentiert im Erzbischöflichen Diözesanmuseum und im Museum in der Kaiserpfalz die Ausbreitung des Christentums in Europa. In der Städtischen Galerie Am Abdinghof geht es abschließend um den Blick Europas auf seine christlichen Wurzeln mit Beispielen von der Renaissance bis zur Gegenwart.

Das Christentum ist die einzige Hochreligion mit ausdrücklichem Bekehrungsauftrag. In der Bibel sind folgende Worte Jesu festgehalten: „Geht zu allen Völkern, und macht alle Menschen zu meinen Jüngern.“ Zeugnisse weitgehend friedlich erzielter Missionserfolge sind im Diözesanmuseum versammelt. Ein Tragaltar (8. Jahrhundert, mit späteren Ergänzungen) wird mit Willibrord (657/58–739), dem Apostel der Friesen, in Verbindung gebracht. Ausstellungspremiere feiern dabei Objekte aus der bislang ältesten entdeckten christlich-angelsächsischen Fürstenbestattung (Essex, spätes 6./frühes 7. Jahrhundert): Dem „Prinzen von Prittlewell“ waren zwei Goldblechkreuze auf die Augen gelegt und zusätzlich zwei Münzen mitgegeben worden. Das deutet auf christlichen Glauben mit heidnischer Note hin, denn man kann die Münzen als Fährgeld für die Überfahrt ins Totenreich betrachten. Es war üblich, Elemente des althergebrachten heidnischen Glaubens in die christliche Religion aufzunehmen. In Norwegen etwa wurde Sigurd der Drachentöter, der berühmteste skandinavische Held und Heide, dazu ausersehen, das Böse aus dem Kirchenraum fernzuhalten. Das veranschaulicht dabei sehr gut eine Schnitzerei auf einer hölzernen Portalwange (um 1200) von der Stabkirche in Vegusdal.



Sonne mit Christus: Goldscheibe von Limos (7. Jahrhundert) Bild: Museum

Auch Zwangsmissionierungen waren üblich. Die sind Thema im Museum in der Kaiserpfalz. Eine der rechtlichen Säulen, auf die der Deutsche Orden seine Eroberungen und die Herrschaft im Baltikum gründete, war die von Kaiser Friedrich II. 1226 ausgestellte Urkunde. Auf den Beginn die Missionierung der Elb- und Ostseeslawen wiederum weist die vermutlich 968 ausgestellte Urkunde Kaiser Ottos I. hin, die Magdeburg zum Erzbistum über „alle Slawen jenseits der Saale“ erhob. Das Ringen um die Bekehrung der Slawen dauerte 200 Jahre. Die erste gewaltsame Missionierung eines ganzen Volkes aber geht auf Karl den Großen zurück. Mit Unterbrechungen dauerte der 772 zwischen Franken und Sachsen aufgenommene Krieg 32 Jahre. Ausgestellt sind Langschwerter, Pfeilspitzen, zwei eingeschlagene Schädel und der Erlass Karls des Großen, der die Ausübung heidnischer Kulte und die Missachtung der christlichen Religion mit der Todesstrafe bedrohte. Matthias Becker schreibt im Aufsatzband: Karl wurde bewusst, „dass Politik und Religion nicht zu trennen waren, dass nur die Annahme des christlichen Glaubens die Sachsen von weiterem Widerstand abhalten könnte.“ *Veit-Mario Thiede*

Bis 3. November im Erzbischöflichen Diözesanmuseum, Markt 17. Museum in der Kaiserpfalz, Am Ikenberg. Städtische Galerie, Am Abdinghof 11. Dienstag bis Sonntag 10 bis 18 Uhr. Eintritt: 12 Euro. Info: www.credo-ausstellung.de.

MELDUNG

Wachablösung in Wustrau

Wustrau – Der Gründer des Brandenburg-Preußen Museums, Ehrhardt Bödecker, übergibt den Stiftungsvorsitz des Museums an seinen Sohn Andreas. Der 89-jährige Ehrhardt Bödecker hat das in Wustrau bei Fehrbellin gelegene Museum vor 13 Jahren gegründet. Seitdem haben über 150000 Besucher die Dauerausstellung besucht, die einen Überblick über die Geschichte Brandenburgs und Preußens von 1415 bis zum Ersten Weltkrieg bietet und die daneben eine Porträtgalerie der 20 brandenburgischen Kurfürsten, preußischen Könige und deutschen Kaiser aus dem Haus der Hohenzollern umfasst.

Unter der neuen Federführung des 55-jährigen Rechtsanwalts Andreas Bödecker wird vom März nächsten Jahres an die Sonderausstellung „Türcken, Mohren und Tartaren“ zu sehen sein. Zuvor finden im Museum aufwendige Renovierungsarbeiten statt, wegen denen das Haus vom 2. Dezember an für einen Monat geschlossen bleiben wird. *tws*



Stabwechsel: Ehrhardt Bödekker (l.) übergibt die Leitung an Sohn Andreas Bild: Museum

Loests Völkerschlacht

Vor genau 200 Jahren fand bei Leipzig eine der größten Schlachten auf deutschem Boden statt. Die Sachsen, die damals auf der Seite Napoleons standen, gehörten mit zu den Verlierern. Trotzdem weihten sie 100 Jahre später zur Erinnerung an die Schlacht das Völkerschlachtdenkmal ein. Ein monströser Klotz, der vielen Leipzigern ein Dorn im Auge war. Ein gewisser Carl Friedrich Fürchtegott Vojciech Felix Alfred Linden wollte es sogar in die Luft sprengen. Er ist der fiktive Held im Roman „Völkerschlachtdenkmal“, den der kürzlich verstorbene Erich Loest 1984 geschrieben hat.



dtv-Buchcover von 1987

In dem Roman sitzt Linden beim Verhör und erzählt schelmisch seine Geschichte. Daraus ein Kernsatz über das Verhältnis von Sachsen und Preußen: „Die Sachsen haben stets auf der falschen Seite gestanden. ... Ich hab's immer merkwürdig gefunden, dass wir Sachsen die Geschichte allemal von der preußischen Seite aus sehen. Österreicher, Russen und Preußen schlugen Napoleon bei Leipzig – und was machten die Sachsen? Wie meistens dummes Zeug.“

Loests „Völkerschlachtdenkmal“ gehört neben seinem Roman „Nikolaikirche“ zu seinen wichtigsten Werken und wird noch lange in Erinnerung bleiben. *tws*

Büchners linke Erben

Der Dichter des Vormärz wurde vor 200 Jahren geboren

Anfang der 1970er Jahre hatte sich in den Lehrplänen für den Deutschunterricht an Schulen im Westen der Republik ein Dramenklassiker fest etabliert. Georg Büchners „Woyzeck“ wurde von ganzen Legionen von Schülern gelesen, analysiert, interpretiert und oft genug sogar in den Schulaulen aufgeführt. Es war dem Geist der Zeit geschuldet. Nach 1968 wurden Klassiker en vogue, die man für „links“, wenn nicht gar „revolutionär“ hielt.

Der Mitverfasser des aufrührerischen Kampfpamphlets „Der Hessische Landbote“ mit seinem bis in die Sponti-Szene hinein viel zitierten Einleitungsspruch „Friede den Hütten! Krieg den Palästen!“ war wie prädestiniert dafür, um Goethe und die Romantiker wie rechtskonservative „Vorgestrige“ aussehen zu lassen. Die Politisierung Büchners durch die 68er oder durch die DDR, wo er zur linken Kultfigur heraufbeschworen wurde, lässt sich durch das schmale dichterische Werk – drei zum Teil fragmentarisch hinterlassene Dramen und eine Erzählung – nur sehr bedingt rechtfertigen.

Es waren die Zeitumstände und Büchners kurzes Leben, welche die Saat vom Trugschluss eines frühsozialistischen Autors schufen. Genau vor 200 Jahren in die Völkerschlacht am 17. Oktober 1813 hineingeboren, wuchs Büchner in der hochbrisanten Zeit des revolutionären Vormärz auf. In Darmstadt erlebte er in der Praxis seines Vaters, eines Hospitalarzts, das ganze Elend der Armen, Kranken und syphilitisch dahinsiechenden Prostituierten. Büchner wollte ihnen beistehen, bekannte sich zur französischen Revolution, trat revolutionären Studentenzirkeln bei, musste wegen des „Landbotens“ fliehen und landete im Exil in Straßburg.



Nie ohne die Haarlocken: Georg Büchner Bild: Archiv

Das reicht, um ihm den Mythos eines Klassenkämpfers anzudichten. Auf diese Weise wurde der Autor interessanter als sein schmales Werk, das erst durch die bewegte Vita ihres Autors eine Aufwertung in der Rezeption erhielt. Hätte der in Zürich mit nur 23 Jahren an Typhus gestorbene Büchner länger gelebt und weitere Werke geschrieben – vielleicht wäre dadurch so manches (Fehl-)Urteil relativiert worden.

Schon gegen Ende seines kurzen Lebens gibt es Hinweise auf ein Erlahmen seines revolutionären Elans. Er widmete sich seinem Medizinstudium, schrieb nebenbei das Revolutionsdrama „Dantons“ Tod“, warf mit „Leonce und Lena“ ein Lustspiel über die Langeweile hin und setzte sich in der Erzählung „Lenz“ über den aus dem livländischen Seßwegen stammenden Sturm-und-Drang-Autor J. M. R. Lenz mit der Religion auseinander. Wie im letzten Drama, dem allbekannten „Woyzeck“, sind es die Außenseiter und Ausgestoßenen, denen sich Büchner in seinem Werk widmet. Ein revolutionärer Klassenkampf findet darin jedoch nicht statt. *Harald Tews*

Vom 13. Oktober bis 16. Februar 2014 läuft im Darmstädter Kongresszentrum „Darmstadtium“, Schloßgraben 1, die groß angelegte Ausstellung „Georg Büchner. Revolutionär mit Feder und Skalpell“ mit 350 Objekten zu Büchners Leben und Werk.

Flucht ins Vogtland

Ausstellung über Vertreibung in Auerbach

Das Stadtmuseum Auerbach wagt sich an ein brisantes Thema. „Flucht, Vertreibung, Neubeginn“ lautet der Titel einer neuen Dauerausstellung, mit der die Stadt im Vogtland an das Schicksal der Vertriebenen aus den deutschen Ostgebieten erinnert. Die technisch aufwendig in Szene gesetzte Präsentation dokumentiert ausführlich die dramatische Geschichte der Heimatvertriebenen im sächsischen Vogtland nach 1945. Während einer Feierstunde, an der auch Zeitzeugen, Mitglieder des Bundes der Vertriebenen (BdV), Kommunalpolitiker und Bürger teilnahmen, wurde die Dauerausstellung eröffnet.

„Ab Oktober 1945 wurden allein im Vogtland rund 60000 Heimatvertriebene aus Polen, Tschechien, Ungarn und Russland aufgenommen. Sie wurden zu sogenannten Umsiedlern und später Neubürgern“, erklärte Simona Jungmann, die Leiterin des Auerbacher Stadtmuseums. Allerdings wurde das Thema in der damaligen DDR tabuisiert, in den Lehrplänen der Schulen spielte es keine Rolle. „Es gibt nur noch wenige Zeitzeugen von damals. Unsere Ausstellung will die geschichtlich bedeutsamen Ereignisse dauerhaft bewahren und nachkommenden Generationen vermitteln“, so Jungmann.

Thema Vertreibung war in der DDR tabu

Mit der Ausstellung hält im Auerbacher Stadtmuseum das multimediale Zeitalter Einzug. Wie auf einer Zeitreise durchlebt der Besucher das Schicksal der Flüchtlinge, mittels Video-Interviews kommen „echte“ Heimatvertriebene zu Wort. Per Beamer werden einmalige Filmdokumente von damals gezeigt. „Amerikanische Kameraleute haben nach dem Kriegsende die Geschehnisse im Vogtland dokumentiert. Uns ist es gelungen, an dieses Material zu kommen. Dadurch wird unsere Ausstellung sehr authentisch“, betonte die Museumschefin.

Ohne die Mitwirkung der Mitglieder des BdV (Kreisverband Vogtland) wäre die inhaltliche Ausgestaltung nicht möglich gewesen. 15 Menschen ließen sich interviewen, Heimatvertriebene gaben Leihgaben oder Schenkungen von letzten Erinnerungsstücken. 18 Monate dauerten Vorbereitung und der Aufbau der 75 Quadratmeter großen Dauerausstellung in der oberen Etage des Museums. Rund 35000 Euro hat das Ganze gekostet. „Dank einer großzügigen Förderung durch das Sächsische Innenministerium und einer finanziellen Zugabe der Stadt Auerbach war dies möglich“, erklärte Simona Jungmann.

„Flucht, Vertreibung, Neubeginn – die Geschichte der Heimatvertriebenen im Sächsischen Vogtland“ kann ab sofort in der Schloßstraße 11 dienstags bis freitags von 10 bis 12 und von 13 bis 17 Uhr sowie an Sonn- und Feiertagen von 14 bis 18 Uhr besichtigt werden. Der Eintritt beträgt 2 Euro. Um die dokumentierten Schicksale genau kennenzulernen, sollten man genügend Zeit mitbringen. *Peter Benz*

»Wir nahen dem großen Tag des Weltgerichts«

Vor 200 Jahren brachte die Völkerschlacht bei Leipzig eine militärische Vorentscheidung in den Befreiungskriegen

Nachdem Österreich den preußischen Seitenwechsel nachvollzogen hatte, stand das napoleonische Frankreich erstmals einer Koalition aller vier übrigen Großmächte Europas gegenüber. Dieser politischen Vorentscheidung des Sommers 1813 folgte im Herbst mit der Völkerschlacht bei Leipzig die militärische.

Anfang Oktober 1813 trat der Feldzug der Verbündeten gegen Napoleon in sein entscheidendes Stadium. General Gebhard Leberecht von Blücher hatte nach seinem Sieg an der Katzbach eine weiträumige Bewegung nach Westen begonnen und fand Anschluss an die „Nordarmee“ unter dem Kronprinzen von Schweden. Bei Halle an der Saale stellte er sich zum Angriff bereit. Nachdem General Ludwig von Yorck am 3. Oktober den Übergang über die Elbe bei Wartenburg erzwungen hatte und als auch die Hauptarmee unter Feldmarschall Karl Philipp Fürst zu Schwarzenberg von Süden her heranrückte, zeichnete sich die Einkreisung der Franzosen im Raum Leipzig ab. Bonaparte zögerte mit dem Gegenschlag, dann entschloss er sich, mit seiner Hauptmacht die Armee Schwarzenbergs anzugreifen, während drei Korps ihm den Rücken freihalten sollten. Gelänge dies nicht, säße er in der Falle. Die Alliierten boten gemeinsam fast 300 000 Mann auf. Der österreichische Außenminister Klemens Wenzel Lothar von Metternich schrieb bereits siegessicher nach Wien: „Wir nahen dem großen Tag des Weltgerichts.“

Napoleon trifft am 14. Oktober bei kaltem, stürmischem Wetter in Leipzig ein, das mit Truppen überfüllt ist. Am nächsten Tag trifft er seine Dispositionen. Das IV. Korps soll bei Lindenau westlich der Stadt den Rückzugsweg offenhalten. Im Nordwesten hat das VI. Korps des Marschalls Auguste Frédéric Louis Viesse de Marmont den Auftrag, Blücher entgegenzutreten, und das III. Korps unter Marschall Michel Ney steht in Reserve. Insgesamt verfügt Bonaparte über 175 000 Mann und 700 Geschütze. Da er nicht mit dem Angriff Blüchers rechnet, plant er, die drei besagten Korps nach Süden heranzuziehen, wo er bereits 130 000 Mann konzentriert hat. Falls der Plan aufgeht, wäre ihm der Sieg sicher.

Schwarzenbergs Hauptarmee zählt zwar 133 000 Mann, ist aber dem Kaiser im Zentrum unterlegen. Er stellt den Franzosen frontal nur drei Korps entgegen, konzentriert dafür westlich der Pleiße starke Truppen unter Maximilian Friedrich Graf von Merveldt mit dem Auftrag, den Fluss bei Connewitz zu überschreiten und dem Gegner in die Flanke zu fallen. Doch das dortige Gelände ist für einen Angriff schlecht geeignet. Erst nach Intervention von Zar Alexander verlegt Schwarzenberg Truppen ins bedrohte Zentrum. Blücher erhält Befehl, über Schkeuditz auf Leipzig vorzustoßen.



Die Siegesmeldung des Fürsten Karl Philipp zu Schwarzenberg an die verbündeten Monarchen Kaiser Franz I. von Österreich, Zar Alexander I. und König Friedrich Wilhelm III. von Preußen in der Völkerschlacht bei Leipzig: Ölgemälde von Johann Peter Krafft aus dem Jahre 1817 Bild: Archiv

Am 16. Oktober, einem kalten, regnerischen Morgen, treten die drei Korps im Zentrum unter dem Befehl des Generals Ludwig Adolf Peter zu Sayn-Wittgenstein zum Angriff auf Markkleeberg, Wachau und Liebertwolkwitz an. Markkleeberg kann zwar erobert werden, doch überall sonst halten die Franzosen stand. Napoleon leitet vom Galgenberg aus die Schlacht. Ihm gegenüber beziehen der Zar und der König von Preußen auf dem Wachtberg hinter Gülden-Gossa Position.

Der Angriff des Korps Merveldt westlich der Pleiße kommt auf dem tiefen Boden nicht voran und erleidet hohe Verluste. Die eigene Artillerie bleibt im Morast stecken. Die gegenüberstehenden Polen unter Fürst Józef Antoni Poniatowski verteidigen erfolgreich. Merveldt gerät beim Versuch, den Fluss zu überschreiten, bei Connewitz in Gefangenschaft.

Auch im Zentrum gewinnen die Franzosen die Oberhand. Gegen 14 Uhr setzt ein Kavalleriekorps zur Umfassung an, kann aber von den Kosaken des Grafen Matweij Platow abgefangen werden. Bonaparte lässt das starke V. Korps zum Stoß nach Süden antreten und den Artilleriebeschuss steigern. Gerade noch rechtzeitig rückt ein russisches Grenadierkorps in die vordere Linie ein. Napoleon ist verärgert, dass der Gegner wider Erwarten noch immer standhält. Gegen 15 Uhr befiehlt er Marschall Joachim Murat, mit der Kavallerie den Durchbruch zu erzwingen. Doch wo bleiben die Verstärkungen aus dem Norden, die längst zur Stelle sein sollten?

Blücher ist am frühen Morgen aufgebrochen. Das Korps Yorck stößt nordwestlich von Möckern auf das VI. Korps Marmonts, das nach Süden abmarschieren will, aber nun den Kampf aufnimmt. In einem mehrstündigen, ungemein erbitterten Gefecht erobern die Bataillone Yorcks das Dorf. Schließlich bringt eine Kavallerieattacke, bei der sich Major Friedrich von Sohr auszeichnet, den Sieg. Marmonts Korps ist aufgerieben.

Inzwischen setzt Bonaparte alles auf eine Karte: Er wirft Murat mit 8000 Reitern in mehreren Attacken gegen Gülden-Gossa. Schon preschen einige Schwadronen den Wachtberg hinauf, und die Monarchen müssen sich in Sicherheit bringen. Doch das Eingreifen der Leibkosaken und anderer Reserven verhindert den Durchbruch. Bei sinkender Nacht wagt Napoleon mit der Garde noch einen Angriff gegen Gülden-Gossa, der ebenfalls zusammenbricht.

Damit ist nördlich und südlich von Leipzig die Vorentscheidung gefallen. Bonaparte will aber nicht als Besiegter das Schlachtfeld räumen. Er macht Friedensvorschläge, doch die Antwort bleibt aus. Am 18. Oktober setzen die Verbündeten nach Eintreffen ihrer Reserven den Angriff konzentrisch fort. Napoleon verteidigt verbissen seine Stellungen, besonders bei Probstheida. Doch um die Mittagszeit ist der Ring geschlossen. Schon laufen sächsische und württembergische Regimenter zu den Verbündeten über. Die Preußen und Russen der Nordarmee verengen den Ring von Osten und werfen die Franzosen auf Leipzig zurück. Dem IV. Korps Henri-Gratien Bertrands ist es aber im Westen gelungen, die Straße nach Weißenfels freizukämpfen, und er beginnt mit dem Abzug, ohne dass Schwarzenberg eingreift.

Am frühen Abend gibt Bonaparte die Schlacht verloren und befiehlt den Rückzug. Während der Nacht quälen sich 120 000 Mann mit ihren Pferden und Waffen durch die Gassen Leipzigs. Am nächsten Morgen beginnt der Sturm auf die Stadt, die von Nachhuten verteidigt wird. Um die Mittagszeit ist Leipzig erobert. Während die Monarchen als Sieger einziehen, wälzen sich Tausende

Mit bis zu 600 000 Soldaten die bis dahin wohl größte Schlacht

von Franzosen entlang des einzigen Fluchtweges, der die Elster auf einer Schiffsbrücke überquert, in Richtung Westen. Durch eine Unbesonnenheit wird die Brücke gesprengt, und Hunderte von Fliehenden, darunter auch Fürst Poniatowski, finden den Tod.

Die Verbündeten verloren 53 000 Mann, die Franzosen zählten an die 60 000 Gefallene, Gefangene und Deserteure, dazu noch Tausende von Verwundeten, die in Leipzig zurückblieben. Wenn auch Napoleon nicht endgültig besiegt war, hatte die Schlacht umwälzende Folgen. Bonapartes Herrschaft östlich des Rheins brach zusammen, und viele Patrioten hofften auf eine Friedensordnung, die dem Volkswillen entsprach. Nun stand die europäische Diplomatie vor einer gewaltigen Herausforderung.

Heinz Magenheimer

Erinnerung in Sachsen

Am 18. Oktober 1913 wurde das Völkerschlachtdenkmal eingeweiht

Die Völkerschlacht bei Leipzig gilt als die bis dahin größte Schlacht der Weltgeschichte. Da ist es nicht unangemessen, dass ihr am Orte des Geschehens eines der größten Denkmale Europas gewidmet ist. Während die Befreiungshalle als Bayerns Erinnerungsstätte an dieses historische Ereignis bereits 50 Jahre danach eingeweiht wurde, bedurfte es für das Monument in Leipzig doppelt so lange. Und das lag nicht nur an dessen Ausmaßen von 91 Metern Höhe, 70 Metern Länge, 80 Metern Breite und 300 000 Tonnen Gewicht.

Noch während der Befreiungskriege regte Ernst Moritz Arndt ein Denkmal zu Ehren der Gefallenen an: „groß und herrlich“, „wie ein Koloss, eine Pyramide, ein Dom zu Köln“. Zwei Jahre später legte Karl Friedrich Schinkel einen Entwurf für einen „Nationaldom aller Deutschen“ vor. Die Zeit war allerdings noch nicht reif. Nach den Befreiungskriegen war die deutsche Nationalbewegung durch Reaktion und Restauration zurückgeworfen worden. Deutschland drohte wieder zu einem rein geografischen Begriff zu werden. Es hatte zwar die Befreiungskriege an der Seite Russlands gewonnen. Aber der König von Sachsen hatte die Völkerschlacht bei Leipzig an der Seite des Kaisers der Franzosen verloren. Und das war vorerst entscheidend. Sachsens Könige verspürten wenig Lust, ihrer eigenen Niederlage beziehungsweise der ihres Vorgängers ein Denkmal zu setzen. So blieb das Denkmalprojekt Privatleuten überlassen und erst nach der Reichsgründung, als das deutsche das sächsische Bewusstsein zurückdrängte, gewann es an Fahrt.



Bild: Archiv

Eines der größten Europas: Völkerschlachtdenkmal in Leipzig

1894 gründete der Architekt Clemens Thieme, Projektleiter des Königreichs Sachsen beim Bau des Leipziger Hauptbahnhofs, mit Gleichgesinnten den Deutschen Patriotenbund zur Errichtung eines Völkerschlachtdenkmals bei Leipzig. Der zeitweise über 90 000 Mitglieder zählende Verein brachte die für den Bau nötigen sechs Millionen Goldmark (gut 30 Millionen Euro) auf. Die Stadt Leipzig stellte das kostenlose Baugelände und 20 000 Mark für einen Architektenwettbewerb zur Verfügung. Diesen Wettbewerb des Jahres 1895 gewann Wilhelm Kreis. Dessen Entwurf wusste jedoch Thieme nicht zu überzeugen. Stattdessen bekam 1896 der Architekt des im selben Jahr fertiggestellten Kyffhäuserdenkmals, Bruno Schmitz, den Auftrag. Am 18. Oktober 1898 wurde der Grundstein gelegt. Genau eineinhalb Jahrzehnte später wurde das Völkerschlachtdenkmal im Beisein des Deutschen Kaisers und des Königs von Sachsen eingeweiht.

Manuel Ruoff

Erinnerung in Bayern

Am 18. Oktober 1863 weihte Ludwig I. die Befreiungshalle ein

Als das Land mit der größten Neigung zum Separatismus gilt in Deutschland gemeinhin Bayern. Nichtsdestotrotz hat dieser Staat mit Ludwig I. einen der größten Patrioten auf Deutschlands Königsthronen hervorgebracht. Dessen Liebe zu Deutschland ging mit jener zur Kunst eine sehr produktive Verbindung ein und so verdanken die Deutschen dem Bayern nicht nur ein Nationalsymbol. Neben der Walhalla bei Donaustauf ist hier die oberhalb der Stadt Kelheim ähnlich schön gelegene Befreiungshalle zu nennen.

Am 29. Jahrestag des Einzugs der Alliierten in Leipzig nach der von ihnen gewonnenen Völkerschlacht eröffnete Ludwig die Ruhmes- und Ehrenhalle für die größten Deutschen an der Donau. Und bereits einen Tag später, am 19. Oktober 1842, legte er auf dem Michelsberg den Grundstein für die Befreiungshalle, die nun den Kriegern der Befreiungskriege gewidmet war.

Der königliche Bauherr hatte Kelheim samt dessen reizvoller Umgebung bereits in seiner Kronprinzenzeit kennengelernt. 1838/39 erwarb er das Baugrundstück. Mit der Planung beauftragte der König den Architekten Friedrich von Gärtner. Die dritte Stufe des 18-eckigen Unterbaus war noch nicht fertig, als Gärtner 1847 plötzlich und unerwartet starb und die Arbeiten vorerst eingestellt wurden. Zu seinem Nachfolger wurde der Klassizist Leo von Klenze bestimmt. Kaum waren die Arbeiten wieder aufgenommen, musste der König abdanken und die Arbeiten wurden abermals unterbrochen. Durch die Abdankung verlor Ludwig zwar den Zugriff auf die Landesmittel, doch setzte er den Bau auf seine eigenen Kosten fort. So war es denn auch Ludwig und nicht sein Nachfolger als Regent, der die Eröffnung im Jahre 1863 vornahm. Symbolträchtig wählte er mit dem 18. Oktober den 50. Jahrestag des Sieges. Wenn auch Ludwig nicht mehr Landesherr war, so gaben sich doch hochrangige Vertreter der damaligen Alliierten Bayerns, darunter auch einige Veteranen, aus diesem Anlass ein Stelldichein.



Im Innern der Halle: 18 Segmentbogennischen Bild: Archiv

In gewisser Hinsicht war Ludwig bei diesem Werk demokratischer als die Bundesrepublik. Denn während letztere Deutschland – wie jetzt erst wieder im Ersten Programm mit dem TV-Mehrteiler „16 x Deutschland“ – bevorzugt über die Bundesländer, sprich Teilstaaten, definiert, erklärt Ludwig in seinem Bauprogramm das Land weniger über die Mitgliedsstaaten des Deutschen Bundes denn über Deutschlands Volksstämme. Mehr oder weniger zufällig waren auch dieses nun wieder 18, wie überhaupt die Zahl 18 sich wie ein roter Faden durch das ganze Gebäude zieht.

M.R.

Preußen wird souverän

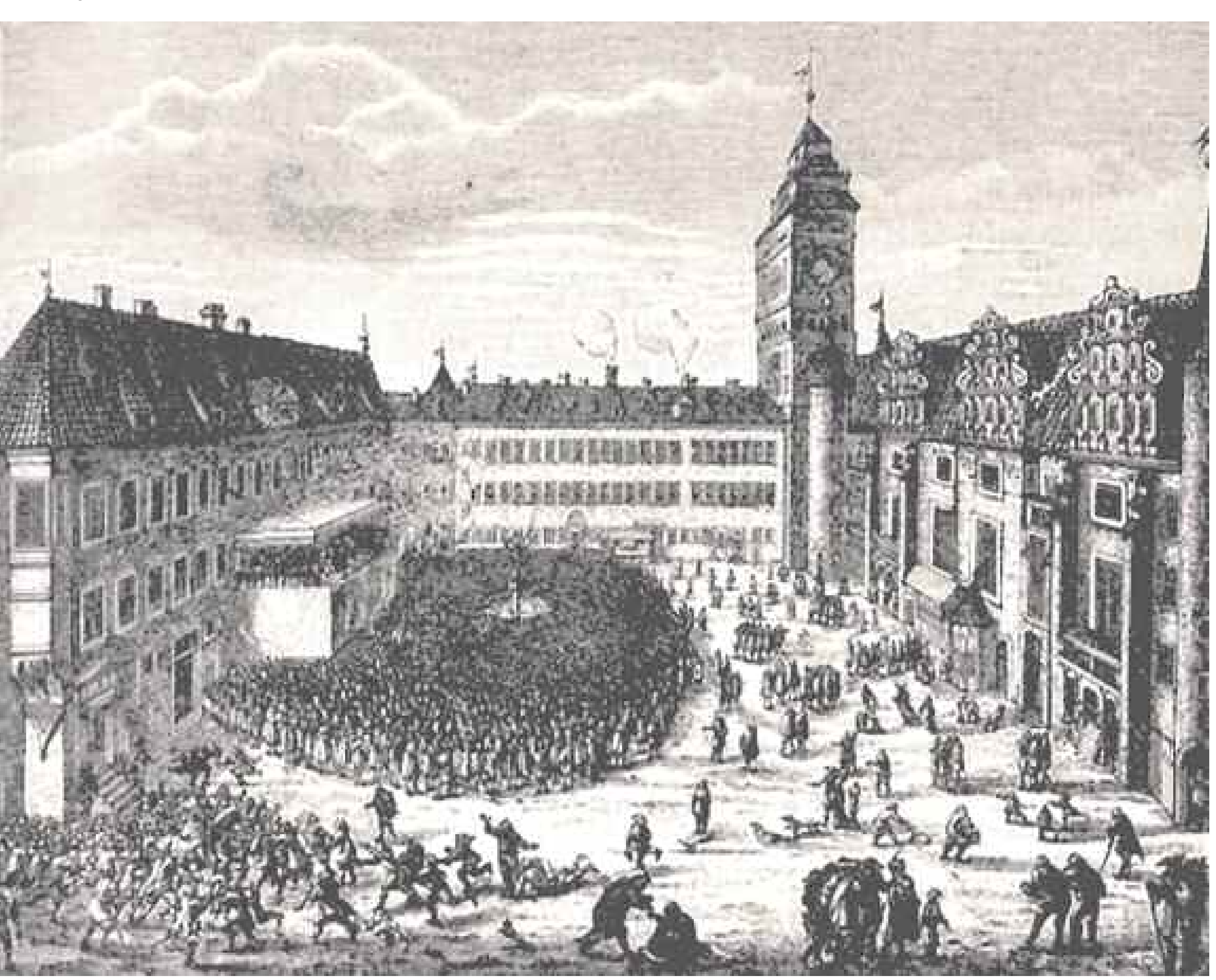
Vor 350 Jahren huldigten die Stände auf dem Königsberger Schlosshof dem Großen Kurfürsten

Es war ein langer und steiniger Weg, bis das Herzogtum Preußen und das Kurfürstentum Brandenburg sich zu einem Staate, bis die beiden ostdeutschen Neustämme der Brandenburger und der Preußen sich in einem gemeinsamen Staatsbewusstsein zusammenfanden. Stationen auf diesem Wege waren der Wehlauer Vertrag von 1657, in dem Polen die Souveränität des Kurfürsten Friedrich Wilhelm in Preußen anerkannte, der Frieden zu Oliva 1660, in dem diese Souveränität von den europäischen Mächten garantiert wurde, und schließlich der 18. Oktober 1663, als die preußischen Stände auf dem Schlosshof zu Königsberg dem Souverän huldigten.

Sechs Jahre hatte der Kurfürst gebraucht, bis er dieses Ziel erreichte. Dass er seinen hartnäckigsten Widersacher, den kneiphöfischen Schöffenmeister Hieronymus Roth, schließlich verhaften ließ, hat in der Geschichte mehr viel aufgewirbelt. Darüber werden die langen und geduldigen Verhandlungen häufig übersehen, mit denen die kurfürstlichen Räte, voran Otto von Schwerin, die auf ihre Privilegien pochenden Stände dafür gewannen, der Regelung, die schon von ganz Europa anerkannt war, auch ihrerseits zuzustimmen.

Rechtsbewusstsein und Eigennutz lagen bei diesem ständischen Widerstand eng beieinander. Wenn die Stände, besonders der Adel, für ihr gutes altes Recht fochten, was die Württemberger noch viele Menschenalter später taten, so vereinigte sich bei ihnen das Argument, dass auch der Landesherr das Recht nicht verletzen dürfe, mit dem Tatbestand, dass dieses alte Recht ihr Vorteil war und zum Schaden des Staates, wie der Kurfürst ihn schaffen wollte. Dass einige Vertreter der Stände lieber die Oberlehnsherrschaft des Polenkönigs behalten als die Souveränität des Brandenburgers anerkennen wollten, hat mit nationalen Motiven nichts zu tun. Der polnische Adelsstaat übte gerade im Stadium eines beginnenden Verfalls eine gewisse Anziehungskraft auf den Adel der Nachbarländer aus, weil dieser in der „Freiheit", die der Adel in Polen genoss, besser seinen Vorteil zu wahren glaubte als unter einem Herrscher, der zäh und erfolgreich die Staatsmacht ausbaute. Es bedurfte vielen Zuredens und mancher Zugeständnisse Friedrich Wilhelms, bis die Stände, die auch von Polen keine Unterstützung mehr erhielten, nachgaben.

Im Frühjahr des Jahres 1663 hatte sich das politische Klima in Königsberg so weit gebessert, dass der Kurfürst am 30. April an einem Schießen der altstädtischen Bürgerschaft teilnahm. Er stiftete Preise und „bewies einem solchen exercitio ein gnädiges Gefallen". Einig wurde man sich aber erst im Oktober. Am 17. Oktober huldigten die Oberräte und die höchsten Beamten, und am 18. fand auf dem Schlosshof die allgemeine Landeshuldigung statt. Nach der Festpredigt bestieg der Kurfürst die auf dem Hof aufgeschlagene Bühne und nahm auf einem mit rotem Samt ausgeschlagenen Thron den Eid entgegen. Ihm zur Seite standen der Landhofmeister mit dem Kurhut, der Oberburggraf mit dem Kurschwert, der Kanzler mit dem Zepter und der Obermarschall mit dem Marschallstab. Alle Edelleute, die Abgeordneten der Städte und die Beamten leisteten persönlich den Eid, wie ihn der Obersekretär Fabian Kalau vorlas. Die Feier schloss mit einem Volksfest im Stile der Zeit. Wein floss aus einem auf dem Schlossplatz errichteten Adler, und die kurfürstlichen Kämmerer streuten goldene und silberne Denkmünzen unter das Volk. Tagelang gingen die Festlichkeiten noch weiter mit Bewirtungen, Bärenhetzen und Feuerwerk und schlossen mit einem Gastmahl, das die Altstadt dem Kurfürsten und seiner Gemahlin auf dem Rathause gab. Damit war der Friede zwischen dem Landesherrn und seinem Lande hergestellt.



Huldigung im Schloßhof zu Königsberg: Stich von Gottfried Bartsch nach einer Zeichnung von Christof Gercke Bild: Archiv

Der Kurfürst tat recht daran, dass er später von der Huldigung nach einem Bild des sonst unbekannten Malers Christoph Gercke von seinem Hofkupferstecher Gottfried Bartsch einen Stich anfertigen ließ, denn mit diesem Tage begann tatsächlich eine neue Epoche in der Geschichte Preußens. Das Herzogtum wurde jetzt endgültig aus dem Verband der polnischen Krone gelöst und mit Brandenburg enger verbunden. Es wurde zum Eckpfeiler des Staates, der sich aus der Enge des Anfangs in die Weite der europäischen Geschichte hinauszuarbeiten begann. Die Weichen waren gestellt zu neuer Fahrt. *PAZ*

»Vergesst mich nicht ...«

Vor 125 Jahren wurde der Königsberger Stummfilmstar Harry Liedtke geboren

Harry Liedtke war der wohl beliebteste männliche Star der Stummfilmzeit, an Ruhm nur noch übertroffen von seinen Kolleginnen Henny Porten und Asta Nielsen. Er war ziemlich genau das, was eine Generation später Curd Jürgens war, dem er nicht nur äußerlich merkwürdig ähnelte, sondern mit dem er auch gemein hatte, dass er die Wertschätzung durch das Publikum vor allem seinem guten Aussehen verdankte.

Der Königsberger Stummfilmstar wurde am 12. Oktober 1888 in der Neuen Lammgasse in Königsberg als Sohn eines Kaufmanns geboren. Die Angaben seines Geburtsjahres lauten 1880/1881/1882 und 1888, wobei die letztgenannte Zahl die größte Wahrscheinlichkeit besitzt. Er besuchte das Altstädtische Gymnasium, begann vor dem Abitur eine Banklehre und zeigte sich in gelegentlichen Laienaufführungen auf der Bühne, zunächst in „Wallensteins Lager". Nach der Schauspielschule erfolgten Engagements in Freiberg in Sachsen, Bromberg, Bad Rothenfelde, Göttingen, Mannheim, Magdeburg, Berlin, München und am New German Theater in New York.

1912 stand er zum ersten Mal vor der Filmkamera. „Die Rache ist mein" lautete der melodramatische Titel für das Vorkriegspublikum. Nach dem Krieg begann seine große Karriere als Darsteller gutgelaunter Bonvivants, ritterlicher Liebhaber, jugendlicher Leutnants und Königlicher Hoheiten. Auch als Hermann der Cherusker stand er vor der Kamera.

Die Zahlenangabe seiner Filme schwankt zwischen 80 und 310.

Der Künstler entwickelte sich immer mehr vom Liebhaber- zum Gentlemandarsteller

Diese in jedem Fall ungeheure Zahl erklärt sich vor allem dadurch, dass diese Filme anfangs nur in den allerseltensten Fällen abendfüllend waren und dem Publikum in sorglos raschem Zusammenschnitt geradezu vorgeworfen wurden. Mit dem Ende der 20er Jahre kam der Tonfilm auf, der einen ganz anderen Schauspielertypus verlangte. Harry Liedtkes Erfolgskarriere war beendet. Fast ahnungsvoll klingt der Titel seines stimmungsvollen Lyrik-Bandes aus dieser Zeit: „Vergesst mich nicht ..." (1927). Aus der Tonfilmzeit sind nur noch 13 Filme nachzuweisen, von denen sich die liebenswürdige Vaterrolle in dem Musikfilm „Sophienlund" (1943) am stärksten eingeprägt hat. Sein letzter Film, „Der Majoratsherr" (1944), zeigt ihn neben dem Titel-Darsteller Willy Birgel.

Nach seiner ersten Ehe mit Hanne Schutt heiratete Liedtke die bekannte Bühnendarstellerin Käthe Dorsch. Über sie notiert er: „Sie wurde groß, als ich vergessen wurde." Die beiden eigenwilligen Charaktere trennten sich wieder, und er heiratete 1926 Anneliese Uhlhorn, die unter dem Namen Christa Tordy als Schauspielerin auftrat. Mit ihr baute er sein idyllisch gelegenes Landgut in Saarow-Pieskow am Scharmützelsee bei Berlin auf. Dort erreichte die beiden das Kriegsende. Mit seiner Frau wurde Harry Liedtke wie nur wenig später in Berlin sein um 14 Jahre älterer Kollege, der vornehme Friedrich Kayßler, ein Opfer der sowjetischen Soldateska der ersten Stunden. Sein Tod war symbolisch. Harry Liedtke, der sich immer mehr vom Liebhaber zum Gentleman entwickelt hatte, passte nicht mehr in die nun anbrechende Zeit. *PAZ*



Bild: Archiv

Wurde ein Opfer sowjetischer Soldateska: Harry Liedtke

Freundeskreis folgt Bund

Ehemalige Mitglieder des insolventen Bismarckbundes aus dem Großraum Hamburg haben sich zu einem „Freundeskreis Fürst Otto von Bismarck" zusammengefunden. Sie wollen keinen neuen Verein gründen, sondern es bei einem lockeren Zusammenschluss von Gleichgesinnten belassen und sich mehrmals im Jahr in Friedrichsruh treffen. Ihre Ziele sind die Förderung deutschen Geschichtsbewusstseins, die Wahrung des Erbes und des Andenkens des Altreichskanzlers Otto von Bismarck sowie die Durchführung von Gedenk- und Vortragsveranstaltungen.

Der Bismarckbund selbst wird derzeit abgewickelt, seit er im vergangenen Jahr Insolvenz anmelden musste. Dem waren vereinsinterne Auseinandersetzungen wegen der Finanzen und mehrere von Mitgliedern angestrengte Gerichtsverfahren, in denen der Vorstand stets unterlag, sowie zahlreiche Austritte vorausgegangen. Die Mitglieder des Freundeskreises wollen einen Neuanfang machen und an die Tradition des 1981 gegründeten Bismarckbundes anknüpfen.

Ihr erstes Treffen fand am 3. Oktober anlässlich des Tages der Deutschen Einheit im Mausoleum Friedrichsruh statt. Gemeinsam mit dem Fürstenpaar Elisabeth und Ferdinand von Bismarck legten die Teilnehmer am Sarkophag des Altreichskanzlers ein Gesteck nieder und gedachten des Reichsgründers und der kleinen Wiedervereinigung im Jahre 1990.

Den anschließenden Festvortrag über die sich in wenigen Tagen zum 200. Mal jährende Völkerschlacht bei Leipzig hielt Manuel Ruoff. Der *PAZ*-Redakteur schlug dabei einen weiten Bogen von

Erstes Treffen am 3. Oktober an Bismarcks Grab

dem der Schlacht vorausgegangenen Seitenwechsel der beiden deutschen Großmächte Preußen und Österreich von der französischen auf die russische Seite bis zum Wiener Kongress, ja darüber hinaus bis zur Gründung des Deutschen Reiches durch Bismarck. Er setzte ein mit der Konvention von Tauroggen, die er als einen Höhepunkt der preußisch-deutschen Geschichte bezeichnete. Detailliert beschrieb er, wie Ludwig von Yorck versuchte, das von ihm kommandierte preußischen Hilfskontingent in der Grande Armée trotz fehlenden Befehls von oben in die Neutralität zu führen, ohne sich des Verrats und Ungehorsams schuldig zu machen. Anschließend beschrieb er den Gewissenskonflikt der ostpreußischen Stände, sich nicht der Illoyalität gegenüber dem König schuldig zu machen und trotzdem die von diesem noch abgelehnte Befreiung von der französischen Fremdherrschaft in die Wege zu leiten. Dass dann trotz anfänglichem Zögerns Österreich schließlich doch Preußens Seitenwechsel nachvollzog und nicht zuletzt durch dessen Kanzler Clemens von Metternich die antinapoleonische Allianz auch noch um Großbritannien, Schweden und Bayern vergrößert werden konnte, bezeichnete der Vortragende als eine politische Vorentscheidung, der dann mit der Völkerschlacht bei Leipzig die militärische gefolgt sei. Den Abschluss des Vortrages bildete eine Schilderung der Neuordnung Deutschlands auf dem von Metternich präsidierten Wiener Kongress und deren Bedeutung für die kleindeutsche Einigung unter preußischer Führung durch Bismarck, an dessen Grab man sich ja nun versammelt hatte. *E.B.*

Lindner ist »goldrichtig«

Zu: Der Retter (Nr. 39)

Lindner als neuer FDP-Chef ist goldrichtig! Da muss es sich kein AfD-Wähler überlegen, ob er nicht doch zur FDP zurückkehrt, was bei einer wirklich erneuerten FDP unter dem Euro-Skeptiker Frank Schäffler als Vorsitzendem leicht passieren könnte.

Und dass Bernd Lucke als rechts bezeichnet wird, freut mich ehrlich gesagt; ich befürchte nämlich viel mehr einen Linksdrift der AfD. Den linken Demagogen allerdings sollte die Herrschaft über den Begriff „rechts" und dessen Gleichsetzung mit „rechtsradikal" entzogen werden. Politisch rechts zu stehen ist völlig legitim, das sollte auch wieder in die Öffentlichkeit getragen werden.

So, und zum Schluss: Bitte keine Klagen vom durchschnittsdeutschen Wähler über die nun kommenden Steuererhöhungen und ähnliche Wohltaten. Konnte man alles vorher wissen! Einige wussten es auch vorher: 173 Milliarden deutsches Vermögen wurden zusätzlich ins Ausland verlagert. Wer sein Geld allerdings gerne für die „Erhaltung des Euros und somit des Friedens" (ja, liebe CDU-SPD-FDP-GRÜNE-LINKE-Wähler) ausgeben möchte, braucht nun nicht mehr lange zu warten!

Maria-Anna Konietzko, Bad Homburg

Polizeiliche Papiertiger rennen davon

Zu: Jammer-Polizei (Nr. 37) und Zuwanderern endlich Grenzen aufzeigen (Nr. 37)

Es ist schon der Gipfel des politischen Zynismus. Einerseits hat die Politik die Polizei, die uns Bürger schützen soll – wofür wir kräftig Steuern zahlen – dermaßen verunsichert und eingeschüchtert, dass sie seit zwei Jahrzehnten zum Papiertiger mutiert ist und dass sie – wie diese Berliner Polizistin – wegrennt vor kriminellen jugendlichen Ausländern, dabei durch diese noch arg verletzt wird und selbst da noch nicht den Gummiknüppel oder die Waffe zieht. Andererseits umgeben sich diese selben Politiker massiv mit Personenschützern, welche ihnen der weitgehend ungeschützte Bürger mit seinen Steuern bezahlt. Gepanzerte Limousinen, eigens gesicherte Flugzeuge und den Bürgern entzogene Polizeieinheiten tun noch ein Übriges.

Aber die Polizei wird nicht nur durch ein falsches Gutmenschentum seitens Politik und Polizeiführung permanent verunsichert und eingeschüchtert, es fehlen nach wie vor stabile, die Polizei schützende Gesetze. Was diesbezüglich an Gesetzen vorhanden ist, verdient den Namen nicht. Das alles gleicht eher einer Veräppelung der gefährlichen und verantwortungsvollen Polizeiarbeit.

Und besonders die Rentnerinnen und Rentner, die ein Leben lang malocht sowie Steuern entrichtet haben und sich selbst kaum wehren können, fühlen sich zunehmend ungeschützter und den Berufsverbrechern – Pardon: „Intensivtätern" – regelrecht ausgeliefert. „Intensivtäter" sind für alle gesetzestreuen, steuerzahlenden Bürger und für die Polizei eine skandalöse Zumutung sowie eine Schande für die Politik. Denn Politiker, denen das Wohl der Menschen und die Ehre und Stärkung der Polizei wirklich am Herzen läge, ließen in der heutigen Zeit „Intensivtäter" gar nicht erst zu.

David S. Vischer, Berlin

Beispiel folgen

Zu: Menschenverachtend (Nr. 32)

Bemerkenswerter Artikel über die Zuwanderung. Vor allem wenn man bedenkt, dass das erlittene Unrecht der Millionen Flüchtlinge aus den Ostgebieten bis heute ein Thema ist, welches mit spitzen Fingern angefasst wird. Sie haben Integrationskraft bewiesen und Bereicherung geleistet über viele „einheimische" Widerstände hinweg, was auch mal Erwähnung finden sollte.

Nichtsdestotrotz: Wir sollten stolz sein auf unser Land, auf unsere Landsleute und das auch zeigen. Nur wer das Eigene liebt, kann das Fremde wertschätzen – und richtig werten. Wer uns Deutsche verachtet, gehört nicht in unser Land. Es ist ganz einfach – und sehr selbstverständlich in den klassischen Einwanderungsländern.

Christian Benthe, Bremen

Es »entartet« alles

Zu: Der Retter (Nr. 39)

Nun, ich kann mir vorstellen, dass dümmliche Geschichten jeder Naseweis in der „Bild"-Zeitung lesen kann. Der Wochenrückblick von Hans Heckel ist durchaus gelungen und auch nicht „entartet".

Übrigens, der Begriff „Entartung" stammt von dem Juden Max Nordau, bürgerlicher Name Simon Südfeld. In seinem Buch „Entartung" – durchaus lesenswert – spricht er von „kultureller Entartung", „krankhafter Entartung", „Vermehrung der Entarteten". Und vergessen wollen wir nicht: Vielen ist noch bekannt, dass der Kardinal Joachim Meisner in seiner Predigt vom 19. September 2007 von „kultureller Entartung" sprach. Selbst das „Großmaul" Franz Josef Strauß sprach von „kultureller Entartung" und bestand darauf, dass der Begriff auch heute noch verwendet werden darf.

Rüdiger Röthke, Berlin



Gewonnen, aber nicht gesiegt: Kanzlerin Merkel bei der Stimmenabgabe zur Bundestagswahl. Ihre CDU hat zwar haushoch gewonnen, doch es fehlt der Koalitionspartner Bild: action press

Nicht in Polen

Zu: Welterbe komplett (Nr. 37)

Dass ich mit großer Freude die *Preußische Allgemeine Zeitung* lese, die sich so wohltuend von dem deutschen Presseeinheitsbrei absetzt, soll vorab erwähnt werden. Jedoch stört es mich erheblich, dass gerade in dieser Zeitung nicht das erste Mal von „Polen" gesprochen wird, wenn das polnische Verwaltungsgebiet gemeint ist.

Der Bad Muskauer Fürst-Pückler-Park liegt nicht zu zwei Dritteln in Polen, sondern im polnisch besetzen Teil Schlesiens. Mit dem sogenannten „Grenzbestätigungsvertrag" vom 14. November 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen wurde lediglich mit vier kurzen Artikeln die Verwaltungslinie bestätigt, aber kein Gebiet abgetreten. Dies könnte erst mit einem von keiner Seite gewollten Friedensvertrag geschehen.

Manfred Weinhold, Hamburg

Äpfel und Birnen

Zu: Lobenswert (Nr. 31)

Das Thema Pensionen ist immer wieder ein heißes Eisen und lässt sich leider populistisch ergiebig missbrauchen. Auch hier wird es leider wieder durch eine von Vorurteilen getrübte Brille betrachtet – und zu dieser Trübung hat leider auch noch der Landesvater von Baden-Württemberg mit beigetragen – der es eigentlich besser wissen müsste.

Es führt immer zu Fehlschlüssen und populistischen Fehlinterpretationen, wenn man die Renten und Pensionen ohne solide Sachkenntnisse oder mit einem weltanschaulich verzeichnetem Urteil vergleicht. Äpfel sind eben nicht gleich Birnen, auch wenn beides Obst ist.

Man muss wissen: 1) Ursprung und Bemessungsgrundlagen von Renten und Pensionen sind anders, deshalb ist beides nicht ohne Weiteres vergleichbar. 2) Die Vergütungshöhe bei Renten und Pensionen ist ebenfalls nicht direkt vergleichbar, denn bei gleichem Anforderungsprofil liegt die Vergütung eines Beamten unter der eines Angestellten. Dafür, so sagte man, erwarb sich der Beamte Pensionsansprüche.

Ob der Staat diesbezüglich Vorsorge getragen hat, ist vom Staat, nicht vom Beamten zu verantworten. Ist es Privileg eines Versicherungsnehmers, wenn er seine Versicherungssumme ausbezahlt bekommt, gegenüber demjenigen, der keine Versicherung abgeschlossen hat und deshalb auch nichts ausbezahlt bekommt?

Professor Martin Knappke, Karlsruhe

Unbefriedigendes Wahlergebnis gibt auch Grund zur Freude

Zu: So oder so: Es wird teuer (Nr. 38)

Was kommt da auf uns zu? Diese Bundestagswahl war keine Parteienwahl, sondern eine Personenwahl mit der Gewinnerin Angela Merkel. Wer hätte auch Kanzler werden sollen, wir haben niemanden außer Frau Merkel, der „Lichtgestalt" der CDU/CSU.

Wenn die Kanzlerin die Fakten der Euro-Rettungskrise und deren eventuelle Folgen wahrheitsgemäß der Bevölkerung vorher mitgeteilt hätte, wäre ein Wahlsieg infrage gestellt worden. Was erstaunlich ist: Besonders Rentner haben in den alten Bundesländern Merkel ihre Stimme gegeben. Dies als Dank an die Kanzlerin für die Rentenerhöhung 2013 in Höhe von 0,25 Prozent. Allein an diesem Beispiel muss man den Eindruck gewinnen, der IQ eines großen Teils der Bundesbürger kann nicht sehr hoch sein, wenn solche Politiker erneut in ihrem Amt bestätigt werden.

Deutschland und seine Wähler haben eine historische politische Chance leichtfertig verspielt. Die AfD, welche einen Achtungserfolg mit ihren 4,7 Prozent erzielen konnte, hätte das Zünglein an der Waage sein können. Ein Bündnis von CDU/CSU und AfD wäre gut für Deutschland gewesen. Dies vor allem in Hinsicht auf die permanente Euro-Finanzkrise. Mit der AfD hätte der Finanzminister Wolfgang Schäuble wirkliche Experten in punkto Finanzkrise an seiner Seite haben können.

Gewonnen hat Merkel, aber mit einer Träne in den Augen. Mit wem soll sie koalieren? Mit den Grünen, die keiner mehr haben will? Eine große Koalition mit den Linken, der SPD und den Grünen? Oder Minderheitsregierung?

Aktuell fordert ein SPD-Politiker die Hälfte der Ministerposten. Das ist Erpressung gegenüber der CDU/CSU. Selber ein mageres Wahlergebnis und jetzt anfangen, auf Postenjagd zu gehen. Hier zeigt sich wieder, es geht nicht um einen fairen Konsens der politischen Inhalte mit den Wahlsiegern, sondern darum, Ministerposten abzuräumen. Wir werden eben von Ignoranten regiert, die von allem wenig verstehen, außer dass sie mindestens zwei Legislaturperioden überstehen müssen, um sich Anspruch auf die volle Pension zu sichern. Beide Konstellationen sind keine Garantie für eine Politik, die Deutschland wirklich voran bringt.

Fazit: Nach der Wahl ist vor der Wahl. Es bleibt zu hoffen, dass es 2014 es zu einer erneuten Bundestagswahl kommt. Dann hätte die AfD berechtigte Hoffnungen, in den Bundestag einzuziehen. Etwas Positives hat die Bundestagswahl 2013 dennoch gehabt. Claudia Roth und Jürgen Trittin von den Grünen müssen wir hoffentlich nie mehr in der Politik und den Medien sehen. Diese unverbesserlichen Altkommunisten sind wir hoffentlich für immer los. Und auch die Piraten, eine Chaoten-Partei, welche von Politik absolut keine Ahnung hat, wurden abgewählt. Wir haben also auch Grund zur Freude.

Wolfgang Rohde, Sigmaringen

Im Keim erstickt

Zu: Wahlfälschung (Nr. 39)

Handelt es sich um pure Schlamperei oder um organisierte Manipulation? Und falls letzteres, soll dann womöglich noch im Zusammenhang mit der absolut undemokratischen Fünf-Prozent-Klausel der aufkeimenden Volksbewegung – sprich Widerstand und Dissidenz – das parlamentarische Aktionsfeld verwehrt werden?

Aktuell heißt das: Mehr als zehn Prozent der wählenden deutschen Bürger wird die Vertretung im Bundes- beziehungsweise Landtag willkürlich verweigert. „Denen da oben" daher hinter den Spiegel gesteckt: Echte Demokratie erträgt Opposition jeglicher Couleur.

Vincenz Oertle, Gais/Schweiz

Gut spekuliert

Zu: Haben Goldanleger auf Sand gebaut? (Nr. 28)

Ich habe 2009 meine Lebensversicherung gekündigt und einiges Kapital in Gold investiert. Damals habe ich für 740 Dollar die Unze gekauft. Wenn der Goldpreis heute auf 1250 Dollar steht, habe ich etwa 70 Prozent steuerfreien Gewinn gemacht. Was will man mehr verlangen? Etwa Riester, Allianz und Co. oder Staatsanleihen? Mit Aktien, Fonds und anderen Papieren sind schon zu viele Menschen in den Ruin getrieben worden. In fünf Jahren gehe ich in Rente.

Mal sehen, was das Gold dann wert ist.

Helmut Josef Weber, Málaga/Spanien

Artikel verteilen

Zu: Der Retter (Nr. 39)

Wieder einmal ein brillant geschriebener Wochenrückblick. Dem ist inhaltlich nichts hinzuzufügen. Ich sehne den Tag herbei, an welchem solche Kommentare in den großen Tageszeitungen zu lesen sind. Oder noch viel besser: Autor Hans Heckel würde einmal in eine der zahllosen Talkrunden eingeladen und könnte dort ungestört den Fernsehkonsumenten die deutsche Wirklichkeit näherbringen. Aber dieser Wunsch wird sicherlich genauso wenig Wirklichkeit werden wie ein Hauptgewinn im Lotto.

Deshalb, liebe Leser der *Preußischen Allgemeinen*, die Kommentare von Herrn Heckel überall im Bekanntenkreis verteilen, es ist fast die einzige Möglichkeit, nicht selbstzensierte Fakten lesen zu können.

Peter Schumacher, Melsungen

Inkonsequente Asylpolitik wird in Kauf genommen

Zu: Immer mehr Asylbewerber (Nr. 34)

Im Artikel wird festgestellt, dass der Umfang der berechtigten Asylanträge auch über längere Zeiträume betrachtet nur zwischen ein und zwei Prozent liegt. Das heißt, dass 98 bis 99 Prozent der „Wohlstandsflüchtlinge" weder Aufenthalts- noch Bleiberecht haben, aber wohlwollend geduldet werden.

Nicht nur in Zusammenhang mit dem Asylwesen werden in Bezug auf das Handeln beziehungsweise Nichthandeln staatlicher deutscher Stellen aller Ebenen einige wesentliche Aspekte vergessen: Das Asylwesen hat sich offensichtlich zu einem selbstständigen und einträglichen Markt mit Zuwachspotenzial entwickelt, vom Werber über Transportwesen und Fachjuristen bis hin zu den Helfern in den deutschen Verwaltungen. Der Zeitbedarf für die Rückführung der unberechtigten Asylbewerber führt – gedankt sei der Verwaltung, Geburtenrate und Juristerei – zu einem gewohnheitsmäßigen Bleiberecht, besser gesagt Anspruch.

Ein „menschlich überzeugendes" Beispiel dafür ist die bosnische Familie Bahira und Demal Huskic mit Kindern, die nach zirka 20 Jahren Aufenthalt im niedersächsischen Stade aus formalen Gründen nach Belgien abgeschoben wurde. Inzwischen ist die wieder in Stade zurück. Das soziale Verhalten vieler Asylbewerber besonders in ihren Ballungsräumen (Ausländervierteln) ist selten dem Gastgeberland angepasst. Für zusätzlichen Zündstoff sorgen der Aufwand für „angemessenen" Lebensstandard, nicht nur Kost und Logis. Das fördert auch bei Otto Normalverbraucher Ausländerfeindlichkeit und Rassismus – mit all ihren Nebenwirkungen. Die so entstandene Ausländerfeindlichkeit diskreditiert die berechtigten Asylbewerber. Maßnahmen, den Werbern und Transporteuren das Handwerk zu legen, sind nicht erkennbar und wohl nicht gewollt, um den Ruf der Bundesrepublik nicht zu schädigen.

Anders könnte es aussehen, wenn die Zurückgeführten von den Werbern ihre wohl nicht geringen Kosten für die Fahrt in das gelobte Land – auf die landesübliche Art – zurückfordern und so das Märchen vom Himmel auf Erden zerstören würden. Statt jahrelanger Warterei und Däumchendrehen könnte man den zurückzuführenden Asylbewerbern sofort eine für ihr Herkunftsland geeignete Ausbildung angedeihen lassen und ihnen so gute Voraussetzungen für die anschließende Wiedereingliederung mit auf den Weg geben. Aber bei einer „Abschiebung" schon nach 15 bis 20 Jahren des untätigen Wartens ist man auch in der alten Heimat ein Fremder. Nicht zuletzt sollte man den handelnden Beamten und politischen Entscheidungsträgern in Erinnerung rufen, dass ihr Tun und Lassen nicht mit ihrem Diensteid vereinbar ist. Mangels Charakter, Ehrgefühl und rechtlicher Strafbarkeit hat ihr Handeln jedoch keine oder nur selten Konsequenzen, bestenfalls werden sie aus dem Verkehr gezogen und befördert. Das muss sich auf öffentlichen Druck ändern.

Oder verbirgt sich hinter der Asylpolitik die Politik eines neuen germanischen Herrenvolkes? Hier unter Tarif bezahlte ausländische Arbeitskräfte, die bestens für die Drecksarbeit geeignet sind? Und dort Deutsche nur mit Schlips und Kragen?

Manfred Voss, Oldendorf

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.



Das Ostpreußenblatt



Nr. 41 – 12. Oktober 2013

1000 Jahre deutsch-polnische Nachbarschaft

So riesig die Thematik, so vielfältig die Vorträge auf dem 9. Kommunalpolitischen Kongress der Landsmannschaft Ostpreußen

„1000 Jahre deutsch-polnische Nachbarschaft. Gegensätze und Gemeinsamkeiten“ lautet das Motto des diesjährigen 9. Kommunalpolitischen Kongresses der Landsmannschaft Ostpreußen in Allenstein. Das ist ein weites Feld und entsprechend bunt war der Kreis der Vortragenden und vielfältig die Auswahl der Referatsthemen.

Die LO zeigte in Allenstein Flagge(n): Gottfried Hufenbach leitete den Kongress

Im Gegensatz zum Kreis der Referenten war jener der Zuhörer relativ homogen. Die LO hatte vor allem Kreisvertreter und andere Funktionsträger der Landsmannschaft sowie im südlichen Ostpreußen beheimatete Repräsentanten der Deutschen Minderheit und Vertreter der Kommunalpolitik in das Hotel Warminski eingeladen. Das Wochenendseminar begann am Freitagabend mit einem festlichen Bankett und endete am Sonntagmittag mit einem letzten gemeinsamen Mittagessen. Dazwischen lag außer einem Besuch des örtlichen Planetariums mit den Vorführungen „Kopernikus in Allenstein“ und „Kosmischer Express“ ein strammes Programm an Vorträgen mit anschließender Diskussion.

Den lockersten und lebendigsten Vortrag hielt sicherlich Fred Mrotzek. Der 1965 in Parchim geborene Historiker sprach frei und bezog durch Fragen an das Publikum dieses mit ein. Er würzte seinen Vortrag mit historischen Witzen, die nicht nur lustig waren, sondern auch Volkes Seele plastisch widerspiegelten. Schließlich ist der politische Witz ein kaum zu unterschätzendes Ventil in jeder Diktatur. Sein Thema lautete „In Polen war der Kommunismus ein ‚Toter Hund‘ – das Schicksalsjahr 1989“. Da der Referent in der DDR aufgewachsen ist und an der Forschungs- und Dokumentationsstelle des Landes Mecklenburg-Vorpommern zur Geschichte der Diktaturen in Deutschland arbeitet, lag es nahe, dass er die kommunistische Diktatur in Polen mit der in der DDR verglich. Sein Untersuchungszeitraum betraf sowohl die Stalinisierung als auch die anschließende Entstalinisierung. Dabei arbeitete er einige interessante Unterschiede heraus, die den Widerstand in Polen förderten. Als da wären die tiefe Verankerung des Katholizismus, die aus den polnischen Teilungen und den langen Phasen der Fremdherrschaft resultierende Untergrundkampftradition, das damit zusammenhängende grundsätzliche Misstrauen gegenüber Staat und Obrigkeit sowie antirussische Gefühle aus den historischen Erfahrungen der Fremdherrschaft. Polen den Kommunismus aufzuzwingen sei wie das Satteln einer Kuh. Auf die explizite Frage des Veranstaltungsleiters, des stellvertretenden LO-Sprechers Gottfried Hufenbach, wer nun 1989 wen beeinflusst habe, antwortete Mrotzek denn auch ohne Umschweife, dass Polen für die Aufständischen in der DDR allzeit Vorbild gewesen sei.



Von Heimatvertriebenen, Heimatverbliebenen und Kommunalpolitikern geprägt: Teilnehmerkreis des Kongresses Bild: Ruoff (2)

Erhard Brödner ist Autor des im vergangenen Jahr im Nümbrechter Kirsch-Verlag erschienenen Buches „Resurescat Polonia‘. Das Verhältnis der Bevölkerung der preußischen Rheinprovinz zum polnischen Novemberaufstand 1830/31 im Licht der heimischen Presse“ und las vor zum Thema „Die polnischen Freiheitsbestrebungen und die deutsche Sympathiebewegung von 1832 (Hambacher Fest)“. Es spricht für eine geschickte Kongressregie, erst einmal mit einem derartigen Wohlfühlthema in die ebenso problematische wie komplexe und komplizierte Gesamtthematik des Kongresses einzusteigen. Denn selten kamen sich Deutsche und Polen so nahe, wie beim polnischen Aufstand gegen das zaristische Russland und dem anschließenden Zug unterlegener Aufständischer durch Deutschland ins französische Exil. Detailliert beschrieb Brödner die herzliche Betreuung und Versorgung der polnischen Exilanten auf ihrem Weg durch Deutschland nach Frankreich. Brödner stellte sogar fest, dass die Stimmung in Deutschland polenfreundlicher gewesen sei als in Frankreich, das den Polen Exil gab. Bei seiner Beschreibung der deutschen Polenbegeisterung unterschied Brödner sauber zwischen dem Verhalten der deutschen Bevölkerung in den Gebieten, durch welche die Polen zogen, und dem der deutschen Staaten. Brödner, der große Teile seines Lebens in Polen verbracht hat, schloss seinen Vortrag mit einem Appell, nach der tragischen zwischenzeitlichen Entfremdung wieder an die Polenbegeisterung des Hambacher Festes anzuschließen.

Bei der anschließenden Diskussion behauptete ein polnischer Teilnehmer, dass die deutsche Freundlichkeit gegenüber den polnischen Exilanten auf einem schlechten Gewissen der Deutschen wegen der deutschen Beteiligung an den polnischen Teilungen beruhe, während ein deutscher Teilnehmer die Ansicht vertrat, dass es zu dem Zeitpunkt gar kein Deutschland gegeben habe, da das Heilige Römische Reich deutscher Nation bereits aufgelöst und das Deutsche Reich noch nicht gegründet worden sei. Dem hielt Brödner die Fakten entgegen, dass es dazwischen den Deutschen Bund gegeben hat und der Krieg zwischen Preußen und Österreich von 1866 explizit als „Deutscher Bruderkrieg“ von den Zeitgenossen bedauert wurde. Überhaupt zeigte der Referent bei der anschließenden Diskussion, dass er zu seinem Thema auch frei hätte vortragen können.

Dass auch ein vorgelesener Vortrag für die Zuhörer Genuss und Gewinn sein kann, wenn er denn langsam, deutlich und vor allem wohl prononciert präsentiert wird, zeigte Klaus Neitmann. Der Direktor des Brandenburgischen Landeshauptarchivs bot einen informativen, lückenlosen Überblick über die Beziehungen zwischen dem Deutschordensstaat und der Polnisch-Litauischen Union. Wie bei Überblicken üblich, blieben große Sensationen aus. Doch gab es einige interessante Nuancen. Statt der weit verbreiteten Sichtweise, dass der Ordensstaat es nach der Bildung der Union mit einem mehr oder weniger monolithischen Block zu tun gehabt habe, arbeitete Neitmann heraus, dass Litauen noch einige Zeit neben Deutschordensstaat und Polen ein ziemlich unabhängiger dritter Faktor gewesen sei. Eine interessante Erklärung für den Abfall der preußischen Stände von den Ordensrittern bot der Potsdamer Archivar mit den polnischen Verheerungsfeldzügen. Während die Ritter sich auf ihre Bürgen zurückgezogen hätten, seien die Zivilisten schutzlos dem Terror der polnischen Heerscharen ausgesetzt gewesen und hätten deshalb vom Orden eine größere Verständigungsbereitschaft gegenüber Polen verlangt.

Adam Holub von der örtlichen Universität von Ermland und Masuren widmete sich dem sensiblen Thema „Die Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung – Was wir Polen davon wissen und darüber denken“. Er lieferte ein Feuerwerk an Zitaten aus polnischen Medien und dem Munde mehr oder weniger bekannter polnischer Persönlichkeiten zu dem Thema. Holub warf die Zitate per Projektor an die Wand, aber leider nur im polnischen Original und nicht in deutscher Übersetzung. Schön wäre es auch gewesen, wenn er die Zitate noch etwas stärker strukturiert und vielleicht sogar, noch einen Schritt weiter gehend, zu einzelnen Argumentationssträngen und -mustern zusammengefasst hätte. Die in der anschließenden Diskussionsrunde vom ebenfalls anwesenden LO-Sprecher Stephan Grigat gestellte Frage, warum sich Polen so schwer tue, Unrecht an den deutschen Vertriebenen einzuräumen, ließ der polnische Referent unbeantwortet.

Als eine indirekte Antwort auf diese Frage kann man Grzegorz Supadys literarischen Exkurs vom Vortag zum Thema „Pole, Deutscher sind zwei Brüder?“ interpretieren. Dort führte der Allensteiner Wissenschaftler und freie *PAZ*-Autor aus: „Seitdem man in der Bundesrepublik über eigene Leiden, sei es Bombenterror, Zwangsaussiedlung oder Feindseligkeit gegenüber den in Mitteldeutschland noch verbliebenen Deutschen, offen zu reden begann, neigte man in Polen, besonders in den rechten Kreisen, immer häufiger die Ansicht zu vertreten, dies relativiere die gewohnte ‚deutsche Schuld‘. Daher erhoben sich hierzulande Stimmen, man solle sich diesen ‚unverschämten‘ Verlautbarungen schnellstens widersetzen. Einigen Politikern gelang es dadurch, ein ziemliches Kapital zu schlagen. Außerdem eignete sich manch ein ausgezeichneter Schriftsteller, wie zum Beispiel Jarosław Marek Rymkiewicz, diese Rhetorik schnell an. In seinem viel gelesenen Essayband ‚Kinderszenen‘ aus dem Jahre 2008 fokussierte er seine Aufmerksamkeit auf die traumatische Kindheit in Warschau und stellte mit ausdrucksstarken Stilmitteln die ganze Grausamkeit der Naziverbrechen während des Warschauer Aufstandes des Jahres 1944 vor. Dies war sein selbstverständliches Anrecht, wenn er doch mit seinen Behauptungen einen waghalsigen Schritt nicht zu weit gegangen wäre. Er erklärte nämlich, die Deutschen seien von Geburt an mit einer Erbsünde belastet – der eines Mörders. Er differenzierte dabei keine Kategorie ‚Nazi-Deutscher‘ und ‚Nicht-Nazi-Deutscher‘, sondern pauschalisierte auf Anhieb die ganze Nation. Das tat er im Geiste eines seit kurzem verbreiteten Sprachgebrauchs in Polen, wo stets nicht von Nazis, sondern verallgemeinernd vornehmlich von Deutschen die Rede ist. Übrigens, anders geschieht es in dieser Hinsicht etwa in Russland, wo im öffentlichen Diskurs von ‚Faschisten‘, und nicht unscharf von ‚Deutschen‘, gesprochen wird.“

Kontroverse Stellungnahmen blieben auf der binationalen Veranstaltung nicht aus und waren auch gewollt

Der ebenfalls von der Allensteiner Uni stammende Angehörige der deutschen Volksgruppe Aleksander Bauknecht präsentierte in seinem Vortrag zum „Einfluss des deutschen Rechts auf das polnische Selbstverwaltungswesen nach 1989“ selbigen als groß. Der deutsche Einfluss auf das polnische Recht habe eine lange Tradition. Dieses liege nicht zuletzt an den polnischen Teilungen, wobei der Wissenschaftler einräumte, dass Polen sich ebenso an der Teilung eines Nachbarn beteiligt hätte, wenn es denn die Möglichkeit dazu gehabt hätte. Das Verwaltungsrecht sei eine Mischung aus preußischem und französischem. Die 1989 eingeführte Selbstverwaltung sei eine Mischung aus preußischer und süddeutscher. Bei der polnischen Verfassung habe man sich am deutschen Grundgesetz orientiert. Dass Polen genau so viele Woiwodschaften habe wie die Bundesrepublik Länder sei aber Zufall. Man habe vielmehr partout die Zahl 17 vermeiden wollen, weil das die Anzahl der Sowjetrepubliken gewesen sei.

Besonderen Raum in Vortrag wie anschließender Diskussion nahm eine polnische Besonderheit ein, die parallele Existenz des Woiwoden, der vom Präsidenten eingesetzt werde, und des Woiwodschaftsmarschalls, der aus den Woiwodschaftswahlen hervorgehe, sowie das Fehlen einer klaren Aufgabenteilung zwischen den beiden. Der Referent schlug die Abschaffung der Woiwoden vor, dieses umso mehr, als deren Kontrollfunktionen mittlerweile durch eine ausgebaute Verwaltungsgerichtsbarkeit wahrgenommen werde. Allerdings gehe man mit der Forderung nach der Abschaffung dieses Vertrauensmannes des Präsidenten das Risiko ein, sich dem Vorwurf des Separatismus auszusetzen. Zudem stelle eine ineffiziente Verwaltung ein Arbeitsbeschaffungsprogramm für den öffentlichen Dienst dar, und so habe sie entsprechend viele Nutznießer und Interessenten an ihrem Fortbestand. Den Abschluss des Beitrags bildete ein kurioses Beispiel von Wahnsinn vom grünen Tisch in der Republik Polen. Das war zwar selbstkritisch und deshalb sympathisch, aber Vergleichbares und noch Schlimmeres findet man auch in der Bundesrepublik zuhauf.

Manuel Ruoff



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

es ist für uns alle erfreulich, wenn Wünsche und Pläne von aktiven Landsleuten, über die wir auf unserer Familienseite berichten konnten, in Erfüllung gehen. Denn jede erfolgreiche in die Tat umgesetzte Initiative ist auch ein Hoffnungsträger für diejenigen, die ähnliche Aktionen planen oder diese hilfreich unterstützen. Es geht ja immer um die Heimat und damit um den Erhalt der noch vorhandenen Spuren, nicht nur als museale Relikte, sondern auch, um diese für die Nachwelt so transparent zu machen, dass sie auch nachfolgende Generationen ansprechen und sie zum Nachdenken zwingen. Das trifft auf die Aktion „Gedenktafel für die Patronatskirche von Coadjuthen" zu, über die wir vor einem Jahr berichten konnten. Sie geht auf die Initiative von Herrn **Günter Uschtrin** aus Regesbostel zurück, der es sich zur Lebensaufgabe gemacht hat, die Geschichte des Stammortes seiner Vorfahren zu erfassen und das noch Erkennbare zu bewahren. Das Schlüsselerlebnis hatte der in Hamburg geborene Sohn einer memelländischen Familie, als er bei seinem ersten Besuch in Coadjuthen im Jahre 2004 in der bereits restaurierten Pfarrkirche auf der Ehrentafel für die Gefallenen des Ersten Weltkrieges an der Empore seinen Familiennamen las. Günter Uschtrin verspürte auf einmal eine geradezu zwingende Wissbegierde, alles über Coadjuthen und seine Familie zu erfahren. Was aus dieser Eingebung umgesetzt wurde, ist zu bewundern: Günter Uschtrin schrieb eine umfangreiche Chronik über das Kirchspiel „Wo liegt Coadjuthen?", die weit über den regionalen Rahmen hinaus Beachtung findet, weil sie nicht auf diesen Bereich begrenzt bleibt, sondern in die wechselvolle Geschichte des Memellandes eingebettet ist. Er beließ es aber nicht bei dieser erfolgreichen Dokumentation, sondern gründete eine Initiative zur Erstellung einer Gedenktafel, auf der die wesentlichsten Vorgänge aus der Kirchengeschichte dokumentiert werden sollten. Nicht nur zur Informierung der Besucher, sondern auch zur Veranlassung, sich mit den historischen Vorgängen zu befassen. Mit viel Hoffnung gingen Günther Uschtrin und seine 30 Mithelfer an dieses Vorhaben heran, das eine positive Entwicklung versprach, die sich nun erfüllte: Am 11. August konnten zwei Gedenktafeln in deutscher und litauischer Sprache in der Patronatskirche von Coadjuthen eingeweiht werden. Leider konnte der Urheber bei dieser nunmehr geglückten Aktion wegen einer akuten Erkrankung nicht anwesend sein, aber Günter Uschtrin hatte einen guten Stellvertreter gefunden: Unser immer aktiver Leser **Bernd Dauskardt** aus Hollenstedt, ebenfalls memelländischer Abstammung, verband seine diesjährige Ostpreußenreise mit der Aufgabe, die deutsche Coadjuthen-Gruppe als Stifter bei der Einweihung zu vertreten und über diesen feierlichen Akt für unsere Ostpreußische Familie zu berichten. Was er nun getan hat: Zu lesen als Extra Beitrag auf dieser Familien-Seite.



Sakrale Kostbarkeiten in der Kirche von Sorguitten Bild: Archiv

Dazu im Voraus einige erklärende Worte von Bernd Dauskardt:

„Beide, Günter und ich, haben unser Herzblut in dem Land unserer Ahnen, dem Memelland, gelassen. Während er die Gnade und das Glück hatte, wieder ein wunderschön restauriertes Gotteshaus vorzufinden, ist die Kirche meiner Vorfahren in Plaschken heute eine Ruine und nicht mehr vor dem Verfall zu retten. Bei ‚seiner' Kirche muss allerdings festgehalten werden, dass es zwei entscheidende Gründe gibt, die letztlich dazu beigetragen haben, dass jetzt in Coadjuthen ein schönes Gotteshaus vorzufinden ist.

Erstens: Zur Zeit der sowjetischen Besetzung Litauens nach dem Zweiten Weltkrieg wurde seitens örtlicher Kommunisten mehrfach versucht, das die Kriegswirren überstandene Gotteshaus zweckentfremdend als Speicher oder Kinosaal zu benutzen. Das war das Schicksal vieler Kirchen im Memelland. Evangelische Litauer haben das letztlich verhindert, denn es gab geharnischte Proteste. Zweitens: Nach der Wende im Ostblock Ende der 90er Jahre begann die Restaurierung des Kirchengebäudes. Beigetragen haben dazu Geldspenden und Arbeiten der evangelischen Litauer vor Ort, Finanzhilfen der Nordelbischen Kirche aus Deutschland und letztlich erhebliche Geldmittel der deutschen Coadjuthen-Gruppe und deren Nachkommen in der zweiten und dritten Generation."

Soweit seine Einführung zu dem unten stehenden Sonderbericht über die Gedenktafel-Einweihung, die unter dem Titel „Sie allein sind übrig geblieben" steht.

Auch wenn von unseren schönen alten Dorfkirchen zumeist wie in Plaschken nur noch Ruinen blieben, so sind sie doch noch immer Festpunkte, an die sich die ehemaligen Bewohner halten, wenn sie die Stätten ihrer Kindheit und Jugend aufsuchen. Und viele Erinnerungen an kirchliche Feiern sind auch fern der Heimat geblieben, das hat die großartige Sammelaktion von ostpreußischen Konfirmationsurkunden bewiesen, die Frau **Ursula Karge** aus Norden ins Leben rief. Auch dank unseren Leserinnen und Lesern, die immer bereit für eine aktive Mithilfe sind, so dass manches Kulturgut schon gerettet werden konnte und in die richtigen Hände kam. Das trifft auch für die „Taufengelsuche in Ostpreußen" zu, auf die sich Herr Dr. **Wolfgang Fiedler** aus Richtenberg vor zehn Jahren begab, als er seine Arbeit über das Vorkommen von Taufengeln in norddeutschen Kirchen auch auf unsere Heimat erweiterte. Angeregt durch die Forschungen in Nordelbien und Berlin-Brandenburg versuchten Dr. Fiedler und seine Schwägerin **Brigitte Becker-Carus** im Bereich der Pommerschen Evangelischen Kirche Erkenntnisse über Zusammenhänge von Engeln und Taufsakramenten zu gewinnen. Bald wurde diese Forschungsarbeit auf Hinterpommern und vergleichend auf Ostpreußen ausgedehnt, die bereits zu einer umfassenden Publikation geführt hat: Im Rahmen der Beiträge zur pommerschen Landes-, Kirchen- und Kunstgeschichte erschien im Thomas Helms Verlag Schwerin der Band von Brigitte Becker-Carus „Taufengel in Pommern" (ISBN 978-3-940207-57-9).

Auch die Arbeit zum Vorkommen von Taufengeln in Ostpreußen ist schon weit fortgeschritten, wobei unsere Zeitung sich als gutes Quellenmaterial erwies. Das betrifft nicht nur die erfolgreiche Recherche über unsere Ostpreußische Familie, sondern geht auch weiter zurück bis zu den frühen Ausgaben des *Ostpreußenblattes*, in die Herr Dr. Fiedler durch die Internet-Suchmaschine Einblick erhielt. Insgesamt hat er bereits 85 ostpreußische Gotteshäuser von A wie Almenhausen bis Z wie Zinten auflisten können, in denen es Taufengel gab. Wir können leider hier nicht alle Ortsnamen bringen, aber einige herausgreifen, die Besonderheiten aufweisen oder zu denen Herr Dr. Fiedler noch Nachfragen stellen muss.

Hierzu ein kurzer geschichtlicher Überblick: In der Zeit des Barock fertigten Bildschnitzer geflügelte Engelskulpturen aus Holz für die evangelisch-lutherischen Kirchen an. Die zumeist farblich gestalteten Figuren findet man in kniender oder stehender Haltung, zumeist aber als Schwebeengel von der Decke hängend, die Wasserschale zur Heiligen Taufe darreichend. Sehr häufig ist es eine Muschelschale, das Gefäß für den Geist und die Weisheit Gottes. Eine solch riesige Schale trug der von **Isaak Riga** geschaffene Engel der Kirche in Baldrian. Hierüber fand Herr Dr. Fiedler Informationen in einer *Ostpreußenblatt*-Ausgabe von 1954. Über den schwebenden Engeln sieht man nicht selten im Gestänge eine Taube als Symbol für den Heiligen Geist. Noch heute zu sehen in der an sakralen Schätzen so reichen Patronatskirche von Sorquitten, Kreis Sensburg. Auch eine Besonderheit in Ostpreußen: Die stehenden Taufengel in einigen Kirchen im Kreis Mohrungen. Zeichnungen der stehenden Taufengel von Schnellwalde und Jäskendorf fand Herr Dr. Fiedler in den *Ostpreußenblatt*-Folgen 18/1962 und 49/1963. Leider können wir den oder die Zeichner nicht mehr ausfindig machen. Deshalb müssen wir diese Bitte von Herrn Dr. Fiedler an unsere Leserinnen und Leser weiterreichen: Wer schuf in den 60er Jahren diese Zeichnungen, wurden sie für die Veröffentlichungen angefertigt oder einem Dokumentarband entnommen? Im Handbuch der Kunstdenkmäler wird für Miswalde ein „schöner stehender Engel von 1728" erwähnt. Dass der Taufengel aus Aulenbach/Auluwönen ebenfalls ein stehender war, belegt eine Veröffentlichung im *Ostpreußenblatt* Folge 1/1960. Aus welcher Quelle diese Information stammt, ist nicht mehr feststellbar. Der um 1720 angefertigte Engel soll sich zu unserer Zeit in einer Sammlung im Königsberger Schloss befunden haben. Besitzt jemand darüber Unterlagen? Übrigens soll auch der schwebende Engel in Grunau aus der Kirche nicht für diese geschaffen worden sein, denn er stammt vermutlich aus Zinten!

Die ostpreußische Familie

Ruth Geede Bild: Pawlik

Zum Schluss noch eine besondere Bitte von Herrn Dr. Fiedler, die sich auf ein Privatfoto in der *PAZ* Folge 10/2006 bezieht. Es zeigt einen schwebenden Engel, zu dem eine Leserin die Frage stellte, zu welcher Kirche er gehörte. Herr Dr. Fiedler konnte ihr mitteilen, dass der Engel aus der Kirche von Gilgenburg stammte. Frau **Gerda Graumann** freute sich darüber und wollte ihm Farbfotos zusenden. Leider kam keine weitere telefonische Verbindung zustande. Deshalb bittet Herr Dr. Fiedler die Leserin aus Maisach, falls diese noch Aufnahmen besitzt, sich mit ihm in Verbindung zu treten. Da sich der Engel noch immer in der Gilgenburger Kirche befinden soll, haben vielleicht auch andere Leserinnen und Leser den Taufengel fotografiert und können ihm Fotos übermitteln. Intensiv will sich Herr Dr. Fiedler in nächster Zeit mit dem Kreis Mohrungen befassen, was ja verständlich ist, wenn man die Liste durchschaut. Die ist, wie aus den obigen Ausführungen schon ersichtlich, ganz gut bestückt mit Standorten aus dem Kreis Mohrungen. (Dr. Wolfgang Fiedler, Küsterstraße 7 a in 18461 Richtenberg, Telefon 038322/296, E-Mail: wolfgang-fiedler@freenet.de)

Angebot–Nachfrage. Ich wäre sehr verwundert gewesen, wenn Herr **Frank Schneidewind** aus Olpe keine Interessenten für die von ihm angebotenen Bücher gefunden hätte. Zwar sprachen die Titel der beiden Bände „Der Kreis Schlochau" und „Das Schlochauer Land" nur bestimmte Personen an, aber wir haben ja einen so vielseitig interessierten Leserkreis, dass auch sehr spezielle Bücher ihre Liebhaber finden. Herr Schneidewind kann nun die wertvollen Heimatbücher einer Leserin übergeben, die den dokumentarischen Wert sofort erkannte, wie ausführliche Telefongespräche ergaben.

Und nun auf ein Neues, aber da wird ein viel größerer Leserkreis angesprochen, und die beiden angebotenen Bücher dürften im Handumdrehen weg sein. Es handelt sich um die Ausgaben „Der Kreis Elchniederung" von 1966 und 1968. Die Königsbergerin **Helga Krey** würde sie gerne in gute Hände geben und wählt den Weg über unsere Ostpreußische Familie. Den Wunsch erfüllen wir gerne, liebe Frau Krey, und gleichzeitig möchte ich mich bedanken für Ihre lieben, anerkennenden Worte für unsere Arbeit.

Und einen heimatlichen Gruß von Königsbergerin zu Königsbergerin. (Helga Krey, Am Wehrbusch 13 in 30880 Laatzen, Telefon 0511/821127.)

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede

Sie allein sind übrig geblieben

Eindrücke von der Gedenktafel-Einweihung in Coadjuthen

Es war seine 30. Ostpreußenreise, die **Bernd Dauskardt** im August dieses Jahres unternahm, und sie unterschied sich von ihren Vorgängerinnen darin, dass er diesmal den bereits erwähnten Auftrag hatte, für die deutsche Coadjuthengruppe an der Feier zur Einweihung der von ihr gestifteten Gedenktafeln in der Patronatskirche des memelländischen Kirchdorfes teilzunehmen. Das sollte am 11. August dieses Jahres im Rahmen des sonntäglichen Gottesdienstes mit Kindtaufe geschehen. Wie die Feier ablief und mit welchen Eindrücken er zurückkehrte, ist dem folgenden Bericht zu entnehmen.

„Bevor an diesem Augustsonntag der Gottesdienst in Coadjuthen stattfand, hatte ich eine abenteuerliche Reise von Rominten bis nach dem südlich von Nimmersatt gelegenen Uszameiten hinter mir. Zum Gottesdienst in der wunderschönen Patronatskirche von Coadjuthen war Pfarrer **Reinhold Moras** aus Memel angereist, um im Rahmen einer Kindstaufe die Einweihung der in deutscher und litauischer Sprache gehaltenen Gedenktafeln vorzunehmen. Die in einem Memeler Werk hergestellten Tafeln waren schon vorab angebracht worden. Es hatte alles wunderbar geklappt. Den Gottesdienst hatte ich zum Anlass genommen, die letzten mir bekannten deutschen Memelländer abzuholen und zur Kirche zu bringen: **Käthe Lendrath** aus Schustern, **Eva Schultze** aus Szugken, **Adolf Schultze** aus Tauroggen und **Edwin Henseleit** aus Lompönen. Aus Coadjuthen war **Werner Petereit** zugegen. Alle wiesen ein Alter von 75 bis 87 Jahren auf – es sind die letzten aus dieser Gegend mit deutscher Zunge. Der Gottesdienst, den ich mit Kirchenliedern auf Deutsch begleiten konnte, war eine zu Herzen gehende Angelegenheit. Wir sangen gemeinsam in deutscher Sprache: Jesu, geh voran ..., So nimm denn meine Hände ..., Nun danket alle Gott und Oh, dass ich tausend Zungen hätte ... Nach der Kindtaufe weihte Pfarrer Moras die Gedenktafeln ein. Alles fand in einem feierlichen Rahmen statt, eine Dolmetscherin war zugegen."

Die Inschrift auf der in deutscher Sprache gehaltenen Tafel lautet:

„1525: Einführung der Reformation in Preußen durch Herzog Albrecht von Brandenburg-Ansbach. In Basnitzkehmen bei Coadjuthen, am Oberlauf der Sziesze, bildet sich bald darauf die protestantische Gemeinde, noch ohne eigenes Kirchengebäude. / 1574–1733: Erste Kirche aus Holzfachwerk in Coadjuthen unter dem Patronat des Herzogs Albrecht Friedrich von Preußen.

Beim Festakt dabei: Edwin Henseleit und Werner Petereit Bild: Dauskardt

Der erste Pfarrer ist **Thomas Sitt** (1568–1584). Er und seine Nachfolger müssen auch die litauische Sprache beherrschen und predigen. / 1733/34: Abbruch der baufälligen Holzkirche und Errichtung eines Neubaus mit Pfarrhaus aus Stein. Kirchenweihe im April 1734. Neben verschiedenen baulichen Veränderungen ist es dieselbe Kirche, in der Sie sich jetzt befinden. Sie ist eine der ältesten noch erhaltenen evangelischen Kirchen in Litauen aus deutscher Zeit. Bis zum Jahr 1938 wurde in ihr zweisprachig gepredigt. / 1942–1945: Der letzte deutsche Pfarrer in Coadjuthen ist **Bruno Sziel**. 1955: Gescheiterter Versuch zur Umnutzung der Kirche als Kino-Saal, aber Abriss des Turms und der historischen Glocken durch die russische Verwaltung. / 1956: Proteste treuer Gemeindemitglieder in Coadjuthen gegen Glaubensbehinderung und Kirchen-Frevel. / 1994: Am 28. Mai vollzieht Bischof **Jonas Kalvanas** die Weihe der mit litauischer und deutscher Hilfe restaurierten Kirche."

Bernd Dauskardt, der nach der Feier zusammen mit den deutschen Memelländern von der litauischen Kirchenvorsteherin zu einem Gastmahl im Schulgebäude von Coadjuthen eingeladen wurde, macht sich im Nachhinein Gedanken darüber, was an dieser alten Patronatskirche so einmalig ist. Es dürfte vor allem daran liegen, dass diese Dorfkirche ihren deutschen Charakter bis in die heutige Zeit bewahrt hat. Sie ist dank der Initiative der Litauischen Evangelischen Kirche ein Juwel von innen und außen. Das Gebäude wurde unter Denkmalschutz gestellt, das rote Ziegeldach vollkommen erneuert. Im Innern befinden sich an der Empore große Gedenktafeln für die gefallenen Memelländer in den Kriegen von 1813/14, 1866, 1870/71 und 1914/18. Und über den Tafeln steht: „Für König und Vaterland!" „Wo gibt es so etwas noch im heutigen Deutschland?", fragt Bernd Dauskardt.

Er hatte seinen Bericht mit „Wir sind die Letzten" betitelt, und damit die Memelländer gemeint, die der Feier beiwohnten. Mir fiel die Zeile in dem Gedicht von Agnes Miegel „Die Frauen von Nidden" ein, die als letzte, von der Pest verschonte Bewohner des Nehrungsdorfes die Düne bitten, sie mit ihrem Sand zuzudecken. „... wir Siebten sind allein noch übrig geblieben!" Unsere im Memelland verbliebenen Landsleute wissen, dass ihre Kirche nicht dem Verfall preisgegeben ist, dass sie ihnen bis zum letzten Atemzug heimatliche Vertrautheit und Geborgenheit vermitteln wird. Dank aller, die dieses wunderschöne Gotteshaus in Coadjuthen und seine Vergangenheit bewahren! *R.G.*



ZUM 101. GEBURTSTAG

Czwikla, Erika, aus Sonnau, Kreis Lyck, am 18. Oktober
Naß, Elfriede, geb. **Kraska**, aus Groß Schöndamerau, am 18. Oktober

ZUM 100. GEBURTSTAG

Buxa, Gertrud, geb. **Sdunkowski**, aus Mulden, Kreis Lyck, am 18. Oktober

ZUM 98. GEBURTSTAG

Gawrisch, Kurt, aus Dreifelde, Kreis Johannisburg, am 13. Oktober
Herrmann, Erika, geb. **Budzinski**, aus Grunau, Kreis Heiligenbeil, am 14. Oktober
Riehl, Henny, geb. **Biesemeier**, aus Treuburg, am 16. Oktober

ZUM 97. GEBURTSTAG

Bartzik, Martha, geb. **Nowak**, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 12. Oktober
Wiskandt, Helene, geb. **Rade**, aus Rauschen, Kreis Samland, am 15. Oktober

ZUM 96. GEBURTSTAG

Bollack, Marianne, geb. **Wenck**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 12. Oktober

ZUM 94. GEBURTSTAG

Armbruster, Herta, geb. **Piechottka**, aus Krupinnen, Kreis Treuburg, und aus Prostken, Kreis Lyck, am 12. Oktober
Gehle, Elisabeth, geb. **Mohrlang**, aus Lank, Kreis Heiligenbeil, am 16. Oktober
Göbel, Betty, geb. **Lagies**, aus Grünhausen, Kreis Elchniederung, am 18. Oktober
Kruck, Walter, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 13. Oktober
Merkel, Herta, aus Loye, Kreis Elchniederung, am 16. Oktober

ZUM 93. GEBURTSTAG

Jost, Emma, geb. **Nicolay**, verwitwete Mootz, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 12. Oktober
Mohr, Georg, aus Bürgersdorf, Kreis Wehlau, am 17. Oktober
Neumann, Horst, aus Gnottau, Ortsteil Paplacken, Kreis Insterburg, am 15. Oktober
Niessen, Theodora, geb. **Gehring**, aus Ortelsburg, am 18. Oktober
Schlichtiger, Edith, geb. **Schmidtke**, aus Kalkhof, Kreis Treuburg, am 13. Oktober
Schweins, Gertraud, geb. **Bürgel**, aus Kalthagen, Kreis Lyck, am 18. Oktober
Stange, Horst, aus Grunau, Kreis Heiligenbeil, am 14. Oktober
Wietoska, Otto, aus Lyck, am 17. Oktober
Wirth, Edith, geb. **Herbig**, aus Ortelsburg, am 14. Oktober

ZUM 92. GEBURTSTAG

Boehl, Charlotte, geb. **Samusch**, aus Lötzen, am 15. Oktober
Glagau, Erika, aus Pobethen, Kreis Samland, am 16. Oktober
Metzdorf, Gerda, geb. **Borbe**, aus Guhsen, Kreis Treuburg, am 16. Oktober
Mittendorf, Hildegard, geb. **Patz**, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 17. Oktober
Pasuch, Walter, aus Friedrichshof-Abbau, Kreis Ortelsburg, am 18. Oktober
Peterson, Hildegard, geb. **Liedtke**, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, am 13. Oktober
Schaible, Frieda, geb. **Bartsch**, aus Kingitten, Kreis Samland, am 13. Oktober
Woltersdorf, Edith, geb. **Dolinski**, verwitwete Lingnau, aus Treuburg, am 16. Oktober
Zorn, Ursula, geb. **Pillarz**, aus Lyck, am 18. Oktober

ZUM 91. GEBURTSTAG

Friedritz, Gertrud, aus Tilsit-Ragnit, am 15. Oktober
Graner, Gretel, geb. **Steinke**, aus Moterau, Heinrichshof, Kreis Wehlau, am 16. Oktober
Kibbat, Hildegard, aus Hohenfried, Kreis Ebenrode, am 18. Oktober
Krenz, Edith, geb. **Schlaugat**, aus Markgrafsfelde, Kreis Treuburg, am 18. Oktober
Mai, Margarete, geb. **Kackschies**, aus Brittanien, Kreis Elchniederung, am 13. Oktober
Meinert, Hildegard, aus Lyck, Bismarckstraße 47, am 14. Oktober
Niederstrasser, Otto, aus Kassuben, Kreis Ebenrode, am 14. Oktober
Paschink, Liebtraut, geb. **Biernat**, aus Bolzhagen, Kreis Elchniederung, am 13. Oktober
Rutkowski, Erna, geb. **Hoffmann**, aus Quehnen, Kreis Preußisch Eylau, am 15. Oktober
Schwemer, Herta, geb. **Buczilowski**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 18. Oktober
Stilla, Elisabeth, geb. **Lindenberg**, aus Pillau, Kreis Samland, am 16. Oktober
Taulien, Erna, aus Heiligenbeil, am 17. Oktober

ZUM 90. GEBURTSTAG

Bargmann, Gertrud, geb. **Lundschien**, aus Dünen, Kreis Elchniederung, am 15. Oktober
Barwinski, Ella, geb. **Karschewski**, aus Königsberg, am 14. Oktober
Braun, Renate, geb. **Borchert**, aus Neidenburg, am 18. Oktober
Breitmayer, Erich, aus Gottesgnade, Kreis Preußisch Eylau, am 16. Oktober
Göttfert, Lena, geb. **Wasilewski**, aus Scharfeneck, Kreis Ebenrode, am 15. Oktober
Heidbrede, Eva, geb. **Grigat**, aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 13. Oktober
Jankowski, Ruth, geb. **Boehm**, aus Arissau, Kreis Samland, am 18. Oktober
Krüger, Eva, geb. **Schakat**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 17. Oktober
Liebelt, Alfred, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 12. Oktober
Marquardt, Gertrud, geb. **Tillwikat**, aus Rodebach, Kreis Ebenrode, am 14. Oktober
Meya, Alice, geb. **Heinrich**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 13. Oktober
Neufeind, Eva, geb. **Karwonski**, aus Lyck, Blücherstraße 18, am 14. Oktober
Obarowski, Hildegard, geb. **Bartkowski**, aus Neidenburg, am 16. Oktober
Schmidel, Liesbeth, geb. **Stanzick**, aus Antonswiese, Kreis Elchniederung, am 18. Oktober
Schulz, Margarete, geb. **Doerck**, aus Milken, Kreis Lötzen, am 12. Oktober
Specht, Adeline, geb. **Lewohn**, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 18. Oktober
Weber, Christel, geb. **Beckmann**, aus Tawellenbruch, Kreis Elchniederung, am 18. Oktober
Wedler, Betty, geb. **Rosenwald**, aus Perkuhnen, Kreis Elchniederung, am 15. Oktober
Zels, Erwin, aus Klein Nuhr, Klein Nuhr Dorf, Kreis Wehlau, am 17. Oktober
Zimmek, Otto, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 12. Oktober

ZUM 85. GEBURTSTAG

Böhm, Traute, aus Kreuzfeld, Kreis Lyck, am 15. Oktober
Böhnke, Meta, geb. **Bux**, aus Gellen, Kreis Ortelsburg, am 16. Oktober
Bogatz, Gertrud, geb. **Baumgart**, aus Sandhof, Kreis Mohrungen, am 12. Oktober
Dittmann, Edeltraud, geb. **Pelke**, aus Groß Jerutten, Kreis Ortelsburg, am 14. Oktober
Gröger, Elsbeth, geb. **Pede**, aus Allenburg, Friedländer Straße 2, Kreis Wehlau, am 17. Oktober
Grubert, Karl, aus Schwarberge Kreis Lyck, am 17. Oktober
Hecht, Siegfried, aus Mallwischken, Kreis Schloßberg, am 12. Oktober
Hellmig, Gisela, geb. **Hellmig**, aus Bürgersdorf, Bürgersdorf West, Kreis Wehlau, am 18. Oktober
Juckel, Traute, aus Adlig Linkuhnen, Kreis Elchniederung, am 15. Oktober
Kaminski, Frau, aus Elgenau, Kreis Osterode, am 12. Oktober
Klein, Margot, geb. **Peczkowski**, aus Kandien, Kreis Neidenburg, am 17. Oktober
Knitter, Elsbeth, geb. **Pallutt**, aus Inse, Kreis Elchniederung, am 16. Oktober
Koch, Traute, geb. **Birkhahn**, aus Damerau, Kreis Wehlau, am 12. Oktober
Kruse, Helga, geb. **Erlach**, aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 17. Oktober
Lalla, Elisabeth, geb. **Rekowski**, aus Weidicken, Kreis Lötzen, am 12. Oktober
Littek, Otto, aus Neu Schiemanen, Kreis Ortelsburg, am 12. Oktober
Mertins, Erich, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 12. Oktober
Milanik, Maria-Theresia, geb. **Schliebenow**, aus Lyck, Yorkstraße 34, am 15. Oktober
Petereit, Margarete, geb. Aughstat, aus Stadttfelde, Kreis Ebenrode, am 12. Oktober
Plewka, Willy, aus Eichenstein, Kreis Insterburg, am 1. Oktober
Pogrzeba, Edith, geb. **Dolenga**, aus Regeln, Kreis Lyck, am 18. Oktober
Rohrmoser, Maria, geb. **Satzkowski**, aus Rauhdorf, Kreis Ebenrode, am 18. Oktober
Ronsick, Reinholde, geb. **Kilimann**, aus Waplitz, Kreis Ortelsburg, am 14. Oktober
Siebert, Alfred, aus Groß Degesen, Kreis Ebenrode, am 13. Oktober
Topeit, Helmut, aus Lakendorf, Kreis Elchniederung, am 15. Oktober
Weiß, Helmut, aus Schuditten, Kreis Samland, am 18. Oktober
Willuda, Horst, aus Gutten, Kreis Lötzen, am 13. Oktober

ZUM 80. GEBURTSTAG

Baran, Günter, aus Rohmanen, Kreis Ortelsburg, am 17. Oktober
Bartsch, Walter-Otto, aus Tapiau, Rohsestraße 16, Kreis Wehlau, am 12. Oktober
Baumgardt, Horst, aus Kastaunen, Kreis Elchniederung, am 13. Oktober
Deppe, Waltraud, geb. **Markgraf**, aus Altengilge, Kreis Elchniederung, am 17. Oktober
Eggert, Otto, aus Groß Dirschkeim, Kreis Samland, am 13. Oktober
Engel, Siegfried, aus Lyck, Blücherstraße 15, am 15. Oktober
Feuersenger, Erwin, aus Ehrenwalde, Kreis Lyck, am 14. Oktober
Gromberg, Johannes, aus Theerwisch, Kreis Ortelsburg, am 13. Oktober
Kniza, Walter, aus Gardienen, Kreis Neidenburg, am 17. Oktober
Krause, Siegfried, aus Pobethen, Kreis Samland, am 17. Oktober
Mahnke, Irene, geb. **Kozian**, aus Wallendorf, Kreis Neidenburg, am 15. Oktober
Mintel, Gerhard, aus Lengau, Kreis Treuburg, am 18. Oktober
Naussed, Helmut, aus Kleindünen, Kreis Elchniederung, am 17. Oktober
Pöhlmann, Brigitte, geb. **Bendz**, aus Neidenburg, am 16. Oktober
Porsch, Edda, geb. **Herzberg**, aus Stücken, Kreis Elchniederung, am 18. Oktober
Prix, Irmgard, geb. **Bajorat**, aus Tannenmühl, Kreis Ebenrode, am 14. Oktober
Riedel, Gerda, geb. **Kirchbrücher**, aus Parnehnen, Nehne, Kreis Wehlau, am 13. Oktober
Schemionek, Siegfried, aus Wiesenhöhe, Kreis Treuburg, am 17. Oktober
Schneider, Waltraut, geb. **Kossak**, verwitwete Henschel, aus Sargensee, Kreis Treuburg, am 12. Oktober
Sommerfeld, Reinhard, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 14. Oktober
Stutzkreis, Maria, geb. **Jung**, aus Mühlen, Kreis Neidenburg, am 16. Oktober
Wegner, Ilse, geb. **Milewski**, aus Rogallen, Kreis Lyck, am 17. Oktober

ZUM 75. GEBURTSTAG

Bandowski, Rita, aus Reipen, Kreis Wehlau, am 12. Oktober
Bolte, Helga, geb. **Milewski**, aus Grünlanden, Kreis Ortelsburg, am 14. Oktober
Broszeit, Hildegard, geb. **Lakaw**, aus Koddien, Kreis Wehlau, am 12. Oktober
Busch, Eva, geb. **Frischmuth**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 13. Oktober
Goeritz, Alfred, aus Oswald, Kreis Elchniederung, am 15. Oktober
Hammermeister, Dieter, aus Neidenburg, am 17. Oktober
Hedden, Gertrud, geb. **Napiwotski**, aus Moterau, Moterau Dorf, Kreis Wehlau, am 16. Oktober
Holz, Gerda, geb. **Riemann**, aus Partheinen, Kreis Heiligenbeil, am 15. Oktober
Kallweit, Heinz, aus Schönhofen, Kreis Treuburg, am 14. Oktober
Lichtenstein, Siegrete, geb. **Rogalla**, aus Narthen, Kreis Neidenburg, am 18. Oktober
Meier, Irene, geb. **Meißner**, aus Pfaffendorf, Kreis Ortelsburg, am 15. Oktober
Neumann, Eva, geb. **Sadowski**, aus Lehmanen, Kreis Ortelsburg, am 17. Oktober
Neumann, Manfred, aus Weißensee, Groß Weißensee, Kreis Wehlau, am 16. Oktober
Pendzich, Manfred, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 15. Oktober
Reinsberg, Ulrich, aus Wehlau, Pinnauer Straße, Kreis Wehlau, am 17. Oktober
Rogalla, Erika, geb. **Mossakowski**, aus Groß Tauersee, Kreis Neidenburg, am 13. Oktober
Schittek, Doris, geb. **Schröder**, aus Pillau, Kreis Samland, am 14. Oktober
Schöneberg, Siegfried, aus Tapiau, Rentenstraße 1, Kreis Wehlau, am 14. Oktober
Skrebba, Heinz, aus Jagsten, Kreis Elchniederung, am 18. Oktober
Weber-Schnabel, Hella, geb. **Weber**, aus Rauschen, Kreis Samland, am 15. Oktober

TERMINE DER LO

Jahr 2013

11. bis 13. Oktober: 6. Deutsch-Russisches Forum in Duisburg. Geschlossener Teilnehmerkreis.
14. bis 20. Oktober: 59. Werkwoche in Bad Pyrmont.
1. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden in Bad Pyrmont.
2./3. November: Ostpreußische Landesvertretung in Bad Pyrmont. Geschlossener Teilnehmerkreis.
4. bis 8. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont.

Jahr 2014

8./9. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont.
5./6. April: Arbeitstagung der Deutschen Vereine im südlichen Ostpreußen.
17./18. Mai: Deutschlandtreffen der Ostpreußen in Kassel
21. Juni: Ostpreußisches Sommerfest in Allenstein.
3./7. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont.

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-0.

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

HÖRFUNK & FERNSEHEN

Sonnabend, 12. Oktober, 9.35 Uhr, 3sat: Böhmens Burgen und Schlösser (5/6).
Sonnabend, 12. Oktober, 11.30 Uhr, NDR: Hindenburg – Der Mann, der Hitler an die Macht verhalf.
Sonnabend, 12. Oktober, 20.05 Uhr, N-TV: Hitler privat. Doku, D 2010.
Sonnabend, 12. Oktober, 20.15 Uhr, Arte: 1783. Ein Mensch fliegt! Die Brüder Montgolfier erobern im Heißluftballon die Lüfte.
Sonntag, 13. Oktober, 8.05 Uhr, WDR 5: Osteuropa-Magazin.
Sonntag, 13. Oktober, 9.05 Uhr, Deutschlandfunk: Kalenderblatt. Vor 70 Jahren: Italien erklärt Deutschland den Krieg.
Sonntag, 13. Oktober, 17.30 Uhr, ARD: Und plötzlich bist du raus. Wenn Männer Rentner werden. Gesellschaftsreportage.
Montag, 14. Oktober, 19.50 Uhr, MDR: Top News: Völkerschlacht überrollt Sachsen. Geschichtsinszenierung.
Montag, 14. Oktober, 20.15 Uhr, Phoenix: Geheimnisse des Zweiten Weltkriegs. Doku, D 2012.
Dienstag, 15. Oktober, 9.05 Uhr, Deutschlandfunk: Kalenderblatt: Vor 50 Jahren: Die Berliner Philharmonie wird eingeweiht.
Dienstag, 15. Oktober, 20.15 Uhr, RBB: Luise – Königin der Herzen. Doku, D 2009.
Dienstag, 15. Oktober, 22.20 Uhr, Arte: Wie wird die Stadt satt? Doku, D 2013.
Mittwoch, 16. Oktober, 9.05 Uhr, Deutschlandfunk: Kalenderblatt. Vor 200 Jahren: Die Leipziger Völkerschlacht beginnt.
Mittwoch, 16. Oktober, 13.07 Uhr, Deutschlandradio Kultur: Länderreport. Gestern Aufschrei – heute Alltag? Fünf Jahre nach der Eröffnung einer Moschee in Berlin-Pankow.
Mittwoch, 16. Oktober, 19.30 Uhr, Deutschlandradio Kultur: Zeitreisen. „Völkerschluchzdenkmal". 1813 und die Erinnerungen an das geschichtliche Großereignis.
Mittwoch, 16. Oktober, 20.15 Uhr, Phoenix: Die großen Schlachten. Die Völkerschlacht bei Leipzig.
Donnerstag, 17. Oktober, 9.05 Uhr, Deutschlandfunk: Kalenderblatt. Vor 200 Jahren: Der Dramatiker, Naturwissenschaftler und Revolutionär Georg Büchner wurde geboren.
Donnerstag, 17. Oktober, 14.30 Uhr, HR: Eine Reise durchs Memelland.
Donnerstag, 17. Oktober, 19.30 Uhr, Arte: Wildes Deutschland. Vorpommerns Küste.
Donnerstag, 17. Oktober, 22.30 Uhr, SWR: Die Wagners und Bayreuth.
Freitag, 18. Oktober, 9.05 Uhr, Deutschlandfunk: Kalenderblatt. Vor 350 Jahren: Der österreichische Feldherr Prinz Eugen von Savoyen wird geboren.
Freitag, 18. Oktober, 20.15 Uhr, RBB: Die schönsten Bauernhöfe Brandenburgs. Doku, D 2013.
Freitag, 18. Oktober, 21.15 Uhr, NDR: Der Schulverweigerer. Jugendliche im Abseits. Doku.

Landsmannschaftliche Arbeit Landesgruppen



BUND JUNGES OSTPREUSSEN

Vorsitzender: Stefan Hein, Gst.: Buchtstr. 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 4140080, E-Post: kontakt@ junge-ostpreussen.de, www.junge-ostpreussen.de.

Freitag, 18., bis Sonntag, 20. Oktober: Exkursion nach Leipzig anlässlich der 200-Jahrfeier der Völkerschlacht. Weitere Einzelheiten auf der BJO-Netzseite unter http://www.junge-ostpreussen.de/47-0-Aktivitaeten.html.



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Landesgruppe – Mittwoch 23. Oktober, 18 Uhr, Haus der Heimat, Großer Saal, Stuttgart, Schlossstraße 92: Der Vortrag der **134. Preußischen Tafelrunde** in Pforzheim vom 9. Oktober wird in Stuttgart wiederholt. Dr. Helga Tödt aus Kleinmachnow bei Berlin referiert über „Die Krupps des Ostens – Schichau und seine Erben – Eine Industriedynastie an der Ostsee“. Der Maschinenbauer Ferdinand Schichau schrieb deutsche Wirtschaftsgeschichte. Aus seiner 1837 gegründeten kleinen Maschinenfabrik in Elbing/Westpreußen entstand ein im Maschinen-, Lokomotiv- und Schiffbau weltweit exportierendes Unternehmen. Schichaus Schwiegersohn Carl H. Ziese führte die Erfolgsgeschichte fort, die seiner Familie im Kaiserreich zu Aufstieg und Reichtum verhalf. Selbst die Kronprinzessin Cecilie ging im Hause ein und aus. In der Weimarer Republik vollzog sich der Niedergang des Familienunternehmens. Nach staatlicher Sanierung war die F. Schichau GmbH im Zweiten Weltkrieg wieder Rüstungsbetrieb. Die Danziger Schichau-Werft wurde Teil der Lenin-Werft, wo im Sommer 1980 die Gründung der Gewerkschaft Solidarnosc stattfand. Nachfolgebetriebe der Schichau-Werke bestehen bis heute.

Buchen – Sonnabend, 12. Oktober, 14 Uhr, Wimpina-Haus, 74722 Buchen (neben Rathaus und Kirche): **Jubiläumsfeier**. 25 Jahre der Ostpreußen, Westpreußen und Pommern. Ein ansprechendes Programm mit Musik- und Tanzdarbietungen und Abend-Büfett erwartet die Besucher. Ansprechpartner ist Rosemarie S. Winkler, Telefon (06281) 8137.

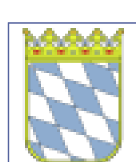
Hof – Bericht – Zu ihrer Feier zum Erntedank hatte die Kreisgruppe eingeladen. Viele Mitglieder und Gäste waren gekommen, die der 1. Vorsitzende Christian Joachim freudig begrüßte. Es war die erste Zusammenkunft nach der Sommerpause, und nach dem gemeinsam gesungenen Westpreußenlied gab Bernd Hüttner einen Bericht über Leben und Werk des Architekten Andreas Schlüter, den er als Prominenten des Nachmittags ausgewählt hatte. Andreas Schlüter wurde 1659 in Danzig geboren und starb 1714 in Sankt Petersburg. Als Schlossbaudirektor gestaltete er die Außenfassade des Berliner Schlosses zur Stadt hin um und schuf den heute nach ihm „Schlüterhof“ benannten Innenhof mit Elementen des italienischen Barock und des aufkeimenden Klassizismus. Im Dienste Zar Peters des Großen verbrachte er seinen letzten Lebensabschnitt in St. Petersburg. – Bei seinen Gedanken zum Erntedank blickte Bernd Hüttner zurück auf die furchtbaren Überschwemmungen im Frühjahr. In alten Aufzeichnungen vom ostpreußischen Erntedank finden sich viele Berichte von verregneter Ernte. Mit Sturm und Platzregen waren die Gewitter wie eine Walze über alle Felder gegangen. Viele lagen da platt wie ein Tisch. Andere, über denen der Wind gekreiselt hatte, waren zerzaus und verwickelt nach allen Richtungen. Da war an kein Mähen mit Maschinen zu denken. Alles musste mit Sensen und mit der Hand geschafft werden. Das würde die doppelte Zeit beanspruchen. Die Natur ist groß im Geben wie im Nehmen, und der Mensch, wenn er ihr nicht fremd geworden ist, ist es auch im Ertragen und Anpassen. Dankbar für jede schöne Stunde, für jede Garbe, die geborgen wurde. Von der Ernte musste der ganze Betrieb mit allen Menschen, Tieren und Verpflichtungen ein Jahr leben. Das war lang. Es waren bewegende Ausführungen. Wie in allen Jahren verteilte Erich Kiutra selbst gelesene verschiedene Ähren, gebunden, an jeden Anwesenden, als Symbol für Korn und Brot. Klaus-Dieter Napromski gedachte in seiner Andacht an den Weg von der Saat zur Ernte, vom Getreide zum Brot. Er wünschte allen ein gesegnetes Erntedankfest. Mit kleinen Vorträgen und dem gemeinsam gesungenen Ostpreußenlied klang dieser eindrucksvolle Nachmittag aus. An den ausgelegten Früchten konnten die Anwesenden sich bedienen. Christian Joachim dankte für die würdevolle Ausgestaltung der Feier und bat um Vormerkung der neuen Termine: Monatszusammenkunft im Oktober entfällt! Sonnabend, 19. Oktober, 11 Uhr: Tag der Heimat, Sonnabend, 9. November, 15 Uhr: Monatszusammenkunft.

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet

Lahr – Bericht – Die Vorsitzende Irma Barraud konnte zahlreiche Mitglieder zum traditionellen Erntedankabend und dem Kartoffelsuppe-Essen begrüßen. Natürlich fehlte auch in diesem Jahr das Erntebrot nicht, von dem jeder ein Stück mitnehmen konnte. Angela Karl berichtete sehr intensiv und zu Herzen gehend von ihrer Reise mit ihrer Familie 2012 in ihre Geburts- und Heimatstadt Königsberg und der Kurischen Nehrung mit der einmaligen Dünenwelt, der Ostsee und dem Haff, dem hohen Himmel mit seinen weißen Wolken. Darum: Wer in die Fremde zog, vor allem ungewollt, den holt die Sehnsucht ein. Es bleibt in seinem Herzen stets ein leises Sehnen. Dieses leise Sehnen nahmen an diesem Abend alle Anwesenden mit nach Hause.

Ludwigsburg – Dienstag, 22. Oktober, 15 Uhr, Krauthof, Beihinger Straße 27: Herbstfest.

Stuttgart – Sonnabend, 12. Oktober, 15 Uhr, Ratskeller: **Ostpreußisches Herbstfest** mit einem musikalisch-literarischen Programm. Peter Jurewitz als Conferenciér, Sänger und Rezitator, Peter Hohler am Piano und Ulrich Karle mit der Mundharmonika gestalten einen Spaziergang in die Welt der Musik und der Poesie. Der gemeinsame Gesang bekannter Herbstlieder kommt nicht zu kurz. Kaffee und Kuchen werden ab zirka 14.30 Uhr serviert. Gäste sind willkommen. – Sonnabend, 26. Oktober, ab 14.30 Uhr, Haus der Heimat, Großer Saal: **Kulturnachmittag**, zweiter Teil des Vortrags von Herrn Dr. Klafki, Rastatt, „Westpreußen mit seiner 1919 abgetrennten Hauptstadt Danzig zwischen den beiden Weltkriegen als Problem der Friedensbewahrung“. Gäste sind willkommen.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@ low-bayern.de, Internet: www. low-bayern.de.

Ansbach – Sonnabend, 19. Oktober, 15 Uhr, Orangerie: „Die Wolfskinder“. Film über eine Kindheit in der Zeit 1945 bis 1948 in Ostpreußen und Litauen. „Herbstzeit – Erntezeit“. Deshalb werden die Teilnehmer sich anschließend eine ostpreußische Kartoffelsuppe schmecken lassen.

Bamberg – Mittwoch 16. Oktober, 15 Uhr, Café Graupner, Lange Straße 5: Erntedank – Ein wichtiges Datum in Ostpreußen.

Ingolstadt – Sonntag, 20. Oktober, 14.30 Uhr, Gasthaus Bonschab, Münchner Straße 8: Monatliches Heimattreffen.

Kitzingen – Freitag, 18. Oktober, 14.30 Uhr, Gaststätte Zum Bären, Kleinlangenheim: **Erntedankfeier.** Aus organisatorischen Gründen ist eine Anmeldung erforderlich unter Telefon (09321) 4405. Bei Bedarf wird ein Bus eingesetzt.

Landshut – Dienstag, 15. Oktober, 14 Uhr, Gasthaus zur Insel: Treffen der Gruppe.

München – Jeden Montag, 18 bis 20 Uhr, Haus des Deutschen Ostens: Ostpreußischer Sängerkreis. Kontakt: Dr. Gerhard Gräf, Offenbachstraße 60, 85598 Baldham, Telefon (08106) 4960. – Sonnabend, 19. Oktober, 14.30 Uhr, Haus des Deutschen Ostens: Diavortrag von Hartmut M. F. Syskowski von der Zeitschrift „Pirsch“: „Rominter Heide bis zum Elchwald“. Zuvor gemeinsame Kaffeetafel.

Ulm/Neu-Ulm – Sonntag, 13. Oktober, 14.30 Uhr, Ulmer Stuben: Erntefest der Kreisgruppe. Es gibt herbstliche Gedichte und Vorträge. Der Chor Alexander Diehl trägt einige Lieder vor. Gäste sind herzlich willkommen. – Sonnabend, 19. Oktober, 14.30 Uhr, Ulmer Stuben: Monatliches Treffen der Gruppe.



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@ bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

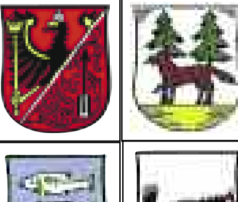
Landesverband – Sonnabend, 16. November, 10 Uhr, Rathaus Schöneberg: Kulturtagung der Landsmannschaften. Beginn mit einer ökumenischen Andacht. Feierliche Eröffnung im Anschluss an die Andacht im Willy-Brandt-Saal des Rathauses Schöneberg.



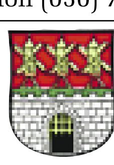

Heilsberg / Rößel – Sonnabend, 12. Oktober, 15 Uhr, Seniorenfreizeitstätte „Maria Rimkus Haus“, Gallwitzallee 53, 12249 Berlin: Erntedankfeier. Anfragen für Heilsberg bei Benno Boese, Telefon (030) 7215570, für Rößel bei Ernst Michutta: (05624) 6600.



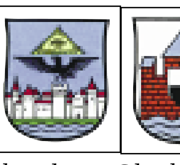
Rastenburg – Sonntag, 13. Oktober, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus, Rohrdamm 24 B, 13629 Berlin: Erntedankfeier. Anfragen bei Martina Sontag, Telefon (033232) 188826.



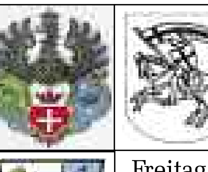

Gumbinnen /Johannisburg /Lötzen/ Sensburg – Dienstag, 15. Oktober, 13 Uhr, Restaurant Macedonia, Hans-Sachs-Straße 4 F, 12205 Berlin (am S-Bahnhof Lichterfelde West): Erntedankfest. Anfragen für Gumbinnen bei Joseph Lirche, Telefon (030) 4032681, für Johannisburg und Sensburg bei Andreas Maziul, Telefon (030) 5429917, für Lötzen bei Gabriele Reiß, Telefon (030) 75635633.

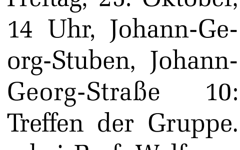


Pillkallen/Schloßberg – Dienstag, 15. Oktober, 14 Uhr, Haus des Älteren Bürgers, Werbellinstraße 42, 12053 Berlin: Erntedankfeier. Anfragen bei Helga Rieck, Telefon 6596822.



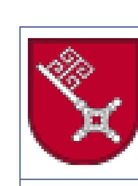
Tilsit-Ragnit/Tilsit-Stadt – Sonnabend, 19. Oktober, 15 Uhr, Ratskeller Charlottenburg, Otto-Suhr-Allee 102, 10585 Berlin: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Hermann Trilus: (03303) 403881.





Königsberg /Samland/Labiau – Freitag, 25. Oktober, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben, Johann-Georg-Straße 10: Treffen der Gruppe. Informationen bei Prof. Wolfgang Schulz, Telefon (030) 2515995.

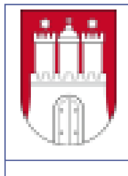
Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet



BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 25 09 29, Fax (0421) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Stellvertrende Vorsitzende: Marita Jachens-Paul, Ratiborer Straße 48, 27578 Bremerhaven, Telefon (0471) 86176. Landesgeschäftsführer: Jörg Schulz, Am Anjes Moor 4, 27628 Uthlede, Telefon (04296) 74 77 01.

Bremerhaven – Bremerhavener Ostpreußen fahren nach Bremen – Sonntag, 20. Oktober, 11 Uhr, Ratskeller zu Bremen. Es liest der in Tilsit geborene Autor, Schauspieler und Rezitator Herbert Tennigkeit aus seinen Büchern und den Werken ostpreußischer Dichter. Die Landsmannschaft Ost-, Westpreußen und der Heimatkreis Elbing, Kreisgruppe Bremerhaven, fahren deshalb mit zahlreichen Mitgliedern und Freunden der ostpreußischen Sprache und Kultur nach Bremen, um Tennigkeit zu hören. Die Vorsitzende Marita Jachens-Paul kennt den Schriftsteller bereits von Lesungen, bei denen Tennigkeit die Ostpreußen mit seinen Dialektkünsten zu begeistern wusste. Er befindet sich zurzeit auf einer Deutschland-Tournee.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

KREISGREUPPE



Heiligenbeil – 65 Jahre Kreisgruppe Heiligenbeil: Am 18. Oktober 1948 wurde die Kreisgruppe Heiligenbeil in Hamburg gegründet. Aus diesem Anlass wollen wir mit unseren Mitgliedern, Freunden und Wegbegleitern diesen Tag feierlich begehen. Gemeinsam wollen wir uns an schwierige, aber auch schöne Stunden erinnern. Was erlebten wir beim Beginn und Aufbau in der „neuen Heimat“ zu einer guten und friedvollen Zeit? Dieses wollen wir am Freitag, 18. Oktober feiern im Traditionshaus Lakkemann, Litzowstieg 8/Ecke Hinterm Stern, Beginn um 14 Uhr, Einlass ab 13 Uhr, Ende offen. Für heimatliche Stimmung wird der allseits beliebte Sänger „Bern-Stein“ sorgen. Anmeldung bitte bis 14. Oktober an Lm. Konrad Wien, Telefon (040) 53254950.



Insterburg – Die Gruppe trifft sich jeden 1. Mittwoch im Monat (außer Januar und Juli) mit Liedern und kulturellem Programm um 12 Uhr, Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Kontakt: bei Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg. Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

BEZIRKSGRUPPE

Hamburg/Wilhelmsburg – Montag, 28. Oktober, 12 Uhr, Gasthaus Waldquelle, Meckelfeld, Höpenstraße 88 (mit Bus 443 bis Waldquelle): Treffen der Gruppe zum Schmandschinken-Essen mit einem sehr schönen, anspruchsvollen Unterhaltungsprogramm. Anmeldungen erforderlich unter Telefon (040) 7545878.



HESSEN

Stellvertretender Vorsitzender: Ulrich Bonk, Voltastraße 41, 60486 Frankfurt/Main, Telefon (069) 77039652.

Darmstadt – Sonnabend, 12. Oktober, 15 Uhr, Luise-Büchner-Haus/Bürgerhaus am See, Neu-Kranichstein, Grundstraße 10 (EKZ): Monatstreffen. Nach der Kaffeetafel **Erntedank mit musikalischer Begleitung**. – **Bericht** – Bei der Begrüßung der beiden Vorsitzenden lobte Gerhard Schröder besonders Waltraud Barth, die wieder die Tische kunstvoll mit ihren Blumen geschmückt hatte. Gerhard Turowski mahnte in seinem geistlichen Wort, dass der Staatshaushalt ausgeglichen sein müsse. Man sollte nicht so viel Geld ins Ausland überweisen. Diese Aussage begründete er mit dem Bibelwort „Ihr könnt nicht fortdienen dem Mammon. Sei ein Vorbild in Wort und Wandel“. Schröder berichtete auch vom Seminar des Deutsch-Europäischen Bildungswerks in Königsberg, bei dem die Teilnehmer auch einen Besuch in der evangelisch-lutherischen Propsteikirche machten und sich dabei mit Propst Vieweg zum Gebet am Gedenkstein für die von 1945 bis 1948 verstorbenen Kinder versammelten und Blumen niederlegten. Er erinnerte ferner an die Einführung der Schulpflicht durch Friedrich den Großen und das Manifest vor 250 Jahren durch Zarin Katharina II. 1763 kamen viele deutsche Auswanderer nach Russland.

Anni Oest grüßte die Geburtstagskinder mit dem Gedicht „Über das gute Wort“. Dieter Leitner (BdD) berichtete zunächst über die Unterrichtsmöglichkeiten in Ostpreußen zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Im Sommer wurde oft nicht unterrichtet und im Herbst war wegen der Kartoffelernte keine Schule. Dann referierte er ausführlich über die Konvention von Tauroggen, die der preußische General Yorck auf eigene Faust mit dem russischen General Diebitsch abschloss. Sie bewirkte, dass das Hilfskorps, das Preußen im russischen Feldzug für Napoleon gestellt hatte, sich für neutral erklärte. Dieser Schritt gab einen erheblichen Anstoß zur preußischen Volkserhebung von 1813. – Hannelore Neumann las von Ruth Geede die berührende Geschichte „Da wächst der Kalmus, er riecht so schön“. Eine Erzählung aus unbeschwerten Kindertagen, die in der Ferne leuchtete. Das aus der Pflanze gewonnene ätherische Öl, dient als Magenmittel, Likör- und Arzneizusatz.

Dillenburg – Bericht von der letzten Monatsversammlung – Bernd Hülshauer berichtete über eine Busreise im Juni 2010 nach Westpreußen, die auch nach Nord- und Südostpreußen führte, worüber er bei der nächsten Monatsversammlung erzählen wird. Er hat auf der ganzen Fahrt viel fotografiert und zeigte diese Bilder, die er dann erläuterte. Los ging es in Wetzlar, über Braunschweig-Magdeburg-Berlin-Frankfurt/Oder, an Posen vorbei bis Gnesen und weiter nach Danzig. Diesen Reiseweg zeigte Kohlhauer an einer großen Karte. An der polnischen Grenze zeigte er die Wechselstube, wo man damals für einen Euro vier Zloty bekam. 100 Kilometer weiter blieb der Bus mit einer Panne liegen; die Zwangsunterbrechung dauerte etwa drei Stunden, bis ein Ersatzteil gebracht wurde, so dass die Reisegruppe mitten in der Nacht erst in Gnesen ankam. Gnesen hat zirka 52 000 Einwohner und eine große Eisen- und Agrar-Industrie. Hier sahen die Anwesenden zuerst den

Landsmannschaftl. Arbeit Fortsetzung auf Seite 17

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

großen Marktplatz, auf dem früher Pferdemarkt abgehalten wurde, und ein Standbild des heiligen Adalbert von Prag, der die heidnischen Pruzzen christianisierte und im Jahre 997 bei Tenkitten im Samland ermordet wurde. Die Pruzzen selber wurden von 1231 – 1283 vom Deutschen Ritterorden fast völlig ausgerottet. Dann folgte eine Luftaufnahme der Danziger Bucht mit Frischer Nehrung und Frischem Haff. Bei der Führung durch Gnesen am nächsten Tag wurden noch einmal der große Marktplatz und Schrein und Statue des hl. Adalbert gezeigt. Bei der Weiterfahrt folgten Bilder vom großen Weichselhochwasser im Sommer 2010. In Danzig waren die Reisenden im Hotel Mercure untergebracht. Vom Hotelfenster aus hatten Kohlhauers einen schönen Blick über die Dächer der Stadt auf die Katharina-Kirche. Dann folgten Aufnahmen von der Führung durch die Altstadt, vom Jachthafen an der Mottlau, vom Krantor an der Langen Brücke, vom Grünen Tor, dem Eingang zur Altstadt und dem Goldenen Tor. Die Anwesenden sahen die Langgasse und den Langen Markt mit seinen schönen Häuserfassaden, der früher einmal oval war und an dem das Rechtsstädtische Rathaus mit seinem hohen Turm steht. Von dort oben fotografierte Kohlhauer die Stadt aus der Vogelperspektive. Außerdem sah die Gruppe den Artushof mit dem Neptunbrunnen davor, das Zeughaus, den Stockturm, das Fahrenheit-Denkmal, die Frauengasse mit den schönen Beischlägen und die Brodbänkengasse, an deren Ende die große Marienkirche steht, die alles überragt. Der polnische Reiseführer hieß übrigens Siegfried, war von Beruf Arzt und hatte blonde Haare und strahlend blaue Augen.

Danzig war am Ende des Krieges zu 90 Prozent zerstört, teils durch den Beschuss vor der Einnahme, teils durch Sprengung ganzer Straßenzeilen durch die Russen. Die Polen, die im Sommer 1945 die Stadt übernahmen, waren bewandert im Restaurieren alter Städte wie Warschau, das ja auch zum großen Teil zerstört war, und bauten in Danzig die Fassaden der alten Häuser nach alten Fotos, Postkarten und Stichen wieder auf; dahinter sind die Häuser oft modern eingerichtet. Zu den meisten Bildern, die Kohlhauer zeigte, konnten einzelne Gruppenmitglieder noch genauere Erläuterungen abgeben, da die meisten schon in Danzig gewesen waren. Den Vortrag beendete ein Bild vom Sonnenuntergang über der Danziger Bucht.

Die nächste Monatsversammlung findet am Mittwoch, dem 30. Oktober um 15 Uhr im Café Ekkstein in Dillenburg, Königsberger Straße, statt. Dann wird Bernd Kohlhauer über die Fortsetzung der Ostpreußenreise berichten, wo die Orte Rastenburg, Nikolaiken und Heiligelinde in Masuren, sowie die Städte Königsberg, Rauschen, Palmnicken, Cranz und Rossitten besucht wurden. Gäste sind wie immer herzlich willkommen.

Wetzlar – Montag, 14. Oktober, ab 18 Uhr, Wetzlarer Grillstuben, Stoppelberger Hohl 128: Kulturbeauftragte Karla Weyland spricht im Rahmen des Erntedankfestes über die Bedeutung der Störche in Natur und Literatur.

Wiesbaden – Donnerstag, 24. Oktober, 12 Uhr, Gaststätte Haus Waldlust, Ostpreußenstraße 46, Wiesbaden-Rambach (ESWE-Busverbindung Linie 16 bis Haltestelle Ostpreußenstraße): Stammtisch. Serviert wird „Falscher Hase“. Es kann auch nach der Speisekarte bestellt werden. Wegen der Platz- und Essensdisposition bitte unbedingt anmelden bis spätestens 18. Oktober bei Irmgard Steffen, Telefon (0611) 844938. – **Erntedankfest am 28. September** – Durch Spenden heimischer Bauern und Gärtnereien war der Erntetisch bunt und reichhaltig geschmückt. Von den Erntegaben konnte jeder am Schluss etwas mit nach Hause nehmen. „Der heutige Tag ist in unserer Heimat auch von Bedeutung“, sagte der Vorsitzende Dieter Schetat bei der Begrüßung der Gäste, „denn in Trakehnen [Jasnaja Poljana] soll die berühmte Pferdestatue ‚Tempelhüter‘ wieder aufgestellt werden.“ Allerdings als Bronzekopie und auch nicht auf dem angestammten Platz vor der einstigen Gestütsverwaltung, die jetzt als Schule dient, sondern vorübergehend vor der Gaststätte „Alte Apotheke“. Sobald das neue Schulgebäude fertig ist, wird der „Tempelhüter“ wieder auf dem Originalsockel zu sehen sein. Das Datum 28. September ist nicht zufällig gewählt, denn am selben Datum des Jahres 1932 wurde die Originalstatue vor der Gestütsverwaltung eingeweiht. – Erinnerungen an Erntedank in der Heimat durchzogen die Feier, so in den Rezitationen von Christa Gintaut „Gedanken zum Erntedankfest“ und dem geistlichen Volkslied „Das Feld ist weiß“ von Bernhard Rostock (Postkowski), das er 1738 in Masuren verfasste. Das eindrucksvolle Gedicht vom alten „Kruschkebaum“, der der ostpreußischen Mundartdichterin Ingrid Koch oft im Traum erschien, trug Lieselotte Paul vor. Mit den Versen von Gert O. E. Sattler „Ostpreußisches Bauernbrot“ pries sie „das Landbrot der Heimat, das so schmeckt wie keins“. Ein Rückblick an Bilder aus Kindertagen „mit der frisch gemähten Felder Duft im Klang der Abendglocken“ war der Beitrag „Erntezeit daheim“ (Charlotte Kleemann Joppie). Den Mittelpunkt der Erntefeier bildete die besinnliche Ansprache von Stadtpfarrer Dr. Holger Saal. Der Frauenchor unter Leitung von Liesl Zekert umrahmte das Programm mit vier Herbst- und Erntezeitliedern. Zudem erklangen gemeinsam gesungen „Bunt sind schon die Wälder“ und „Es dunkelt schon in der Heide“ und zum Ausklang der Feier das „Ostpreußenlied“. Der Vorsitzende dankte allen Spendern und fleißigen Helfern, die zum Gelingen dieser gut besuchten Veranstaltung beigetragen hatten.

Reich geschmückt: Erntetisch der Gruppe Wiesbaden Bild: privat

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch im Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Buxtehude – Freitag, 18. Oktober, 15 Uhr, Inselrestaurant: Kulturveranstaltung des BdV-Kreisverbands Stade unter dem Motto **„Vom Glatzer Land zum Ostseestrand“**. Heiteres und Besinnliches über die Heimat, dazu viel Musik. Unkostenbeitrag für Eintritt und Kaffeegedeck 10 Euro. Um Anmeldung bei Familie Wander, Telefonnummer (04161) 87918, wird gebeten.

Osnabrück – Freitag, 18. Oktober, 15 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Treffen der Frauengruppe. – Dienstag, 22. Oktober, 16.45 Uhr, Hotel Ibis, Blumenhaller Weg 152: Die Gruppe trifft sich zum Kegeln.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@ Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Landesgruppe – Die diesjährige Herbsttagung der Landesgruppe findet am 19. Oktober in Oberhausen, Haus Union, Schenkendorfstraße 13, statt. Beginn: 10 Uhr. Der Vorstand der Landesgruppe lädt Landsleute, Jugend und Freunde Ostpreußens sehr herzlich ein und hofft auch bei dieser Tagung auf regen Besuch wie in den Jahren zuvor. Wir können Ihnen versichern, dass wir auch zu dieser Tagung sehr interessante Referenten eingeladen haben. Es lohnt sich, zu kommen. Außerdem wird auf der Tagung die kleine Broschüre von Herrn Schultze-Rhonhof „Danzig und Ostpreußen zwei Kriegsanlässe 1939“ angeboten. Machen Sie auch davon Gebrauch.

Bielefeld – Donnerstag, 17. Oktober, 15 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock, 33602 Bielefeld: Literaturkreis.

Dortmund – Montag, 21. Oktober, 14.30 Uhr, Ostdeutsche Heimatstuben, Landgrafenschule, Ecke Märkische Straße: Treffen der Gruppe.

Düsseldorf – Montag, 14. Oktober, 18 Uhr, GHH/Konferenzraum: Vortrag und Buchvorstellung von Dr. J. Koralka und Johannes Hoffmann „Nicht nur die Ruhrpolen. Tschechen im Rheinland und Westfalen seit dem späten 19. Jahrhundert“. – Mittwoch, 16. Oktober, 19 Uhr, GHH/Eichendorffsaal: Vortrag und Gespräch mit Botschafter a. D. Frantisek Cerny „Reizende Nachbarn? Zum aktuellen Stand der deutsch-tschechischen Beziehungen“. – Donnerstag, 17. Oktober, 8.30 Uhr: Tagesfahrt nach Bochum mit Stadtführung, Eisenbahnmuseum und Stiepeler Dorfkirche. – Donnerstag, 17. Oktober, 19 Uhr, GHH/Konferenzraum: Vortrag von Professor Bernhard Kroener „Diese Schlacht wird über das Schicksal Europas entscheiden“ – 200 Jahre Völkerschlacht 1813–2013. – Dienstag, 22. Oktober, 19 Uhr, GHH/Eichendorffsaal: Vortrag von Professor Hans Meier „Wider den Ungeist des Hasses, der Feindschaft und des Revanchismus“. Vertreibung und Versöhnung und ethische Erwägungen – 60 Jahre Bundesvertriebenengesetz, Teil 1. – Sonnabend, 26. Oktober, 15 Uhr, GHH/Eichendorffsaal: Ostdeutsches Erntedankfest.

Ennepetal – Sonnabend, 12. Oktober, 16 Uhr, Rosine: Erntedankfest. – Donnerstag, 17. Oktober, 18 Uhr, Heimatstube: Monatsversammlung mit kleinem Imbiss.

Essen – Freitag, 18. Oktober, 15 Uhr, Gastronomie St. Elisabeth; Dollendorfstraße 51, 45144 Essen: Erntedankfest.

Köln – Dienstag, 15. Oktober, 14.30 Uhr, Tempelstraße 41–43: Die Ostpreußenrunde trifft sich im Bürgerzentrum Köln-Deutz zur monatlichen Versammlung. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurden folgende Mitglieder gewählt: Vorsitzender Meinhard Staar, Stellvertrertretende Vorsitzende Dorothea Taruttis und Kassenwart Hartmut Gramoll. Für die Protokollführung und den Pressedienst stellte sich Mitglied Günter Donder zur Verfügung. Die Änderung der bestehenden Satzung kann im Protokoll eingesehen werden.

Siegen – Bericht zum Tag der Heimat – Die Veranstaltung in Siegen-Weidenau wurde auch von den ältesten Mitgliedern Johanna Rohde (früher Heiligenbeil) und Thilde Utikal geb. Dittmann (früher Königsberg/Pr.) besucht. Der Vorsitzende, Herr Thomas (BdV-Siegen), und Herr Schiffmann, sowie Landrat Herr Breuer sprachen Grußworte. Der Vorsitzende, Herr Olbrich, beteiligte sich mit einem humoristischen Beitrag aus Ostpreußen am Programm. Weiterhin erfreute eine ostdeutsche Trachten-Tanzgruppe mit ihren Einlagen und Irene Fischer mit schlesischen Mundart-Beiträgen. Der Hauptredner, Tobias Körfer, referierte über die Arbeit der deutschen Vereine in den Vertreibungsgebieten und warb um Unterstützung. Die Kreisgruppe war mit einer kleinen heimatlichen Bücherausstellung im Foyer der Bismarckhalle vertreten. Der Kulturwart verteilte Werbe-Exemplare der *PAZ*. Eine ostdeutsche Fahnenstaffel war bei der Veranstaltung vertreten. Weiterhin konnte der Kulturwart Schneidewind von einer Dame aus dem Frankenland zirka 35 west- und ostpreußische Städtewappenschilder in Empfang nehmen. Auf diesem Wege vielen Dank an Frau Grätzner in Nürnberg und Ute Vollmer von der Landsmannschaft in Hamburg. Diese Wappenschilder fotokopierte Klaus Schwittay in 58566 Kierspe Fliederstraße 39, Telefon (02359) 6001, und bietet Farbkopien gegen Selbstkosten-Preis für Mitglieder. Sehr schön geeignet sind diese Wappenschilder eingerahmt als Wandschmuck. Bei Interesse bitte bei Herrn Schwittay nachfragen, welche Städtewappen vorhanden sind. Die humanitären Hilfen (Pakete und Geldspenden) sind inzwischen von allen Empfängern in Ostpreußen bestätigt worden. Für die Advents- und Weihnachtszeit sollen erneut einige Landsleute in den Vertreibungsgebieten als Zeichen der Verbundenheit bedacht werden. Diese Landsleute sind zum Teil wichtige Verbindungspersonen in den Heimatgebieten. Im Siegerland/Sauerland reichen sich Sitte und Brauchtum die Hände, Ende September wurde des „Michaelistags“ gedacht, einst Termin für laufende Miet- und Zinszahlungen, erinnerte man sich an die kühler und kürzer werdenden Tage mit dem überlieferten Ausdruck „Sankt Michael zünd die Lampe an“. In Siegen gibt es auch eine Michaels-Kirchen-Gemeinde mit vielen heimatvertriebenen Gemeindemitgliedern.

Wesel – Sonnabend, 12. Oktober, 17 Uhr, Heimatstube, Kaiserring 4: Die Gruppe lädt herzlich zu ihrem traditionellen **Erntedankfest** ein. Verschiedene Darbietungen mit der beliebten Tombola stehen auf dem Programm. Für das leibliche Wohl, dem „Ernteschmaus“, ist ebenfalls gesorgt. Anmeldungen bei Paul Sobotta, Telefon (0281) 45657, oder Ursula Pahr, Telefon (0281) 4426237.

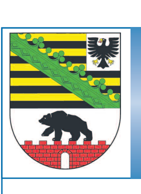
Witten – Montag, 21. Oktober, 15 Uhr, Evangelisch-Lutherische Kreuzgemeinde, Lutherstraße 6–10: Die Gruppe feiert gemeinsam mit der LM Pommern Erntedank.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Mainz – Jeden Freitag, 13 Uhr, Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz: Treffen der Gruppe zum Kartenspielen. – Freitag, 25. Oktober, 14 Uhr, Bahnhofsplatz 2: Besuch der Schiffsmühle in Ginsheim. Mit Einkehr. Abfahrt des Busses Linie 54 um 14.10 Uhr.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Bauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Dessau – Montag, 14. Oktober, 14 Uhr, Krötenhof: Erntedankfest.

Gardelegen – Freitag, 18. Oktober, 12 Uhr, Gaststätte Zum Krug, Weteritz: Erntedank- und Schlachtefest mit Programm.

Magdeburg – Sonntag, 13. Oktober, 14 Uhr, Sportgaststätte Post, Spielhagenstraße: Erntedankfest mit Hausschlachte-Essen. – Freitag, 25. Oktober, 15 Uhr, Sportgaststätte des TuS Fortschritt, Zielitzer Straße: Treffen des Singekreises.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Mölln – Mittwoch, 23. Oktober, 15 Uhr, Quellenhof: Treffen der Gruppe. Die Veranstaltung steht dieses Mal unter dem Motto Bessarabien. Probst Herr Horning, der aus Bessarabien stammt, wird einen Videofilm aus seiner Heimat zeigen und einen Vortrag über die Geschehnisse in diesem Land halten. Bessarabien liegt am Schwarzen Meer, heute aufgeteilt unter Moldau und der Ukraine. Die Bessarabiendeutschen waren eine deutsche Volksgruppe, die zwischen 1814 und 1940 dort lebte. Ende 1940 erfolgte die Umsiedlung nach Deutschland unter dem Motto „Heim ins Reich“. Dieser Vortrag von Herrn Probst Horning wird bestimmt interessant wer-

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

den, da er auch Zeitzeuge ist. Über einen zahlreichen Besuch würde die Landsmannschaft sich freuen.

Pinneberg – Sonnabend, 19. Oktober, 11 Uhr, Restaurant Mondea, Mühlenstraße 70 d: Preußische Tafelrunde mit Essen. Vortragsthema ist „Bismarck, ganz privat". Referent Heinz Lellek.



THÜRINGEN

Vors.: Edeltraut Dietel, August-Bebel-Straße 8 b, 07980 Berga an der Elster, Tel. (036623) 25265.

Eisenach – Dienstag, 15. Oktober, 14.30 Uhr, Rot-Kreuz-Weg 1: Heimatnachmittag der Gruppe Ost- und Westpreußen.

Meiningen – Freitag, 25. Oktober, 14 Uhr, „Wolkenlos": Heimatnachmittag der Ost- und Westpreußen mit Erntedankfest.

Mühlhausen – Montag, 14. Oktober, 14 Uhr, Volkssolidarität: Treffen der Heimatgruppe Königsberg. – Mittwoch, 16. Oktober, 10 Uhr: Treffen der Heimatgruppe Ermland in Mühlhausen zur Wanderung.

Ostpreußisches Landesmusdeum

Sonderführung, Sonntag, 13. Oktober, 15 Uhr: **Impressionen aus Masuren und Krakau.** Führung durch die Sonderausstellung im Ostpreußischen Landesmuseum mit der Kuratorin Gudrun Jakubeit und den Teilnehmern der Malreisen.

Das Landesmuseum Lüneburg unternimmt regelmäßig Mal- und Kulturreisen für alle Kreativen und Kunstinteressierten, die die Kultur des ehemaligen Ostpreußen kennenlernen wollen. Die Ergebnisse aus zwei Malreisen nach Masuren und Krakau werden in einer Ausstellung präsentiert. Eintritt 4 Euro.

Ostpreußisches Landesmuseum, Ritterstraße 10, 21335 Lüneburg. Telefon (04131) 7599-50.

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben

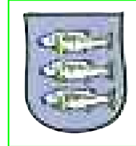


ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101.

Führungsspitze wiedergewählt

Der Angerburger Kreisvertretung (Delegiertenversammlung) werden in der Wahlperiode 2015–2017 nur 27 Mitglieder angehören, weil sich nur 27 Heimatfreunde für eine Mitarbeit in der Kreisvertretung zur Verfügung gestellt haben und somit die Höchstzahl von 30 Kandidaten nicht erreicht wurde. Nach unserer Satzung gelten daher die vom Vorstand vorgeschlagenen Kandidaten als gewählt. Zu den wichtigsten Aufgaben der Kreisvertretung gehört unter anderem die Wahl des Vorstandes, der für eine Amtszeit von zwei Jahren zu wählen ist. Die Geschicke der Kreisgemeinschaft Angerburg e. V. in Rotenburg/Wümme werden auch in den nächsten zwei Jahren von Kurt-Werner Sadowski geleitet. Er wurde auf der 64. ordentlichen Sitzung der Angerburger Kreisvertretung im großen Sitzungssaal des Rotenburger Kreishauses einstimmig im Amt bestätigt. Ebenso Susanne Hagen und Brigitte Junker zu stellvertretenden Vorsitzenden (Kreisvertreterinnen). Auch die weiteren Mitglieder des Vorstandes, Erich Kerwien, Heinz-Wolfgang Malessa und Eberhard Steinke wurden in ihren Ämtern einstimmig bestätigt. Lediglich Arno Rosin, dem auch an dieser Stelle für seine Arbeit zu danken ist, hatte auf seinen Sitz in der Kreisvertretung und auf eine Kandidatur für ein Vorstandsamt aufgrund seiner schweren Erkrankung verzichtet. Für ihn wurde Günther Kuhn neu in den Vorstand gewählt und wird wie bisher die Kreiskartei führen. Für die Position als Kassenprüfer stellten sich Günter Büttner und Georg Malz erneut zur Verfügung. Zuvor hatten die Kassenprüfer der Schatzmeisterin für das Geschäftsjahr 2012 eine einwandfreie Kassenführung bescheinigt und die Entlastung des Vorstandes und der Schatzmeisterin beantragt, die von der Kreisvertretung erteilt wurde. Alles in allem war es eine harmonisch verlaufene Sitzung der Angerburger Kreisvertretung, an der als Gast Landrat Hermann Luttmann teilnahm und die Angerburger herzlich begrüßte. Für die CDU/FDP-Gruppe sprach Heinz-Günter Bargfrede ein Grußwort. Eingeleitet wurde die Sitzung mit einem Gedenken mit Kranzniederlegung am Patenschaftsstein im Amtshofpark des Kreishauses. Worte des Gedenkens sprach Pfarrer i. R. Gerhard Morchel.



LÖTZEN

Kreisvertreter: Dieter Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, Fax: (040) 60890478, E-Mail: KGL.Archiv@ gmx.de

Der besondere Tag

Es gibt sie – Märchen aus Ostpreußen! Nur – wer kann sie heute noch erzählen? Mit Angelika Rischer, eine der besten Erzählerinnen des Märchenforums Hamburg, kommt am 19. Oktober eine „Märchenfrau" in das Lötzener Heimatmuseum in Neumünster, die einfühlsam und in der ihr ganz eigenen Art eine Auswahl aus der Vielfalt ostpreußischer Märchen vorstellen wird. Beginn der Märchenstunde um 16.15 Uhr. Möglichkeit zur Besichtigung der Lötzener Ausstellung in der Sudetenlandstraße 18 h (Böcklersiedlung) von 10 bis 16 Uhr. Eintritt frei.

Alle Seiten »Heimatarbeit« finden Sie auch im Internet

TILSIT-RAGNIT

Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Windeck, Telefon (02243) 2999, Fax (02243) 844199. Geschäftsstelle: Eva Lüders, Telefon/Fax (04342) 5335, Kührenerstraße 1 b, 24211 Preetz, E-Mail: Eva.lueders @ arcor.de.

Betty Römer-Götzelmann – Eine Würdigung

Das Nachbarschaftstreffen in Soest Anfang Oktober dieses Jahres war die letzte Veranstaltung unserer Kreisgemeinschaft, die Betty Römer-Götzelmann in ihrer Eigenschaft als Kirchspielvertreterin von Rautenberg wahrnahm. Den wenigen verbliebenen Mitgliedern ihres Kirchspiels aber und vor allem der von ihr betreuten größeren Zahl von Angehörigen einer Schulgemeinschaft wird sie weiterhin Kris-tallisationspunkt bleiben und für sie Wiedersehensveranstaltungen organisieren.

Die Mitglieder des Kreistages bedauern Bettys Ausscheiden sehr, zumal sie mit ihr ein Stück unverwechselbaren ostpreußischen Naturells verlieren. Wie andächtig hörten ihr die Versammelten zu, wenn sie ostpreußische Geschichten, vorwiegend selbst verfasst, in heimatlicher Mundart vorlas. In ihren zahlreichen Veröffentlichungen spiegelt sich bestes ostpreußisches Landleben wider, so wie sie es als Mädchen in einer heilen Umgebung erleben durfte. Aber auch schlimme Erlebnisse als Folge des Krieges blieben ihr nicht erspart, und auch solches brachte sie lesenswert zu Papier. Dabei scheint Betty geborgen von einer inneren Fröhlichkeit und einem Optimismus, welch beides sie harte Schicksalsschläge tapfer ertragen lässt. Etwa 13 Jahre lang brachte Betty sich innerhalb der Kreisgemeinschaft für unsere Landsleute ein. Dafür danken ihr die Mitglieder des Kreistages und wünschen ihr für die Zukunft alles Gute. *Dieter Neukamm*

Deutsch-russische Gedenkfeier in Brakupöhnen

Pfarrer Martin Lipsch aus Solingen berichtet von der deutsch-russischen Gedenkfeier auf dem Heldenfriedhof Brakupöhnen bei Gumbinnen: „Den ganzen August war ich im Königsberger Gebiet. Eine Woche machte ich die Pfarrervertretung in der Gemeinde in Heinrichswalde, drei Wochen in der Gemeinde in Gumbinnen. Es war mir eine besondere Freude, in der Heimat meiner Väter als Pfarrer dienen zu können. Mitte August kam die Einladung von der Stadt Gumbinnen [Gusew] an die dortige Evangelische Kirchengemeinde, anlässlich des 99. Jahrestages der Schlacht bei Gumbinnen auf dem Heldenfriedhof in Brakupönen teilzunehmen. Gerne könne ein Vertreter der Gemeinde auch eine Ansprache halten. Da ich die Pfarrervertretung innehatte, kam ich so zu der Ehre, erstmals im Königsberger Gebiet bei einer öffentlichen Gedenkfeier zu Russen sprechen zu dürfen. Die Erinnerung an den Ersten Weltkrieg ist bei uns in Deutschland völlig verschwunden; durch den Zweiten Weltkrieg und seine Folgen ist der Erste Weltkrieg ganz in Vergessenheit geraten und aus dem öffentlichen Bewusstsein verschwunden. In Russland scheint dies noch anders zu sein.

Ich habe in der Bundesrepublik schon an vielen Gedenkfeiern am Volkstrauertag teilgenommen; manchmal hatte ich den traurigen Eindruck, dass dieser Tag für viele nur noch eine lästige Pflicht ist, ohne innere Anteilnahme, ohne die Bereitschaft, Zeit und Arbeit in die Vorbereitung einer Gedenkfeier an diesem Tag zu investieren. So eine feierliche, würdige Gedenkfeier wie in Brakupönen am 25. August 2013 habe ich in Deutschland leider noch nie erlebt. Eine Abordnung der Baltischen Flotte und des Russischen Heeres, Veteranen des Zweiten Weltkrieges, Mitglieder von Vereinen, die historische Schlachten nachspielen in deutschen und russischen Uniformen des Ersten Weltkrieges, die Spitzen der Stadt Gumbinnen, der Kulturministerin der Gebietsregierung in Königsberg, Bürger aus Brakupönen und Gumbinnen, viele Vertreter von Presse und Fernsehen, drei deutsche Mitarbeiter des Volksbundes Kriegsgräberfürsorge, der orthodoxe Geistliche aus Stallupönen [Nesterow] und ein kleiner Kirchenchor – sie alle kamen bei herrlichem Sommerwetter auf diesem Friedhof zusammen. Noch nie war ich persönlich so bewegt bei einer Gedenkfeier auf einem Soldatenfriedhof wie an diesem Tag. Der orthodoxe Geistliche sprach ein Totengebet, der Chor hat feierlich gesungen, der Bürgermeister von Gumbinnen fand gute Worte, der Trauermarsch von Chopin und die russische Nationalhymne wurden gespielt und wir hielten eine Schweigeminute, bei der ein Metronom im Sekundentakt geschlagen hat. Und dann durfte ich auch noch auf Russisch zu Russen sprechen, erstmals außerhalb einer Kirche! Sehr dankbar bin ich dafür, dass wir gemeinsam unser Toten gedenken und uns vereinen in dem Wunsch, dass Deutsche und Russen als gute Nachbarn vertrauensvoll miteinander leben und dem Frieden in Europa dienen."



Soldatenfriedhof in Brakupöhnen: Martin Lipsch (M.) hält eine Ansprache Bild: privat

Ansprache von Pfarrer Lipsch

Am 25. August hielt Pfarrer Martin Lipsch auf dem Heldenfriedhof in Brakupönen [Kubanowka] anlässlich des 99. Jahrestages der Schlacht von Gumbinnen

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 19

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 18

„Zuerst möchte ich sagen: herzlichen Dank für die Einladung, an dieser Gedenkveranstaltung teilzunehmen. Es ist für mich eine Ehre und ich bin sehr erfreut, dass ich zu Ihnen sprechen darf. Als Deutscher, als evangelischer Pastor. Ich heiße Martin Lipsch und bin evangelischer Pastor in Deutschland, in der Nähe von Düsseldorf. Dieses Land hier ist die Heimat meiner Vorfahren, mein Großvater war Bauer in der Nähe von Ragnit [Neman]. Das Bernsteinland ist für mich wie eine zweite Heimat. Diesen August arbeite ich als Urlaubsvertretung der Pastorin in Gusew. Es ist für mich eine besondere Freude, in der Heimat meiner Väter als Pastor dienen zu dürfen. Heute sind drei Deutsche unter uns anwesend. Gerhard Jaske, Rudi Henckel und Horst Richardt. Sie dienten als Soldaten in Deutschland. Als Pensionäre pflegen sie hier die Gräber russischer und deutscher Soldaten des Ersten Weltkrieges. Das ist ihre Berufung, unentgeltlich, als Freiwillige. 18 Mal waren sie schon hier im Kaliningrader Gebiet. Dieser Dienst ist für sie Arbeit im Namen des Friedens. Diese drei Männer wollen Ihnen sagen: Vielen Dank – für die Unterstützung, für die Wertschätzung dieses Dienstes. Im nächsten Jahr wollen sie hierher zurückkehren, um hier wieder im Namen des Friedens zu arbeiten.

Ich möchte einige ganz persönliche Worte an Sie richten. Heute denke ich an meinen Uropa. Er ist gefallen als Unteroffizier am ersten Tag der Schlacht bei Tannenberg. Er fiel vor der Geburt seines Sohnes, meines Opas. Nie konnte er Vater und Großvater werden. Genauso ist es vielen Russen ergangen. Ich frage mich: Wozu – diese gewaltigen Opfer an Menschenleben im Ersten Weltkrieg? Gemeinsam trauern wir um unsere Toten. Deutsche und Russen. Gemeinsam halten wir die Gräber der Gefallenen in Ehren. Gemeinsam haben wir die Sehnsucht: Nie wieder Krieg, nie wieder Misstrauen zwischen den Völkern Europas. Gemeinsam träumen wir von einem Europa ohne Grenzen, wo niemand mehr ein Visum braucht, um von Berlin nach Kaliningrad oder von Gusew nach Goldap zu reisen. Wir als Deutsche und Russen wollen gute Nachbarn sein, die zueinander Vertrauen und Achtung haben. Ein Patriot, er liebt sein Vaterland – und er achtet auch den Patriotismus anderer Völker. Ein echter Patriot, er blickt nicht auf andere Völker herab oder verachtet sie. Diese Einstellung, sie ist eine gute Einstellung für alle, die im Namen des Friedens arbeiten wollen. Danke für Ihre Aufmerksamkeit.“



TILSIT–STADT

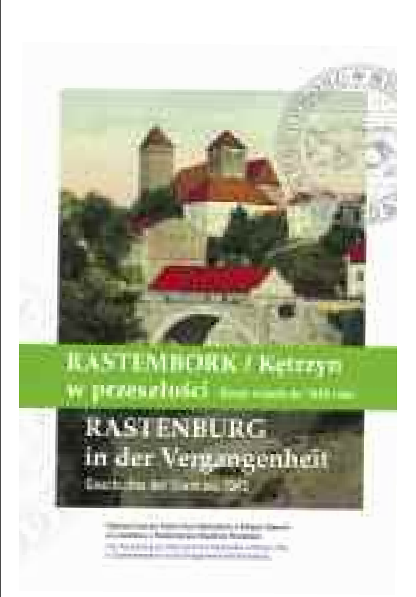
Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz, E-Mail: info@ tilsit-stadt.de.

Stadtvertretung wählt neuen Vorstand

Auf der Jahresversammlung in Soest trat die gewählte Stadtvertretung in ihre neue Legislaturperiode ein. Sie besteht aus 18 Mitgliedern (in alphabetischer Reihenfolge): Günter Balschuweit, Suhl; Siegfried Dannath-Grabs, Dresden; Hans Dzieran, Chemnitz; Erwin Feige, Chemnitz; Reinhold Gawehn, Königslutter; Manfred Gesien, Solingen; Dr. Eitel Hölzler, Halle/S.; Sebastian Holzner, Eibelstadt; Egon Janz, Worpswede; Vera Jawtusch, Remagen; Ingolf Koehler, Heikendorf; Valentina Manthey, Witten; Waltraud Milde, Itzehoe; Gerhard Pfiel, Potsdam; Alfred Pipien, Hannover; Karla Rintschenk, Hamburg; Irmgard Steffen, Wiesbaden; Manfred Urbschat, Cottbus. Die Stadtvertretung wählte gemäß Paragraf 7, Absatz 3 a der Vereinssatzung den neuen Vorstand. Ihm gehören an: Hans Dzieran als Vorsitzender, Manfred Urbschat als Geschäftsführer, Manfred Gesien als Schatzmeister, Erwin Feige und Siegfried Dannath-Grabs als Beiräte.

Bedeutung Rastenburgs

Begleitband zur Ausstellung in Ellingen erzählt Geschichte



Zwischen den Flüssen Weichsel, Memel und Narew lebten im 10. Jahrhundert die Stämme der Prußen. Bis weit in das 13. Jahrhundert hinein kämpften die Prußen gegen die Polen um die Vorherrschaft in diesen Gebieten. Vom Kulmer Land aus begann der Deutsche Orden ab etwa 1230 das Land zu erobern, gründete 1234 Marienwerder sowie 1237 Elbing und errichtete Burgen in Zantir sowie Christburg.

Ein erstes Waldhaus auf dem Gebiet von Rastenburg entstand 1312 bis 1325 an Stelle der vormalig prußischen Siedlung Rast. Dies gilt als das Gründungsjahr der Stadt, die 1357 das Stadtrecht bekam und damals als wichtiger Handelsplatz und Militärstützpunkt im Kampf gegen die Litauer bekannt war. Bis heute prägen zwei Bauten aus der Ordenszeit das Stadtbild von Rastenburg: die Ordensburg und die Wehrkirche St. Georg. Im Laufe der Jahrhunderte entwickelte sich Rastenburg zu einer Kreisstadt, die 1939 etwa 20 000 Einwohner hatte und so zu den wichtigsten Städten der preußischen Provinz Ostpreußen gehörte.

Mit historischen Aufnahmen aus den Archiven der Kreisgemeinschaft entstand der reichhaltig bebilderte deutsch-polnische Begleitband zur gleichnamigen Ausstellung im Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen, der die Geschichte während der zahlreichen Polenkriege, aber auch in der Zeit der Herrschaft Napoleons aufzeigt. Die Entwicklung der Verkehrswege mit neuen Straßen ab 1835 sowie der Bau der Ostpreußischen Südbahn und weiterer Eisenbahnverbindungen um 1900 werden beschrieben.

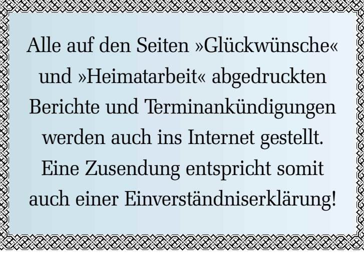
Besondere Kapitel sind der Industrialisierung gewidmet, Erwähnung findet das Landgestüt, die Schulen der Stadt und die Bedeutung als Armeestandort. Zudem gibt es einen Abriss über die Vereine und ihre damaligen Erfolge im sportlichen wie im künstlerischen Bereich. Zerstörungen im Ersten Weltkrieg, die „Ostpreußenhilfe“, die Geschichte der Kirchengemeinden und die strategische Lage im Zweiten Weltkrieg sind bis hin zu den letzten Kriegstagen genau aufgegliedert.

Durch Attentat auf Hitler: Einzug in die Weltgeschichte

Zudem ist ein Kapitel des Buches des im Rastenburger Wald während des Zweiten Weltkrieges erbauten sogenannten „Führerhauptquartiers Wolfsschanze“ gewidmet. Am 20. Juli 1944 kam es dort zu dem von Oberst Klaus Graf von Stauffenberg verübten misslungenen Bombenanschlag auf Hitler. Durch dieses Attentat ging Rastenburg in die Weltgeschichte ein.

Das 50-seitige, mit vielen farbigen historischen Abbildungen wie Zeichnungen, Gemälden, Landkarten sowie Fotografien versehene Buch wurde von Bernhard Denga grafisch bearbeitet, die Texte von Dr. Wieslaw Gogan übersetzt. Die Vorworte haben der Kreisvertreter der Kreisgemeinschaft Rastenburg, Hubertus Hilgendorff, und der Direktor des Kulturzentrums Ostpreußen, Wolfgang Freyberg, der auch die Redaktion des Werkes innehatte, geschrieben. Es enthält in handlicher Form die 48 reich illustrierten Ausstellungstafeln, die im Kulturzentrum Ellingen zusammengestellt und mit deutschen und polnischen Texten versehen wurden und welche die Geschichte der Stadt Rastenburg bis 1945, die 1946 nach dem polnischen Historiker deutscher Abstammung Wojciech Ketrzynski in Ketrzyn umbenannt wurde, zeigen. *Manfred E. Fritsche*

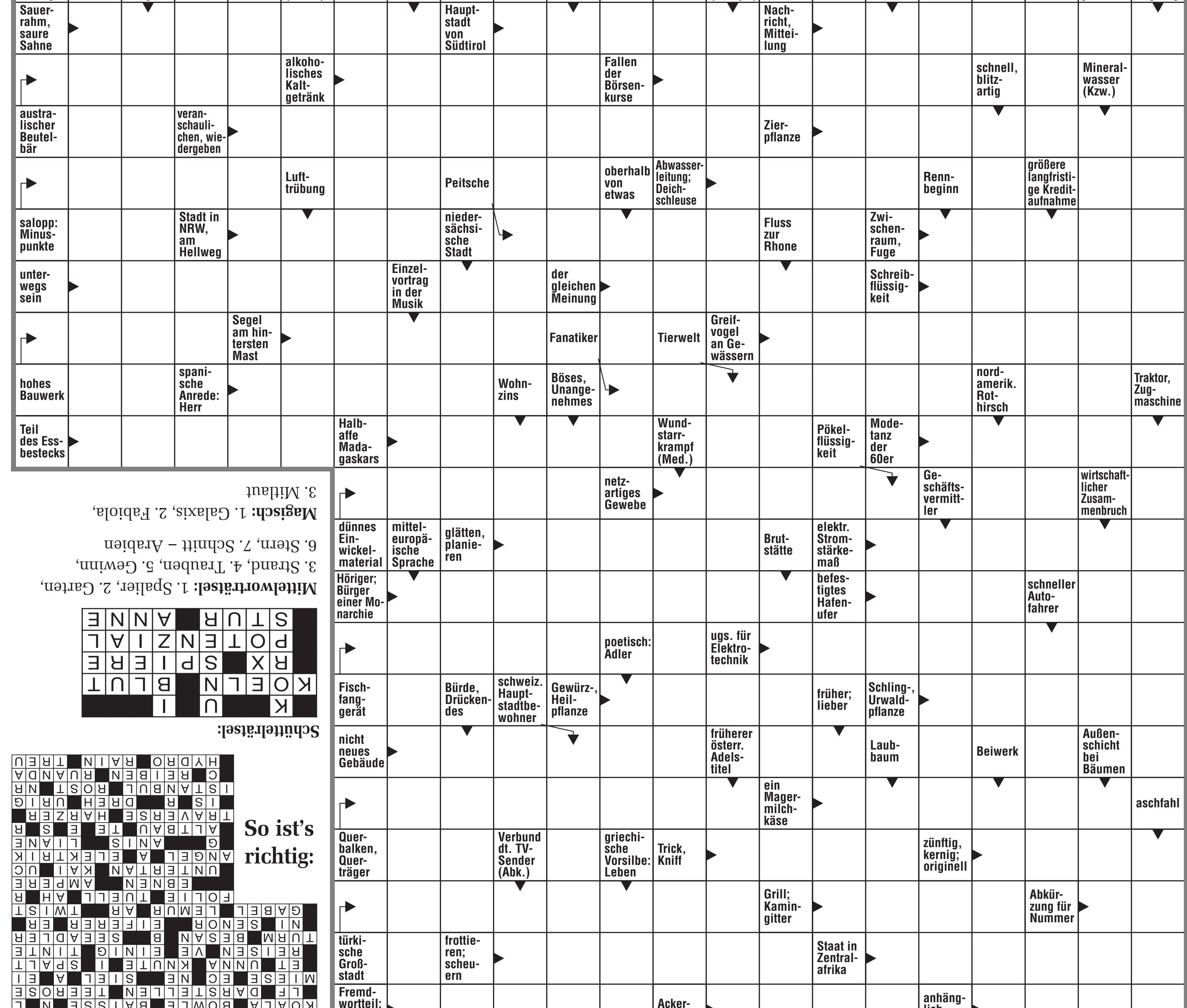
Das Buch kann über das Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen, Schloßstraße 9, 91792 Ellingen, Telefon (09141) 86440, Fax (09141) 864414 zum Preis von 4,50 Euro zuzüglich Porto und Verpackung bezogen werden.


Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

PRUSSIA

Duisburg – Sonnabend, 19. Oktober, ab 10 Uhr, „Museum Stadt Königsberg“, Johannes-Corputius-Platz 1, Eingang Karmelplatz 5, 47051 Duisburg: Der Vorstand der PRUSSIA, Gesellschaft für Geschichte und Landeskunde Ost- und Westpreußens e. V. lädt zu einer Vortragsveranstaltung ein. Die Teilnahme ist kostenfrei, Gäste sind herzlich willkommen.

Ab 10 Uhr besteht die Möglichkeit die Ausstellung des Museums zu besichtigen, eine Führung findet um 10.15 Uhr statt. Ab 11 Uhr wird Luise Wolfram zum Thema „Königsberg/Kaliningrad – die doppelbödige Stadt. Königsberg ist verschüttet unter Kaliningrad“, referieren. Insbesondere langjährige, unmittelbar vor Ort gemachte Erlebnisse und Erkenntnisse werden eindrucksvoll dargestellt. Gegen 13 Uhr werden Neuerscheinungen aus der Schriftenreihe der Gesellschaft und übergreifende Projekte von Dr. Wolfgang Rothe vorgestellt. Um 14 Uhr referiert Dr. Wolfgang Thüne im zweiten Vortrag facettenreich über das Thema „Mysterium Ostpreußen“. Dabei wird ein fundierter Einblick in historische Zusammenhänge mit Auswirkungen bis heute gegeben und Themenbereiche, welche bisher im ostpreußischen Kontext weniger Beachtung gefunden haben, zum Teil erstmalig angesprochen. Nach den Vorträgen besteht die Möglichkeit zur Diskussion/Aussprache zum Thema. Ende der Veranstaltung gegen 16 Uhr. *PAZ*



Schüttelrätsel

In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

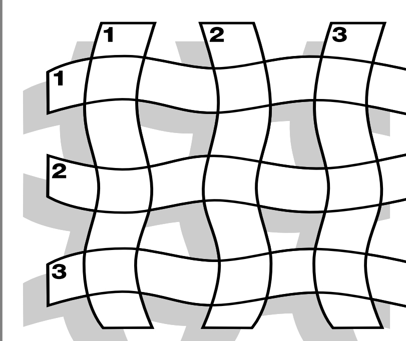
KOPRS · EOTX · ENRSU · ABIIZ · EILN · ANRU · EELT · BLTU · EKLNO · EEIPRS · AEILNOPTZ · RSTU · AENN

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung der Name einer Halbinsel Vorderasiens.

1	EHREN	OBST
2	WINTER	FEST
3	SAND	KORB
4	WEIN	ZUCKER
5	HAUPT	SUCHT
6	POLAR	SINGER
7	DURCH	LAUCH

Magisch



Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 das Milchstraßensystem
2 Königin der Belgier
3 Konsonant

»Ostpreußen lebt, weil Sie es wollen«

Rede des LO-Sprechers Stephan Grigat anlässlich des 18. Landestreffens Mecklenburg-Vorpommern in Neubrandenburg

Ostpreußen lebt! Davon geben Sie hier Zeugnis! Ostpreußen lebt, weil Sie es wollen! Ostpreußen lebt, solange es noch wenigstens einen bekennenden Ostpreußen in Gottes weiter Welt gibt!

Liebe Ostpreußen, verehrte Gäste und Freunde Ostpreußens!

Ich überbringe Ihnen die Grüße und guten Wünsche der übrigen 248000 Angehörigen der Landsmannschaft Ostpreußen, die heute nicht hier sein können, gebürtige Ostpreußen deren Kinder und Enkel sowie auf andere Weise mit Ostpreußen verbundene Menschen. Ich freue mich über den überwältigen Andrang heute, der belegt, dass die Treue zu Ostpreußen ungebrochen ist, bedanke mich für Ihr Kommen und gratuliere der Landesgruppe Mecklenburg-Vorpommern und namentlich ihrem Landesvorsitzenden Manfred Schukat!

Meine Damen und Herren, es sind heute noch einige wenige von ihnen unter uns und es ist mir ein Anliegen, Sie hier besonders zu nennen: Ich begrüße herzlich die Angehörigen der früheren Deutschen Wehrmacht. Deutsche Soldaten haben unter Einsatz ihres Lebens die Flucht hunderttausender Ostpreußen vor der roten Armee ermöglicht und dadurch deren Leben gerettet, aber dafür tausendfach ihr eigenes Leben hingegeben. Deutschland schuldet Ihnen Dank, Ostpreußen steht in Ihrer Schuld. Sie sind uns willkommen!

Wir treffen uns heute im 68. Jahr nach Flucht und Vertreibung. Wir haben uns hier zusammengefunden, um unser Bekenntnis zu Ostpreußen, unserer Heimat, der Heimat der Eltern und Großeltern zu erneuern. Wir tun dies im Bewusstsein unserer Verantwortung, unserer Verantwortung vor Gott und den Menschen, insbesondere unserer Vorfahren und Nachkommen.

Wir erinnern uns und die Welt daran, dass die Ostpreußen, die Älteren unter uns selbst, von den jüngeren die Eltern und Großeltern, 1945 und in den folgenden Jahren gegen ihren Willen mit Gewalt oder Androhung von Gewalt und unter teils grausamsten Umständen zum Verlassen der angestammten Heimat gezwungen, also vertrieben wurden, so wie ihre Schicksalsgefährten aus den übrigen Ostprovinzen des Reiches auch.

Diese Vertreibung war dem Grunde und den Umständen nach ein schweres völkermordähnliches Verbrechen. Sie ist der Grund, den wir weder vergessen noch verschweigen dürfen, dafür, dass das es unsere und die übrigen Landsmannschaften gibt. Unrecht hat in der Geschichte oft zu neuem Unrecht geführt, doch schafft früheres Unrecht, auch wenn es noch so groß war, keine rechtliche oder moralische Legitimation für neues Unrecht! Das gilt auch und gerade für die Vertreibung der Deutschen aus den Deutschen Ostprovinzen nach 1945. Und trotzdem werden in Deutschland in Bezug auf die Vertreibung der Ostdeutschen aus den früheren deutschen Ostprovinzen fast durchgängig zwei Thesen vertreten:

Erstens, die Vertreibung sei gewissermaßen die zwingende Folge des von Nazi-Deutschland begonnenen und in Polen und Russland besonders brutal geführten Krieges.

Zweitens, die Opfer unter der ostdeutschen Zivilbevölkerung seien so etwas wie eine gerechte Sühne für von Deutschen oder sogar ausdrücklich im Namen des Deutschen Reichs begangene Verbrechen.

Beide Standpunkte sind natürlich Unsinn und halten einer näheren Betrachtung nicht stand. Führten die Alliierten den Krieg nicht mit dem Anspruch, die moralisch bessere Kriegspartei zu sein? Wollten die Alliierten nicht das Recht und die Freiheit in der Welt durchsetzen und auch nach Deutschland tragen? Warum begingen sie dann selbst ein derartig scheußliches Massenverbrechen wie die Vertreibung der Deutschen? War die Vertreibung notwendig für die Kriegsführung, notwendig für die Alliierten, um den Krieg gegen Deutschland zu gewinnen? Die Antwort ist nein. Die Vertreibung fand in aller Regel deutlich nach Abschluss der Kampfhandlungen statt und hatte auf die Kriegsführung und die Kriegsergebnisse keine Auswirkungen. In West- und Mitteldeutschland kamen keine Vertreibungen oder mit den an den Ostdeutschen verübten vergleichbaren Verbrechen vor. Dass die Vertreibung schon vor 70 Jahren dem Kriegsvölkerrecht, namentlich der Haager Landkriegsordnung widersprach, ist bekannt. Es wäre also – man ist versucht zu sagen natürlich – möglich gewesen, die Ostdeutschen nicht zu vertreiben. Die Vertreibung der Ostdeutschen war ein politisches Mittel Stalins zur Durchsetzung seiner Machtansprüche in Europa, was seinem innerrussischen Politikstil aus den 20er und 30er Jahren mit Millionen russischen Opfern entsprach und diesen fortsetzte.



Landsleute aus allen Kreisen waren angereist: Einmarsch der Fahnen Bild: privat

Bleibt die Frage nach Vertreibung und Gerechtigkeit. Diese Fragestellung ist an sich bereits abwegig. Wir sind uns heute einig, dass Vertreibung immer ein Verbrechen ist. Das war 1945 offenkundig nicht der Fall – siehe das Potsdamer Protokoll. Die Deutschen aus dem Osten des Deutschen Reichs erlitten in vielfach größerem Maße Tod, Vergewaltigung, Raub und Verschleppung, als ihre Landsleute in Mittel- und Westdeutschland, der heutigen Bundesrepublik Deutschland. Trotzdem liegt auf der Hand, dass die Ostdeutschen in keiner Weise mehr Schuld am Nazi-Unrecht waren als die West- und Mitteldeutschen, die Ostpreußen nicht mehr als die Mecklenburger und die Gumbinner nicht mehr als die Neubrandenburger.

Verbrechen der Vertreibung darf weder vergessen noch verschwiegen werden

Krieg, Flucht und Vertreibung liegen nun fast sieben Jahrzehnte zurück. Sie sind – zunächst langsam und unmerklich, aber doch unaufhaltsam – Geschichte geworden. Erlebte Geschichte von noch vielen, die unter uns sind und leben. Geschichte dennoch. Geschichte, die unser Dasein geprägt hat und nachwirkt. Aber dennoch Geschichte.

Von den Tätern der damals wechselseitig begangenen Verbrechen lebt fast niemand mehr. Schuld ist immer individuell. Sie ist mit den Tätern gestorben. Auch sie ist Geschichte geworden. Die Vergangenheit bleibt uns Mahnung und Auftrag, es anders, besser zu machen.

Die vertriebenen und geflüchteten Ostpreußen und ihre Nachkommen tragen keinen Unfrieden in die Welt und keine Unruhe in ihre Heimat. Die Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen kommen nach Ostpreußen nicht, um etwas zu fordern, sondern um etwas zu geben, um gemeinsam mit den Menschen vor Ort zum Wohle des Landes, seiner Kultur und seiner Menschen zu gestalten und dafür ihr Wissen und ihre Erinnerung und ihre sonstigen Möglichkeiten einzusetzen.

Zukunft braucht Herkunft. Kaum einer hier ist in seiner Biografie ohne Ostpreußen denkbar. Ein Baum ohne Wurzeln kann nicht leben. Ein Mensch auch nicht. Selbst ein Land kann es nicht. Wir können in Ostpreußen sehen, wie das Land zu seinen Wurzeln findet, wie seine heutigen Bewohner, bereits von der prägenden Kraft Ostpreußens ergriffen, nach seiner Vergangenheit suchen.

Ostpreußen ist vielschichtig. Ostpreußen hat sich von jeher durch das Zusammenschmelzen seiner verschiedenen Bevölkerungsgruppen definiert, prußische Ureinwohner, deutsche, holländische, hugenottische, salzburgische und masowische Zuwanderer, die zu verschiedenen Zeiten aus verschiedenen Gründen in Einwanderungswellen nach Ostpreußen kamen. Das Ergebnis dieser jahrhundertelangen Entwicklung ist der Ostpreuße, der – wie die Volksabstimmung vom 20. Juli 1920 belegt – sehr deutsch dachte und fühlte, ganz egal, wer ihn gerade zu vereinnahmen versuchte.

Die Landsmannschaft Ostpreußen mit ihren Kreisgemeinschaften ist der Sachwalter dieses Ostpreußen und seines Landes. Dies sehen inzwischen auch die politischen Vertreter der jetzt in Ostpreußen lebenden Bevölkerungsgruppen so. Beleg dafür sind die engen Beziehungen zwischen der Landsmannschaft Ostpreußen und ihren Kreisgemeinschaften einerseits und polnischen und inzwischen auch russischen Kommunal- und Landespolitikern andererseits. Ein gutes Beispiel ist der Besuch von Jaroslav Sloma, Vizemarschall der Wojewodschaft Ermland und Masuren (also etwa ein Landes-Vize-Ministerpräsident), bei der Landsmannschaft Ostpreußen. Ich konnte ihn in unserer Bundesgeschäftsstelle in Hamburg begrüßen, und dort gab er der Preußischen Allgemeinen Zeitung ein Interview.

Die heute in Ostpreußen lebenden Menschen haben in ihrer großen Mehrheit schon lange verstanden, dass sich unsere Tätigkeit gegen niemanden richtet, sondern auf Ausgleich, Versöhnung und Zusammenarbeit auf dem Boden von Wahrheit und Gerechtigkeit gerichtet ist.

Wir wollen die Geschichte und Kultur Ostpreußens bewahren und entwickeln, im Sinne unserer Vorfahren und Nachkommen und auch im Sinne seiner heutigen Bewohner. Wir werden auf diesem Wege weitergehen und wünschen uns, dass möglichst viele uns dabei begleiten.

Die nächste Etappe auf diesem Weg ist unser Deutschlandtreffen der Ostpreußen in Kassel vom 16. bis 18. Mai 2014. Ich möchte Sie dort alle wiedersehen und freue mich darauf und auf ein Wiedersehen mit Ihnen dort.“ (*Ein Bericht über die Veranstaltung folgt*).

Aufrechter Preuße und Verfechter der Freiheit

Manfred Schukat erhält Ottomar-Schreiber-Plakette für außergewöhnliche Leistungen

Manfred Schukat wurde am 25. Juli 1943 als zweites Kind des Landwirtes Franz Schukat und seiner Ehefrau Ida geb. Schmeling in Riedwiese/Kreis Gumbinnen geboren. Im Oktober 1944 flüchtete die Familie vor der heranrückenden Roten Armee. Es folgten harte und entbehrungsreiche Jahre. Von 1945 bis 1947 war die Familie in Jeseritz, Kreis Stolp/Hinterpommern, in einem polnischen Lager interniert. Im Mai 1947 fanden die Schukats in Cainsdorf bei Zwikkau in Sachsen eine neue Bleibe. Hier besuchte Manfred Schukat die Schule und machte anschließend eine Mechaniker-Lehre. Einer Indoktrinierung durch die Kommunisten verweigerte er sich konsequent. So lehnte er den Dienst als Pionier ab, trat der FDJ nicht bei und versagte sich auch der Jugendweihe. Die Folgen ließen nicht lange auf sich warten. 1962 wurde der junge Ostpreuße für vier Monate aus politischen Gründen in Plauen, Zwickau und Chemnitz inhaftiert. Seine Rehabilitierung erfolgte erst nach der Wende. Ungeachtet aller Schwierigkeiten ging Manfred Schukat nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis seinen Weg weiter. Aus innerer Überzeugung und um sich dem allgegenwärtigen Einfluss der SED zu entziehen, wandte er sich der kirchlichen Arbeit zu.

Von 1963 bis 1967 absolvierte Manfred Schukat eine kirchliche Ausbildung im Diakonenhaus Moritzburg bei Dresden und arbeitete unter anderem als Religionslehrer im Erzgebirge und als Erzieher in einem kirchlichen Proseminar in Dahme/Mark Brandenburg. 1968 heiratete er seine Frau Emmy, geb. Hoffmann aus Canditten, Kreis Pr. Eylau. Aus der Ehe gingen zwei Kinder hervor. Über ein Jahrzehnt – von 1968 bis 1979 – war Manfred Schukat als Prediger der Landeskirchlichen Gemeinschaft Anklam tätig. Er widmete sich während dieser Zeit neben der Arbeit mit Jugendlichen auch der Betreuung von Alkoholikern und Milieugeschädigten. Seit 1979 ist er als selbstständiger Gewerbetreibender tätig.

1989 leiteten die Menschen in der damaligen DDR mit dem Ruf „Wir sind das Volk“ die lang ersehnte kleine Wiedervereinigung ein. Was wenige Entschlossene und Mutige wie Manfred Schukat unter persönlichen Gefahren in der Bürgerbewegung und im kirchlichen Widerstand über Jahre hinweg vormachten und vorbereiteten, wurde spontan von Zehntausenden aufgenommen und weitergetragen. Manfred Schukat gehörte in der Wendezeit zu den mutigen Frauen und Männern, die in vorderer Linie dafür sorgten, dass nach vierzig Jahren uneingeschränkter Vorherrschaft der SED der kommunistische Machtapparat wie ein Kartenhaus zusammenfiel. So forderte er im November 1989 vor 3000 Demonstranten auf dem Anklamer Marktplatz das Ende der SED-Vorherrschaft und war wenig später einer der wenigen, die mit staatsanwaltlicher Hilfe in das Stasi-Gebäude in Anklam eindrangen.



Dankesworte: Stephan Grigat (l.) bei der Übergabe der Auszeichnung an Manfred Schukat (r.) Bild: privat

Mit der Wende hatten die in Mitteldeutschland lebenden Heimatvertriebenen erstmalig die Möglichkeit, sich uneingeschränkt zu ihrer Heimat zu bekennen. An dem Aufbau landsmannschaftlicher Strukturen in Mecklenburg-Vorpommern war Manfred Schukat maßgeblich beteiligt.

Bereits im März 1991 organisierte er im Stadttheater von Anklam ein erstes Vertriebenentreffen mit über 500 Teilnehmern. Im Dezember des gleichen Jahres gründete er mit unbelasteten und in der DDR nicht parteigebundenen Landsleuten den BdV-Kreisverband Anklam, den er viele Jahre lang leitete. 1992 hob er mit Gleichgesinnten den LO-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern aus der Taufe, dem er seit 2002 vorsteht. Dem Bundesvorstand der LO gehörte er von 1998 bis 2001 an. Am regen landsmannschaftlichen Leben im Landesverband, das unter anderem in den bisher 17 großen Ostpreußentreffen Mecklenburg-Vorpommern mit zuletzt über 2000 Teilnehmern und den der aktiven Beteiligung des Landesverbandes an den Deutschlandtreffen der Ostpreußen und den Sommerfesten in Ostpreußen seinen Ausdruck findet, hat Manfred Schukat zusammen mit seinem Mitstreiter Friedhelm Schülke maßgeblichen Anteil.

Daneben galt und gilt Schukats Engagement dem Schicksal der heimatverbliebenen Ostpreußen. Regelmäßige Hilfstransporte gehören ebenso zu seinem festen Jahresprogramm wie von ihm organisierte Busfahrten mit mehreren hundert Teilnehmern. Am 24. September 1995 wurde das erste Denkmal für Flüchtlinge und Heimatvertriebene in Mecklenburg-Vorpommern nicht zufällig in Anklam errichtet.

Im September 1999 ehrte die Landsmannschaft Ostpreußen Manfred Schukat mit der Verleihung des Goldenen Ehrenzeichens.

In Würdigung seiner außergewöhnlichen Leistungen und seines überragenden Einsatzes für Ostpreußen und seine Menschen verleiht die Landsmannschaft Ostpreußen Herrn Manfred Schukat die Ottomar-Schreiber-Plakette. *P. W.*

Immer diese blinden Autofahrer

Keiner will aufs Auto verzichten, auch nicht die Ruheständler – selbst wenn die Sehkraft nachlässt

Ältere Autofahrer fahren sicherer als jüngere, bauen aber trotzdem immer mehr Unfälle. Grund ist die alternde Gesellschaft: Immer mehr Senioren sitzen am Lenkrad und ignorieren ihre nachlassende Seh- und Hörkraft.

70 Jahre lang fuhr Georg Kaiser unfallfrei. Doch dann war es passiert. Als es schon dunkelte, fühlte er sich von einem entgegenkommenden Fahrzeug geblendet, lenkte sein Auto bei langsamer Fahrt in einer leichten Linkskurve einfach geradeaus, fuhr über Bordstein, Rad- und Gehweg und kam erst an einem Begrenzungsstein unsanft zum Stehen. Schreck, Verwunderung und Ärger wechselten sich nacheinander ab, als er aus dem Wagen stieg. Weder er noch eine andere Person kamen bei dem Unfall zu Schaden, nur sein auf dem Grenzstein „aufgebocktes“ Auto war leicht lädiert.

Als die Polizei kam und sich Kaisers Führerschein ansah, staunte die nicht schlecht: Jahrgang 1924 war darin zu lesen. „Mit 89 Jahren sollten Sie nicht mehr Auto fahren, sonst hätten Sie die Kurve wohl nicht übersehen“, warf ihm der Polizist vor. „Junger Mann“, polterte Kaiser zurück, „ich kann mindestens so gut sehen wie Sie. Nur hören kann ich nicht so gut.“

Tatsächlich trug Kaiser ein Hörgerät, doch darauf kam es diesmal nicht an. Weshalb er die Kurve übersehen konnte, blieb ihm zunächst ein Rätsel. Auf Ratschlag seiner Verwandten suchte der Witwer einige Tage später einen Augenarzt auf, der schließlich eine altersbedingte Linsentrübung diagnostizierte. Kaiser war zwar weitsichtig und trug eine Brille, dass sich darüber hinaus seine Sehkraft schleichend verschlechtert und sich das Gesichtsfeld Stück für Stück eingeschränkt hatte, war ihm über die Jahre aber nicht bewusst geworden.

Damit geht es ihm wie den meisten Menschen, deren Sehfähigkeit mit zunehmendem Alter abnimmt. Schon im Alter zwischen 40 und 50 Jahren verändert sich die Sehkraft, was von den meisten Betroffenen gar nicht wahrgenommen wird. Erschreckend dabei ist, dass nach einer aktuellen Studie des Meinungsforschungsinstituts Allensbach die Beteiligung an Sehtests ausgerechnet in dieser Altersgruppe rückläufig ist.

Für Autofahrer gibt es kein Gesetz, das vorschreibt, wie oft man seine Augen testen lassen muss. Die Fahrerlaubnisverordnung legt jedoch fest, dass jeder Fahrzeugführer sicherstellen muss, fahrtüchtig zu sein. Das umfasst eine Mindestsehschärfe von 70 Prozent. Wer das Gefühl hat, schlecht zu sehen und ohne Korrektion durch eine Brille an einem Unfall beteiligt ist, den trifft in jedem Fall mindestens eine Mitschuld. Der Berufsverband der Augenärzte schätzt, dass jährlich 300 000 Unfälle aufgrund mangelnder Sehleistung passieren. Dabei werden weniger als elf Prozent aller Unfälle in Deutschland durch Senioren verursacht. Außerdem fahren ältere Verkehrsteilnehmer in kritischen Situationen sicherer als jüngere. Doch verminderte Seh-, Hör, und Reaktionsleistung führen schon jetzt dazu, dass bei den über 70-jährigen die Quote der Unfallverursacher höher liegt als bei den jüngeren Altersgruppen.

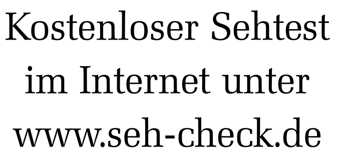


Wo geht es lang? Ältere Autofahrer kommen manchmal nur blinzelnd ans Ziel — Bild: argus

Ein weiterer Grund für den Anstieg in der Unfallstatistik findet sich in der alternden Gesellschaft. Rund ein Fünftel der Bevölkerung ist über 65 Jahre alt. Bereits im Jahr 2050 werden es über 30 Prozent sein. Da dann die Babyboomer in den Ruhestand gegangen sind, werden sich immer mehr ältere Autofahrer durch den Straßenverkehr kämpfen. Laut Kraftfahrt-Bundesamt sind schon heute von den zirka 50 Millionen deutschen Führerscheinbesitzern über zehn Millionen über 65 Jahre alt. Wenn man dann in dem Alter wie Georg Kaiser einen Unfall baut, kommt man gleich ins Gerede: In dem Alter solle man nicht mehr Auto fahren.

Aufsehen erregte ein Fall am Hamburger Hauptbahnhof vor zwei Jahren, als ein 75-jähriger Rentner beim Ausparken vom Brems- aufs Gaspedal ausrutschte und in eine Menschengruppe fuhr, wobei ein vier Jahre altes Kind ums Leben kam. Sofort kam die Diskussion auf um regelmäßige Fahreignungstests ab einem bestimmten Alter. Politiker halten es nicht für durchsetzbar, weil es für Senioren diskriminierend sei. Entweder machen alle einen Wiederholungstest oder keiner.

Außerdem ist die Sicherheit im Straßenverkehr keine Frage des Alters, da ältere Autofahrer nachlassendes Hör- und Sehvermögen durch Erfahrung und größeres Verantwortungsbewusstsein ausgleichen. Weil bei Senioren allerdings die Sehkraft schneller nachlässt als bei jüngeren Menschen, rät das „Kuratorium Gutes Sehen“, dass sich ältere Kraftfahrer regelmäßig einem Sehtest unterziehen. Dabei wird auf die Fahrerlaubnisordnung verwiesen, nach der jeder, der ein Fahrzeug führt, auch einwandfrei sehen und hören muss. Wer weiß, dass er schlecht sieht – oder hört –, ist gesetzlich verpflichtet, für Abhilfe zu sorgen. Wer dann ohne Seh- oder Hörhilfen fährt, den trifft bei einem Unfall zumindest eine Mit-



schuld mit allen ihren juristischen Folgen. Im Internet kann man unter www.seh-check.de einen Schnelltest auf eine mögliche Fehlsichtigkeit machen.

Georg Kaiser kam nach seinem Unfall glimpflich davon. Er durfte seinen Führerschein behalten und ist entschlossen, weiter Auto zu fahren. Damit er in der Dunkelheit nicht mehr von entgegenkommenden Fahrzeugen geblendet wird, hat ihm der Augenarzt eine spezielle Brille fürs Autofahren bei Nacht verschrieben. Die ist zwar teuer, weil sie auch seine Weitsichtigkeit ausgleicht, aber die eigene Sicherheit und die der anderen Verkehrsteilnehmer ist es ihm wert. Kaiser ist sich sicher: „Ich fahre Auto, solange ich kann.“ Sein Vorbild ist der Neuseeländer Bob Edwards. Er gilt mit seinen 105 Jahren als ältester Autofahrer der Welt. *Harald Tews*

Den Lebensschmerz ertränken

Immer mehr Senioren werden zu Suchtpatienten – Kliniken bieten Entzugsprogramme an

Es ist ein spontaner Abstecher auf dem Weg in den Urlaub nach Süddeutschland. Ohne Vorankündigung klingelt der gerade in den Ruhestand gegangene Angestellte mit seiner Frau bei seiner 89-jährigen Cousine Elfriede, die dreieinhalb Stunden Autofahrt von seinem Zuhause entfernt wohnt. Doch statt einer erfreuten Verwandten öffnete eine torkelnde und nach Alkohol riechende Alte dem Ehepaar die Tür. „Was macht ihr denn hier“, lallt sie ihnen entgegen. Nach einer langen peinlichen Schweigeminute stammelt das Ehepaar etwas von Urlaub und Überraschungsbesuch und möchte am liebsten sofort wieder gehen. Nur ungern bittet die Cousine ihre Verwandten in ihre Wohnung, wo auf dem Tisch eine Flasche Hochprozentiges steht.

Betrunkene Senioren sind für viele Mitarbeiter in der Pflege inzwischen keine Seltenheit mehr. Die Helfer des Hamburger Projektes „Sucht im Alter“ stoßen immer wieder auf Verwunderung, wenn sie über ihr Anliegen öffentlich aufklären wollen. Mit Sucht verbindet die Gesellschaft überwiegend nur junge Leute. Man denkt dabei zuerst an Drogen, dann Alkohol, aber auch hier sind die Süchtigen gefühlt nie älter als Ende 50. Dabei werden zum einen junge Süchtige auch irgendwann einmal alte Süchtige, da viele ihr Problem nicht in den Griff bekommen. Zum anderen werden ehemalige Süchtige im Alter manchmal wieder rückfällig, wenn sie gebrechlich werden und einsam sind.

Letzteres trifft auch auf die seit 20 Jahren verwitwete Elfriede zu. Die in Königsberg geborene Ostpreußin hat schon in jungen Jahren mit ihrem Mann in Gesellschaft gern getrunken. Früher war es vor allem ein Genusstrinken.



Tabletten: Wenn Schlaflosigkeit zur Sucht führt — Bild: action press

Doch mit der Einsamkeit und der zunehmenden Gebrechlichkeit wurde aus dem intensiven Genuss eine Sucht. Immer öfter brauchte sie den Stimmungsaufheller Alkohol, der ihr half, den Lebensschmerz zu vergessen.

Bis zu 2,5 Millionen Rentner in Deutschland gelten als alkohol- oder tablettensüchtig, schätzt die Bundesregierung. Neben Alkohol ist die Abhängigkeit von sogenannten Benzodiazepinen das größte Problem. Vor allem viele ältere Menschen leiden unter Einschlafstörungen und Angstzuständen. Ärzte verschreiben dann besagte Medikamente, doch schnell wird daraus eine Sucht. Irgendwann geht es nicht mehr ohne, doch da die Medikamente Nebenwirkungen haben, schaden sich die Betroffenen. Denn die Medikamente machen auch am Tage schläfrig, sie beinträchtigen die Konzentration, bewirken ein verzögertes Reaktionsvermögen und sorgen für Schwindel, was die Sturzgefahr erhöht, so Peter Hans Hauptmann, Facharzt für Psychiatrie und Psychotherapie der suchtmedizinischen und geriatrischen Grundversorgung am Heinrich Sengelmann Krankenhaus in Hamburg.

„Sucht kennt keine Altersgrenzen, sie kann jeden treffen“, warnt der Mediziner Hauptmann. Falsche Scham sorge jedoch vor allem bei älteren Süchtigen dafür, dass sie sich dem Problem nicht stellen, dabei könnte ein medizinisch betreuter Entzug Wunder wirken, schließlich erhöhe sich danach die Gedächtnisleistung, die körperliche Leistungsfähigkeit, die Lebensqualität und auch die Lebensfreude.

Das Hamburger Projekt „Sucht im Alter“ schult gezielt Pflegepersonal, damit es bereits die ersten Anzeichen einer Sucht erkennt und reagieren kann. Eigentlich müssten auch viele Angehörige für das Thema sensibilisiert werden, doch in der Öffentlichkeit ist das Thema wenig verbreitet. Dabei steigt die Zahl der Senioren in der Gesellschaft und somit auch die der alten Süchtigen. Hinzu kommt, dass die neuen Alten in ihren jungen Jahren häufiger schon mit Rauschmitteln experimentiert haben. Und so könnte mancher alt-68er Student, plötzlich durch den Ruhestand in die Tatenlosigkeit versetzt, seine Rausch-Experimente aus früheren Tagen wieder mit neuem, verderblichen Leben füllen.

Rebecca Bellano

Wie im Film

Ingrid Bergmans Glamour-Leben im Buch

Familienalben laden bekanntlich dazu ein, in Erinnerungen zu schwelgen. Das geht Schauspielerin Isabella Rossellini nicht anders, wenn sie Fotos ihrer berühmten Mutter Ingrid Bergman betrachtet. Selbst bei Bildern, die sie schon viele hundert Mal gesehen hat, spricht sie andächtig von ihrer „Mama“ und von den gemeinsamen Ferien an einem See in Schweden, dem Familienglück in Rom mit Papa Roberto Rossellini oder von den Dreharbeiten ihrer Mutter bei einem ihrer vielen Hollywood-Filme.

Im Grunde ist der riesige Bildband „Ingrid Bergman – Ein Leben in Bildern“, den Rossellini im Münchener Schirmer/Mosel-Verlag herausgebracht hat, nichts anderes als ein Familienalbum mit dem Prädikat „de luxe“. Stolze 98 Euro kostet das kiloschwere Buch mit seinen 376 Abbildungen auf 528 Seiten. Mit dem Bildband schwenkt man auf die Zielgerade ein zum 100. Geburtstag der legendären Schauspielerin am 29. August 2015. Sie starb 1982 an Krebs.

Für die Weltpremiere des Buches in Hamburg, für die man gar nicht erst die Frankfurter Buchmesse abwarten konnte, schlug Isabella Rossellini gleich zwei Fliegen mit einer Klappe. Zum einen übergab sie beim dortigen Filmfest einen Drehbuchpreis, zum anderen rührte sie die Werbetrommel fürs Buch, für das sie aus dem Familienarchiv tausende zum Teil unveröffentlichte Fotos gesichtet hat.

Darunter sind auch Aufnahmen ihrer Großmutter Frieda Adler, die aus Hamburg stammt. Der Opa war selbst Fotograf, der alle Situationen des Familienlebens ablichtete. Dessen Tochter Ingrid, so erfahren wir von Rossellini, stibitzte ihm manchmal die Kamera und machte dann Selbstporträts.



Pflegt das Erbe ihrer Mutter: Isabella Rossellini — Bild: tws

So posierte die junge Frau schon früh vor dem Kameramedium, das sie später auch im Film lieben sollte. Szenenfotos mit Humphrey Bogart in „Casablanca“, mit Hitchcock oder mit Cary Grant lassen die glanzvollen Zeiten Hollywoods aufblitzen, in denen Bergman glamouröser Mittelpunkt war. Ein schönes Leben, erzählt Tochter Rossellini, das sich nur durch die Paparazzi gestört fühlte und mit der Mutter Ärger bekam, als diese ein Foto ihrer 13-jährigen rauchenden Tochter in der Zeitung sah. *Harald Tews*



Zerstörte Jugend

Kinder von Stasi-Spionen

Bücher über die DDR-Staatssicherheit (Stasi) waren auch vor der Wende keine Rarität, aber so beeindruckend wie Ruth Hoffmann hat noch niemand diese Thematik behandelt. Das Buch ist ein Meisterwerk, basierend auf der eindringlichen „Dramaturgie“ des permanenten Wechsels von Lebensbeschreibungen, verfasst aus der „Froschperspektive“ von Stasi-Kindern, und informierenden „Exkursen“ zum Wesen und Wirken der Stasi. Das Buch vertritt die These, die Stasi sei kein Staat im Staate gewesen. Vielmehr sei die DDR eine Kreation der Stasi gewesen, die alle zehn Jahre ihren Personalbestand verdoppelte auf 1989 91015 hauptamtliche und 173000 „inoffizielle“ Mitarbeiter. Ein Stasi-Häscher kam auf jeweils 180 DDR-Bürger, und eine solche Spitzeldichte schaffte nicht einmal der sowjetische KGB (1:595). Obwohl die DDR 1989 faktisch pleite war, musste sie dennoch 4195 Milliarden Mark für die Stasi aufbringen. Die bezahlte damit hohe Gehälter, beste Wohnungen, eigene Krankenhäuser, Läden, Ferienheime und weitere Privilegien.

So lebte das „Schwert und Schild der Partei“, wie sich die Stasi selber sah. Stasi-Leute waren primitiv und brutal, wie es ihr Chef Erich Mielke verlangte: Ob ein „Genosse“ seinen Namen schreiben könne, sei nicht wichtig – „wenn er weiß, wer die Feinde sind, ist er auf dem richtigen Weg“. „Feinde“ lauerten sogar in der eigenen Familie, und immer wieder berichten Stasi-Kinder von sadistischen Strafen von den Stasi-Vätern. „Im Nachhinein staune ich, dass ich mich damals nicht aufgehängt habe“, erinnert sich einer der 20 Interviewpartner von Ruth Hoffmann, von denen fünf bis heute angstvoll ihren Namen verschweigen. Wie mögen die Schläger mit ihren Opfern im Stasigefängnis Hohenschönhausen verfahren sein, wo es 120 schalldichte „Verhörzimmer“ gab?

Vera Lengsfeld, nach der Wende Abgeordnete im Bundestag, davor Tochter eines Stasi-Majors, erinnert sich daran, dass ihr Vater sie bewusstlos prügelte, weil sie mit einem jungen Jugoslawen flirtete, denn „Jugoslawien (sei) kapitalistisches Ausland“.

Angst hatten die Stasi-Leute voreinander, vor allem nach dem 18. Januar 1979, als Stasi-Offizier Werner Stiller unter Mitnahme brisanter Geheimdokumente in den Westen floh. Das bewirkte eine Stasi-„Rückrufaktion“ gefährdeter Spione. Die interessantesten Passagen des Buchs behandeln einen „Generationskonflikt“ der besonderen Art: Die im Westen aufgewachsenen Kinder der „Kundschafter für den Frieden“ ahnten nichts von der Spionagetätigkeit ihrer Eltern, waren in der DDR unglücklich und wollten zurück. Ein Lehrbuchbeispiel war Günter Guillaume, Spion an der Seite Willy Brandts, entlarvt und inhaftiert, 1981 triumphal in die DDR zurückgekehrt, dort als „verbrannt“ aufs „Altenteil“ abgeschoben. Honeckers „außenpolitischer Berater“ wollte er werden, aber „die Genossen“ mieden ihn, so wie sein Sohn Pierre, der unter anderem Namen in den Westen zurückging.

Von eigenen Eltern ausgehorcht

Das Buch endet mit dem Kapitel „Leben“, nämlich dem Leben der Stasi-Eltern, die nichts begriffen hätten und sich seit 1990 als Opfer von „Hexenjagd“ und „Siegerjustiz“ sähen, dabei auf Juden und Türken schimpften, wie sie früher auf Solidarnosc und Gorbatschow geschimpft hätten, und von Stasi-Kindern, die sich mit psychischen Spätfolgen ihrer Kindheit herumplagten.

Warum hat das wiedervereinigte Deutschland die Stasi nicht als verbrecherische Organisation gebrandmarkt? Vielleicht weil ihm Zeugnisse wie in diesem Buch fehlten? *Wolf Oschlies*

***Ruth Hoffmann: „Stasi-Kinder. Aufwachsen im Überwachungsstaat“**, List, Berlin 2013, broschiert, 336 Seiten, 9,99 Euro*



Zeit statt Fremdförderung

Bildungsexperte Josef Kraus bittet Eltern um mehr Gelassenheit

Der Titel „Helikopter Eltern. Schluss mit Förderwahn und Verwöhnung“ lässt eine Anklageschrift vermuten, doch der Präsident des Deutschen Lehrerverbandes, Josef Kraus, macht gleich zu Beginn seiner Ausführungen deutlich, dass dies nicht der Fall sei. „Das Anliegen meines Buches ist es somit, den Eltern zu helfen, über ihr Oszillieren zwischen erzieherischer Allmachtsvision und Ohnmachtspanik, zwischen Dressur und Verwöhnung, zwischen natürlicher Schutzhaltung und Überbehütung, zwischen liebevoller Zuwendung und Gängelung einmal nachzudenken und sie zu mehr Bodenständigkeit, Spontanität und Intuition in der Erziehung zu verführen.“ Er will also, dass Eltern durch Ratgeber aller Art in ihrer wichtigen und großen Aufgabe nicht noch mehr enteignet werden, damit ihnen am Ende immer eines bleibt: mehr Zeit für ihre Kinder.

Und die Rezensentin kann dem Autor nur voll und ganz zustimmen. Zur Geburt ihrer Tochter mit einem Abonnement der Zeitschrift „Leben & erziehen“ beschenkt, sorgten die vielen dort gegebenen Tipps eher für Verwirrung, da vieles ihrem Bauchgefühl widersprach. Auch erhielt sie so manchen mitleidigen Blick, weil sie sich und das Baby nicht schon während der Schwangerschaft für einen Kurs des Prager Eltern-Kind-Programms (PEKiP) oder Denken Entwickeln Lieben Fühlen Individuell (DELFI) angemeldet hatte und nun schon alle Lehrgänge belegt waren. Vor allem nach derartigen Erfahrungen ist die Lektüre des Buches von Josef Kraus eine Wohltat, da es deutlich macht, dass Kinder auch ohne Besuch derartiger Kurse im Säuglingsalter und ohne Befolgen der unzähligen auf dem Buchmarkt erhältlichen Erziehungsratgeber etwas werden können.

Wieder Rückgriff auf Klassiker wie Lesen, Erzählen, Zuhören

Kraus, Leiter eines bayerischen Gymnasiums, kann aus seiner Berufspraxis zahlreiche Beispiele von Eltern anführen, die mit ihrem Förderwahn am Ende die Kindheit ihres Nachwuchses bedroht haben. Zugleich würden die lieben Kleinen aber auch verwöhnt werden, da man ihnen keine alltäglichen Pflichten zumute. Von dieser Entwicklung aufgeschreckt, betont Kraus, dass es für den freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat nicht gut sei, wenn in ihm eines Tages nur noch gedrillte, verwöhnte, verschonte und überbehütete Menschen lebten.

Der Autor merkt an, dass Frühförderung oft überfordere und zudem keine langfristige Wirkung haben muss. So würden Kinder, die bereits im Kindergarten Englisch lernten, den Vorsprung in der Schule später schnell verlieren. Auch ärgert es ihn, dass manche Eltern der Meinung seien, es tue ihrem Kind gut, wenn sie so viel wie möglich von der Erziehung auslagern würden und sie selbst am Ende nur noch als Fahrdienst zwischen den verschiedenen Fremdanbietern agierten. Kraus erwähnt eine Forsa-Umfrage, nach der heutzutage nur noch jeder zweite Grundschüler sich ohne Elternteil auf den Schulweg machen würde, 1970 seien es noch 91 Prozent gewesen. Dabei sei der eigenständige Schulweg gesundheitlich und sozial so wichtig, denn die Kinder bewegten sich und pflegten soziale Kontakte. Diese Vorteile stünden in keinem Verhältnis zu der wirklich erfolgten Zahl von Verkehrsunfällen und Kindesentführungen, die so viele Eltern dazu veranlassten, ihre Lieblinge zur Schule zu fahren beziehungsweise zu begleiten.

Auch bedauert Kraus, dass immer mehr Eltern ihre Kinder nicht mehr den Verzicht lehrten. Dem Konsum im Überfluss stünden hingegen kaum Pflichten gegenüber. So würden laut einer Studie der Deutschen Gesellschaft für Ernährung nur 27 der Jungen zwischen zwölf und 15 Jahren und 39 Prozent der gleichaltrigen Mädchen im Haushalt helfen müssen. Dafür steige der Medienkonsum des Nachwuchses.

Kraus erlebt immer häufiger, wie Eltern ihre eigenen, unerfüllten Wünsche, ihre Ängste, aber auch ihren Ehrgeiz auf ihr oft einziges Kind projizierten. „Wir sind beim letzten Turnturnier Regionalmeister geworden“, heißt es da schon einmal und so würde das „Trophäenkind“ schnell zum Statussymbol. Und warum dem Kind nicht auch einmal Langeweile statt eines ausgefeilten Freizeitprogramms anbieten, denn, so Kraus, „alles Neue braucht seine Zeit, damit es aus der Flüchtigkeit der Wahrnehmung in die Dauerhaftigkeit des Gedächtnisses hinübergelangt“.

Ja, Josef Kraus ist ein Mann der alten Schule, doch die von ihm genannten Klassiker haben sich bewährt, anders als hingegen so manche Bildungstheorie der letzten Jahrzehnte. Und warum nicht auf Bewährtes wie Lesen, Erzählen und Zuhören zurückgreifen, wie Kraus empfiehlt, wo doch ganze Generationen in Deutschland so erfolgreich groß geworden sind? *Rebecca Bellano*

***Josef Kraus: „Helikopter Eltern. Schluss mit Förderwahn und Verwöhnung“**, rowohlt, Reinbek 2013, geb., 216 Seiten, 18,95 Euro*



Spannender als jeder Lehrer

Chemiewissen anhand des Lebens eines Mädchens dargeboten

Endlich gibt es ein Buch, das einfach und verständlich die Grundlagen der Chemie erklärt. Und zwar so anschaulich, dass es richtig Spaß macht. Viele Erwachsene hätten sich dieses Werk gewünscht, damals, als sie selber in der Schule über chemischen Formeln schwitzen mussten. Als sie gelangweilt dem Lehrer zusahen, der irgendwelche Flüssigkeiten zusammenmischte und dann erhitzte. Man verstand nicht oder wenig, was das sollte.

Andrea Heering, eine Lehrerin für Integrierte Naturwissenschaften an der Europäischen Schule Brüssel IV in Belgien, hat ein tolles Buch geschrieben. Jugendliche, die sich bisher mit Chemie in der Schule plagten, finden in der Lektüre: „Jule und der Schrecken der Chemie“ eine 13-jährige Leidensgenossin. Jule erlebt ganz normale Alltagsgeschichten, ist verliebt, ärgert sich über ihre kleinen Brüder und träumt in der Schule oft vor sich hin. In ihren Geschichten sind jedoch chemische Geschehnisse versteckt. Und auf einmal werden ihr viele Dinge in den Naturwissenschaften klar, die sie bisher nicht verstand. Jedes Kapitel ist in drei Teile aufgeteilt: die Geschichte von Jule, eine Erklärung und eine Menge kleiner Ausarbeitungen. In denen wird das jeweilige Thema intensiver bearbeitet. Als Sahnehäubchen werden am Ende des Kapitels die Hauptaussagen noch einmal kurz zusammengefasst.

Geschickt verbindet die Autorin den Alltag der Jugendlichen mit den Grundlagen der Chemie. Und man versteht endlich, worum es dabei geht, wenn der Lehrer vorne am Pult seine Versuche macht. Man stellt fest, dass Chemie ja überall um uns herum ist. Und es macht sogar Spaß, die Geheimnisse zu entschlüsseln. Warum platzt eine Colaflasche, wenn man sie in die Tiefkühltruhe legt. Wieso erkennt man schon am Aussehen, ob es sich um Salz oder Zucker handelt? Was haben Affen mit dem Periodensystem der Elemente zu tun?

Die Themen gehen teilweise tiefer in die Materie als der normale Unterricht. Da das mit Spaß und überaus verständlich geschieht, folgt der Lerneffekt fast automatisch. Wer etwas begriffen hat, kann es leichter im Gehirn verankern.

Ganz am Schluss gibt es sogar einen Spickzettel zum Ausschneiden. Auch Erwachsene werden an diesem Nachhilfeunterricht ihre Freude haben. *Silvia Friedrich*

***Andrea Heering: „Jule und der Schrecken der Chemie“**, Wiley, Weinheim 2013, geb., 240 Seiten, 24,90 Euro*

Für die historische Wahrheit unverzichtbar

Ehemaliger Richter zeigt das Schicksal deutscher Zivilisten auf, die am Ende des Zweiten Weltkrieges ermordet wurden

Es gilt als politisch unkorrekt, über die Kriegsverbrechen, die am Ende des Zweiten Weltkrieges an Deutschen begangen wurden, zu sprechen oder zu schreiben. Täter sind keine Opfer, lautet das Argument, das man zu hören bekommt. Aber es waren nicht die Deutschen, sondern die deutschen Nazis, die den Krieg angezettelt und mit unvorstellbarer Grausamkeit geführt haben. Eine Grausamkeit, die sich dann am wenigsten gegen die Nazis, die sich rechtzeitig in Sicherheit zu bringen wussten, sondern gegen die deutsche Bevölkerung richtete. Allmählich beginnt sich die Erkenntnis durchzusetzen, dass der Zweite Weltkrieg erst wirklich beendet und der Weg für eine dauerhafte Versöhnung frei ist, wenn die historischen Tatsachen als solche benannt werden dürfen. So haben sich die Engländer bei den Dresdenern für die militärisch unnütze Bombardierung ihrer Stadt mit einem goldenen Kreuz auf der wiedererstandenen Frauenkirche entschuldigt.

Andere Kriegsverbrechen sind fast unbekannt geblieben. Einen kleinen Teil davon hat Theodor Seidel recherchiert. Seidel wurde einer größeren Öffentlichkeit als Richter im ersten Mauerschützenprozess gegen die Grenzsoldaten und Offiziere bekannt, die für die Tötung von Chris Gueffroy verantwortlich sind. Das von Seidel verhängte Urteil wurde später revidiert mit der Begründung, man könne die Befehlsempfänger nicht bestrafen, so lange die Befehlsgeber nicht belangt worden seien.

Seidel, gebürtiger Sachse und DDR-Flüchtling, hat nach der Vereinigung angefangen, über die an Deutschen verübten Kriegsverbrechen in Sachsen zu forschen. Der Grund dafür war ein persönlicher: Sein Vater, der in den letzten Kriegswochen zum Volkssturm einberufen worden war, geriet in sowjetische Gefangenschaft und wurde in Niederkaina gemeinsam mit andern Gefangenen per Genickschuss hingerichtet.

Vater des Autors starb durch Genickschuss

Es geht dem Autor nicht darum, die Geschichte umzuschreiben. Er will „in einem mühsamen Erkenntnisprozess unter mehr als bis dahin einbezogenen Gewissheiten ein souveränes, die problematischen Seiten nicht ausklammerndes Bild zurückliegenden Geschehens entwerfen und damit den Grund gewinnen, der den Weg in die Zukunft fundamentiert“.

Die Methode, die Seidel bei seiner Forschung anwandte, ist verblüffend einfach: Er hat die Begräbnisbücher der Evangelischen Gemeinden im von ihm untersuchten Kampfgebiet eingesehen. Danach hat er sich bemüht, Angehörige der verzeichneten Opfer zu finden. Allerdings hatte das Landeskirchenamt Bedenken und wollte Seidel den Einblick verwehren. Die Pfarrer teilten die Meinung ihrer Leitung aber nicht, die Angehörigen auch nicht und so kam eine detaillierte Recherche zustande.

Es ist eine qualvolle Lektüre, was an Vorkommnissen in Dörfern und Kleinstädten aufgelistet wurde. Es traf nicht nur Männer oder Jugendliche, die mit Waffen aufgegriffen wurden, sondern Kinder, Frauen, Alte. Sie wurden verbrannt, erschlagen, erschossen, erstochen, erhängt. Kein einziger Kriegsverbrecher darunter. Die Täter waren in diesem Fall sowjetische oder polnische Einheiten. Beim Lesen habe ich an das Buch: „Iwans Krieg“ von Catherine Merridale denken müssen, das einzig mir bekannte Werk, in dem der Krieg aus der Sicht der einfachen Soldaten geschildert wird, die von Stalins Generalität verheizt wurden. Vom Tag des Gestellungsbefehls an hatte der sowjetische Rekrut noch eine durchschnittliche Lebenserwartung von drei Wochen.

In der in diesem Jahr nun dritten erweiterten Ausgabe des Buchs ist das letzte Kapitel zum immer noch stark umstrittenen Thema der alliierten Tieffliegerangriffe auf Zivilpersonen angefügt. Seidel weist auch hier an Hand von Zeugenaussagen und den Kirchenbüchern Sachsens für den Zeitraum vom 1. bis 25. April 1945 nach, dass es mindestens 24 gezielte Angriffe gegeben habe. Unter den knapp 100 recherchierten Toten waren neben Frauen und Kindern auch fünf französische Kriegsgefangene.

Warum sind solche Bücher wie das von Seidel wichtig? Er schreibt es im Vorwort zur zweiten Auflage selbst: „Eine Zeitzeugin meinte, ihre Erlebnisse brauchten ja nicht veröffentlicht zu werden, es beruhige sie schon, wenn sie festgehalten würden, damit derjenige, der sich später einmal dafür interessiere, sich informieren könne.“

Für die historische Wahrheit ist der Beitrag von Theodor Seidel unverzichtbar. *Vera Lengsfeld*

***Theodor Seidel: „Kriegsverbrechen in Sachsen“**, Leipziger Universitätsverlag, Leipzig 2013, 3. erweiterte Auflage, broschiert, 272 Seiten, 19 Euro*

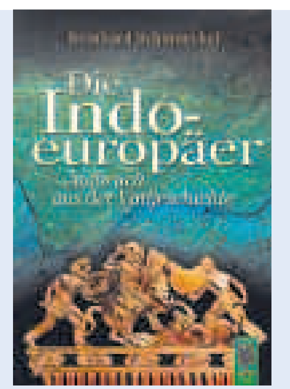
Christopher Clark
Die Schlafwandler
Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog



Bahnbrechende neue Erkenntnisse über den Weg in den Ersten Weltkrieg 1914 Lange Zeit galt es als ausgemacht, dass das deutsche Kaiserreich wegen seiner Großmachtträume die Hauptverantwortung am Ausbruch des Ersten Weltkriegs trug. In seinem bahnbrechenden neuen Werk kommt der renommierte Historiker und Bestsellerautor Christopher Clark (Preußen) zu einer anderen Einschätzung. Clark beschreibt minutiös die Interessen und Motivationen der wichtigsten politischen Akteure in den europäischen Metropolen und zeichnet das Bild einer komplexen Welt, in der gegenseitiges Misstrauen, Fehleinschätzungen, Überheblichkeit, Expansionspläne und nationalistische Bestrebungen zu einer Situation führten, in der ein Funke genügte, den Krieg auszulösen, dessen verheerende Folgen kaum jemand abzuschätzen vermochte. Schon jetzt zeigt sich, dass "Die Schlafwandler" eine der wichtigsten Neuerscheinungen zum 100. Jahrestag des Ausbruchs des Ersten Weltkriegs sein wird.

Geb., 896 Seiten mit Abbildungen
Best.-Nr.: 7259





Reinhard Schmoeckel
Die Indoeuropäer
Aufbruch
aus der Vorgeschichte
Geb., 587 Seiten,
Best.-Nr.: 7244, € 24,80

Birgit Kelle
Dann mach doch die Bluse zu
Ein Aufschrei gegen den Gleichheitswahn

In Deutschland wird heftig diskutiert: über Frauenquote, Krippenplätze, Sexismus, über die Gleichstellung von Mann und Frau. Der eigentliche Skandal ist aber, dass diejenigen, die zu Hause bleiben und unsere Kinder erziehen, die Dummen sind. Warum eigentlich? Es ist doch das gute Recht jeder Frau, ihr Leben so zu leben, wie sie es glücklich macht. War der Feminismus nicht einst genau dafür eingetreten? Auf dem Weg der gleichen Rechte ist etwas verlorengegangen. Nämlich die Freude, einfach Frau zu sein. Dieses Buch ist eine Ermutigung für alle Frauen, die es gerne sind, es gerne sein und das auch nicht ständig rechtfertigen müssen. Für Mütter, die gerne Mütter sind und die berufliche Laufbahn hinten anstellen. Sie alle haben in Deutschland keine echte Lobby. Es ist höchste Zeit, gegen den Gleichheitswahn aufzustehen. „Es gibt hunderttausende Frauen wie mich in diesem Land. Frauen, die gerne Frauen sind, es gerne zeigen und das auch nicht ständig diskutieren müssen. Und Mütter, die gerne Mütter sind. Sie alle haben in Deutschland keine Lobby. Für sie ist dieses Buch. Als Bestätigung: Lasst euch nicht von eurem Weg abbringen, es ist gut und richtig, was ihr tut. Ihr dürft das! Und hört endlich auf, euch ständig zu rechtfertigen."

€ 17,99

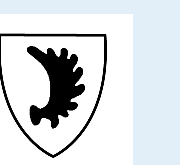
Birgit Kelle, Geb., 224 Seiten, Best.-Nr.: 7258

Rundstempel



Best.-Nr. 6216

Best.-Nr. 6472



Best.-Nr. 5538



Best.-Nr. 5539



Udo Ulfkotte
Was Oma und Opa noch wussten
So haben unsere Großeltern Krisenzeiten überlebt.
Geb., 233 Seiten
Best.-Nr.: 7225, € 19,99



Siegfried Henning
Krieg frisst Heimat auf
Lebenserinnerungen eines Ostpreußen, Kartoniert,
416 S. mit einigen s/w. Abb.
Best.-Nr.: 3372

Memelland-Schlüsselanhänger



Mit den Farben
und dem Wappen der
Stadt Memel
Best.-Nr.: 7111, € 4,95

Preußen-Schirmmütze



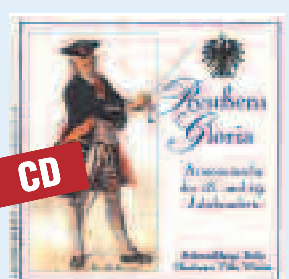
Preußen-Schirmmütze
dunkelblaue Schirmmütze in Einheitsgröße mit gesticktem Adler in weiß
Best.-Nr.: 7124, € 14,95

Ostpreußen-Wappen-Schlüsselanhänger



Schlüsselanhänger
mit dem Ostpreußenadler.
Emaillierte Oberfläche.
Best.-Nr.: 6800, € 4,95

Preußens Gloria - Armeemärsche des 18. und 19. Jahrhundert

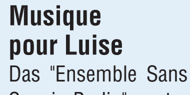


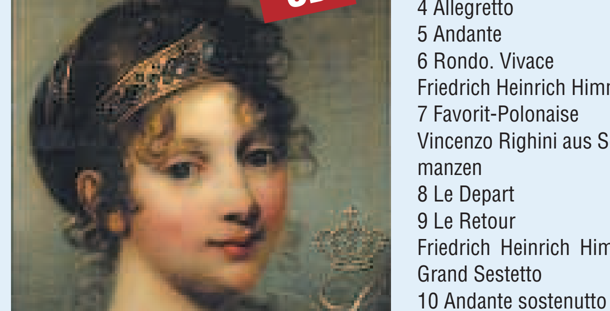
1. Marsch aus der Zeit Friedrichs des Großen; 2. Marsch 1741 - Friedrich II. von Preußen; 3. Der Rheinströmer - Histor. Version; 4. Der Mollwitzer - Friedrich II. von Preußen; 5. Der Kesselsdorfer - J. A. S. Scharlinsky; 6. Marsch B-Dur 1750 - Prinz A. W. von Preußen; 7. Marsch Es-Dur 1751 - Prinz A. W. von Preußen; 8. Marsch 1756 - Friedrich II. von Preußen; 9. Der Hohenfriedberger - Friedrich II. von Preußen; 10. Marsch Herzog von Braunschweig - Histor. Version; 11. Der Dessauer - Histor. Version; 12. Torgauer Parademarsch - Friedrich II. von Preußen; 13. Marsch des Hessischen Kreisregiments - Histor. Version; 14. Marsch 1837 aus Petersburg - Histor. Version; 15. Margarethen Marsch - Gottfried Piefke; 16. Kaiser Wilhelm Siegesmarsch - Gottfried Piefke; 17. Der Königgrätzer Marsch - Gottfried Piefke; 18. Düppel-Schanzen-Sturm-Marsch - Gottfried Piefke; 19. Siegesmarsch von Metz - Gottfried Piefke; 20. Zapfenstreich; 20. Anmarsch mit Parademarsch, Marsch des York´schen Korps - L. v. Beethoven; 21. Locken zum Großen Zapfenstreich; 22. Zapfenstreichmarsch; 23. 1. Post, 2. Post, 3. Post; 24. Zeichen zum Gebet, Gebet, Abschlagen und Ruf nach dem Gebet
u.v.m.

Best.-Nr.: 6899

€ 14,95

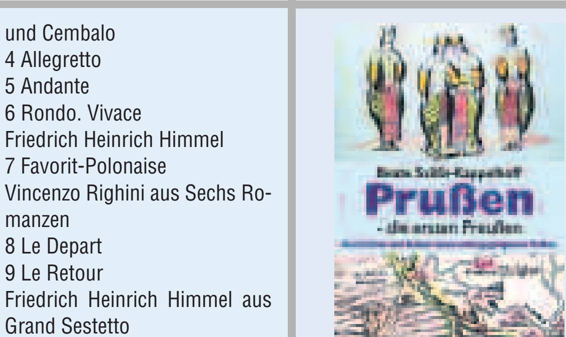
Musique pour Luise
Das "Ensemble Sans Souci Berlin" unter der Leitung von Christoph Huntgeburth spielt 11 Musikstücke, die für die preußische Königin Luise komponiert wurden.



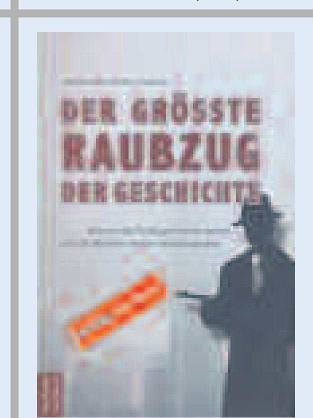


Prinz Louis Ferdinand
1 Notturno
Vincenzo Righini aus Sechs Romanzen
2 L'Esperance
3 Le trois Graces
Johann Friedrich Reichardt: Sonate C-Dur für Flöte und Cembalo
4 Allegretto
5 Andante
6 Rondo. Vivace
Friedrich Heinrich Himmel
7 Favorit-Polonaise
Vincenzo Righini aus Sechs Romanzen
8 Le Depart
9 Le Retour
Friedrich Heinrich Himmel aus Grand Sestetto
10 Andante sostenutto
11 Allegro giojoso

Gesamte Spieldauer:
64:23 Min
Best.-Nr.: 6900



Beate Szillis-Kappelhoff
Prußen – die ersten Preußen
Geschichte und Kultur eines untergegangenen Volkes.
Geb., 395 Seiten, 123 Abb.
Best.-Nr.: 7209, € 19,80

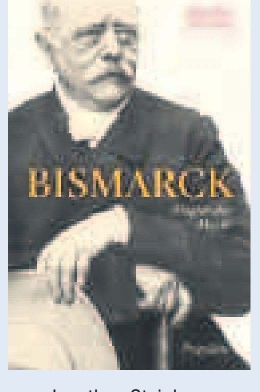


Matthias Weik & Marc Friedrich
Der größte Raubzug der Geschichte
Kart., 381 Seiten,
Best.- Nr.: 7224, € 19,90

Pro Patria, Märsche und Lieder



1) Gaudeamus igitur 2:18 2) Kein schöner Land 1:26
3) Die Wacht am Rhein 4:16
4) Fehrbelliner Reitermarsch 2:29
5) Lied der Franken 2:09
6) Alte Kameraden 3:03
7) Siebenbürgenmarsch 3:19
8) Der Coburger 3:24
9) Des Großen Kurfürsten Reitermarsch 3:31
10) Fanfare und Marsch der Pappenheimer Reiter 2:44
11) Präsentiermarsch Friedrich Wilhelm III. 1:48
12) Freiheit, die ich meine 2:17
13) Ich hab mich ergeben 1:19
14) Ich hatt einen Kameraden 4:02
15) Kreuzritter-Fanfare 2:07
16) Regimentsgruß 1:58, 17) Geschwindmarsch 1:52
18) Helenenmarsch 2:12,
19) Marsch aus Petersburg 2:14
20) Schwedischer Kriegsmarsch 1:59
21) Althessischer Reitermarsch 2:13
22) Parademarsch der Langen Kerls 2:16
23) Der große Zapfenstreich 11:32
24) Lied der Deutschen 3:09, Gesamtspielzeit: 69:52
Mario Lanza, Tenor, Heeresmusikkorps 300 Koblenz unter OTL Georg Czerner, Heeresmusikkorps 12 Veitshöchheim unter Major Volker Wörrlein, Deutsche Chorgemeinschaften, Best.-Nr.: 7206



Jonathan Steinberg
Bismarck
Magier der Macht
Geb., 752 Seiten
Best.-Nr.: 7250, € 29,99



Sing, sing, was geschah
Die schönsten Volkslieder aus Ostpreußen,
Gesamt: 66 min,
29 Lieder
Eine Produktion des Westdeutschen Rundfunks Köln, 1969 bis 1987
Best.-Nr: 7203, € 12,95



Musik von Friedrich II.



Vol. I
Flötensonaten, Flötenkonzert & Märsche
Gesamtspielzeit: 79:42 Min
Best.-Nr.: 6901
€ 14,95



Vol. II
Die Flötenkonzerte
Gesamtspielzeit: 67:33 Min
Best.-Nr.: 6902
€ 14,95



Vol. III
Die Sinfonien
Gesamt: 35:20 Min
Best.-Nr.: 6903
€ 14,95

Die schönsten Volkslieder



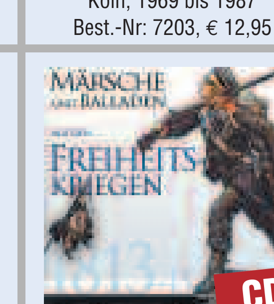
Gesungen von Peter Schreier, Tenor und Theo Adam, Bariton mit dem Rundfunk- und Thomanerchor und dem Gewandhausorchester Leipzig unter der Leitung von Horst Neumann und der Dresdner Philharmonie unter der Leitung von Johannes Winkler
1 Wenn alle Brünnlein fließen; 2 Im Krug zum grünen Kranze; 3 Das Wandern ist des Müllers Lust; 4 Im Wald und auf der Heide; 5 Ein Jäger längs dem Weiher ging; 6 Mit dem Pfeil, dem Bogen; 7 Ein Jäger aus Kurpfalz; 8 Bald gras ich am Neckar; 9 Im schönsten Wiesengrunde; 10 Sah ein Knab' ein Röslein steh'n; 11 An der Saale hellem Strande; 12 Kein Feuer, keine Kohle; 13 Ach, wie ist's möglich dann; 14 Mein Mädel hat einen Rosenmund; 15 In einem kühlen Grunde; 16 Ännchen von Tharau; 17 Ade zur guten Nacht; 18 Kein schöner Land in dieser Zeit; 19 Weißt du wieviel Sternlein stehen; 20 Guten Abend, gute Nacht; 21 Der Mond ist aufgegangen

Gesamtspielzeit:
50:16 Min
Mit allen Liedertexten im Beiheft
Best.-Nr.: 6893





Die Hochmeistergruft im Dom von Marienwerder
Hörbuch über drei interessante Persönlichkeiten aus der Blütezeit des Deutschen Ordens im Spätmittelalter.
Laufzeit: 71:11 Minuten
Best.-Nr.: 7235, € 12,90



Märsche und Balladen aus den Freiheitskriegen 1813-1815
Gesamt-Spieldauer: 58:09
Stabsmusikkorps Berlin, Heeresmusikkorps 300 Koblenz, Heeresmusikkorps 100 Hannover, Radio-Sinfonie-Orchester Berlin
Best.-Nr.: 6891, € 14,95

Altpreußische Militärmusik aus der Musiksammlung der Königlichen Hausbibliothek im Schlosse zu Berlin

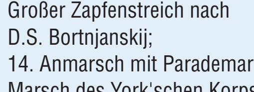


Dirigent: Christian Blüggel
mit Begleitheft
01-12 Regimentsmärsche I
13-15 Dienststücke des Königsregiments
16-23 Musik der Kavallerie
24-27 Dienststücke des Regiments von Selchow
28-43 Feldstücke der Kavallerie
44-47 Feld- und Dienststücke des Regiments von Selchow
48-58 Regimentsmärsche II

Gesamtspieldauer: 69: 46 Min
Best.-Nr.: 7257

€ 15,95

Gottfried Piefke
Gottfried Piefke, Preußische Armeemärsche



Es spielt das Stabsmusikkorps Berlin unter der Leitung von OTL Volker Wörrlein
1. Preußens Gloria; 2. Der Alsenströmer; 3. Herwarth Marsch; 4. Erinnerung an Weimar; 5. Margarethen Marsch; 6. Gitana Marsch; 7. Düppeler Sturm Marsch; 8. Pochhammer Marsch; 9. Siegesmarsch von Metz; 10. Kaiser Wilhelm - Siegesmarsch; 11. Lymfjordströmer; 12. Der Königgrätzer Marsch; 13. Düppel - Schanzen - Sturm – Marsch. Großer Zapfenstreich nach D.S. Bortnjanskij; 14. Anmarsch mit Parademarsch. Marsch des York'schen Korps; 15. Locken zum Großen Zapfenstreich; 16. Zapfenstreichmarsch 17. 1. Post; 18. 2. Post; 19. 3. Post; 20. Zeichen zum Gebet; 21. Gebet, Abschlagen und Ruf nach dem Gebet; 22. Nationalhymne 23. Abmarsch

Gesamtspielzeit:
46:55 Min
Best.-Nr.: 6894

€ 14,95

Ostpreußen-Seidenkrawatte

Edle Seidenkrawatte in den Farben Preußens mit der Elchschaufel
Farben: schwarz/weiß mit der Elchschaufel
Best.-Nr.: 7091

€ 19,95

Aktion*





+++ gratis +++
Bei jeder Bestellung ab einem Warenwert iHv € 50,00 erhalten Sie einen Ostpreußenaufkleber kostenlos dazu!!

MELDUNGEN

Kein Lift für Kim Jong-un

Pjöngjang – Nordkorea bezichtigt die Schweiz eines „ernsthaften Verstoßes gegen die Menschenrechte“, da der militärisch neutrale Alpenstaat dem Regime von Kim Jong-un nicht den bestellten Skilift für sein neues Ski-Resort liefern will. Aus der Sicht Nordkoreas werde der „Sport politisiert und die koreanische Bevölkerung diskriminiert“. Die Schweiz betont hingegen, der Lift falle unter die Export-Sanktionen gegen Nordkorea. *Bel*

Soros-Hochzeit statt Wahlkampf

Berlin – Ex-Außenminister Joschka Fischer (Grüne) gibt seiner Partei Ratschläge und bezeichnet das Rücken seiner Partei nach links als Fehler. Nach dem Wahlkampf rechnete er auch mit der Spitze der Partei ab. In den Tagen der Wahl hingegen hatte er sich nicht zu Wort melden können, da er bei der Hochzeit von US-Milliardär George Soros eingeladen war, der auch die Beraterfirma European Council on Foreign Relations finanziert, die Fischer mit gegründet hat. *Bel*

ZUR PERSON

Ein echter »Öko«

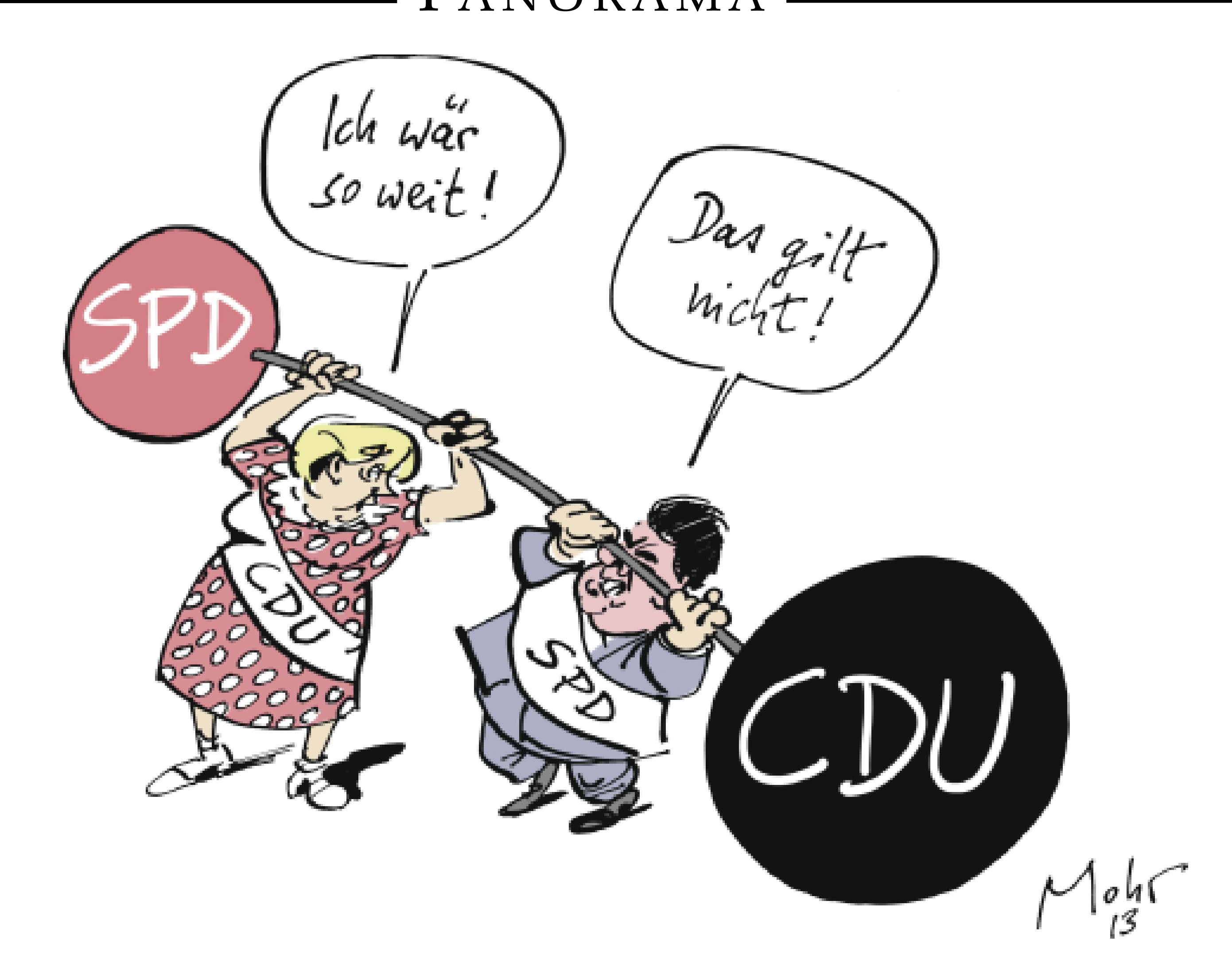
Ein Grüner wie er im Buche steht – sollte man meinen: schulterlange blonde Zottelhaare, ungepflegter Bart, Schlabber-Look und dazu noch ein Doktor in Biologie über südamerikanische Liliengewächse. Als sich **Anton Hofreiter** als Nachfolger von Jürgen Trittin um den männlichen Part zur Wahl bei der Doppelspitze im Grünen-Vorstand stellte, sah man in ihm alle Klischees erfüllt, die man sich von einem rustikalen Grünen so machen konnte.

Doch der 43-jährige, von vielen oft nur „der Toni“ genannte, ledige Münchener ist vor allem eines: ein bayerisches Urgestein, dem passend zu seinem wilden Aussehen auch mal derbe Worte wie „Trottel“ oder „Vollidiot“ entfahren. Seine klaren Worte haben ihm in der Fraktion, in den Fachausschüssen des Bundestages, wo er seit 2005 Abgeordneter ist, wie auch in den Medien allgemeinen Respekt und den Ruf als „scharfe Zunge“ eingebracht.



Nicht nur vom Äußeren her erscheint Hofreiter wie ein Gegenentwurf zu dem stets in geschniegelten Anzügen auftretenden Trittin. Vergraulte der frühere Parteichef die grünen Wähler noch mit seiner Finanz- und Sozialpolitik, so will Hofreiter die Partei zurück zu ihren Öko-Wurzeln holen. „Wir werden uns auf die grünen Themen konzentrieren müssen“, sagte der Toni.

Sein Ziel sei es außerdem, das europapolitische Profil der Grünen und deren Unterschied zu den anderen Parteien deutlicher zu machen. Damit ist klar: Ein Anhänger von Schwarz-Grün ist Hofreiter nicht, zumal er als Parteilinker zählt. Doch in dieser Schublade will er sich nicht sehen: „Ich bin geblieben, was ich bin, nur die Partei ist teilweise in die realpolitische Richtung gewandert.“ Der als Verkehrsexperte geschätzte Toni wird da mit Sicherheit einen anderen Weg wählen. *tws*



Die Gesetze des Hühnerhofes

Aufplustern und Federn lassen / Die grüne FDP / Das Lied vom Klassenfeind / Abtauchen wie Kieler Sprotten / Der Wochenrückblick mit KLAUS J. GROTH

Alles wird gut, ganz bestimmt. Es wird zwar nicht so gut, wie es sich eine Mehrheit der Wähler bei der Bundestagswahl gewünscht hat, aber damit muss man sich abfinden, man kann nicht alles haben. Dann wird es eben anders, und warum das dann besser als gut ist, das wird man uns schon noch rechtzeitig sagen. Jedenfalls reden in Berlin wieder Leute miteinander, die sich vor ein paar Wochen noch nicht einmal mit dem Hintern angesehen haben (jedenfalls nicht, wenn Publikum dabei war). Nun haben sie diese Niederungen verlassen und befinden sich wieder auf Augenhöhe. Die „Augenhöhe“ ist im politischen Berlin eine ausgesprochen begehrte Position. Der Souverän, der Wähler, atmet auf. So wie die Parteien sich nach der Wahl aufgeführt haben, musste dem Souverän angst und bange werden. Ganz, ganz schwierig mache das Wahlergebnis eine Regierungsbildung, eigentlich vollkommen unmöglich, hieß es von allen Seiten. Der Souverän wollte bereits vorschlagen, mal in Italien nachzufragen, dort hat man reichlich Übung darin, Regierungen zu bilden, die es eigentlich gar nicht geben kann. Silvio Berlusconi soll über sehr spezielle Erfahrungen verfügen. Wahrscheinlich stünde der Cavaliere gerne zur Verfügung, weil er demnächst sowieso etwas mehr Zeit hat und vielleicht ganz froh wäre, wenn er mal für ein paar Tage aus Italien raus käme.

Aber so, wie die Dinge sich augenblicklich entwickeln, wird der Berlusconi in Berlin nicht gebraucht. Schade, wäre mal ein interessantes Experiment gewesen. Das sollte uns jedoch nicht weiter grämen, denn wir steuern auf andere Experimente zu. Doch Vorsicht, nicht alles, was interessant ist, ist auch wünschenswert. Auf jeden Fall reden jetzt alle wieder miteinander und sagen, dass sie nicht sagen, worüber sie reden.

Was uns jetzt vorgeführt wird, das kennen wir von Paradiesvögeln. Und von Gockeln. Und von Fröschen. Jeder, der sich wichtigmachen will, bläst sich auf. Meist ist er dann in der Balz. Wer das natürliche Verhalten bei den Balzritualen kennt, der beurteilt das Gebalze um Angela Merkel zurückhaltender als die weniger naturnahen Korrespondenten in der Hauptstadt. Dabei sollten sie sich bei diesen Ritualen auskennen, schließlich haben sie genug Paradiesvögel und Gockel in den eigenen Reihen.

Spätestens seit Franz Müntefering weiß das politische Deutschland: „Opposition ist Scheiße.“ Weil das so ist, will plötzlich so ziemlich jeder mit so ziemlich jedem. Für die CDU sind die Grünen plötzlich (aber keineswegs unerwartet) „eine echte Alternative“. Kann man ja verstehen, nachdem sich deren bisherige Frontmannen und Frontfrauen vom Acker gemacht haben. Aber weiß man, was kommt? Joschka Fischer (nein, keine Sorge, der kommt nicht zurück, der bleibt in seiner Villa im Grunewald) sieht die Grünen schon als Erben der FDP. Deren nunmehr verwaister Platz in der Mitte solle schleunigst von den Grünen besetzt werden, rät er seinen ehemaligen Parteifreunden: „Eine solche Gelegenheit nicht zu nutzen, das wäre mehr als dämlich. Das wäre dumm.“ Ganz schön schlau! Wenn man die Grundfarben Blau und Gelb mischt, dann gibt es ja auch Grün. Es gibt Dinge, über die kann man keine Witze reißen, weil sie bereits einer sind.

> Offenbar wird Berlusconi mit all seiner Erfahrung doch nicht gebraucht

Da ist es beinahe schade, dass auch Claudia Roth den Bettel hinschmeißen will. Sie hatte sich, wie bereits an dieser Stelle zu lesen war, unmittelbar vor dem Wahlkampf noch so schön bei Angela Merkel angeschmust, der Kanzlerin einen „freundlichen, ruhigen und bescheidenen Stil“ bescheinigt, sie als „witzig und angenehm im persönlichen Umgang“ bezeichnet. Was bahnt sich denn da an, hatten wir damals gefragt. Nun wissen wir es. Aber wer weiß, vielleicht kommt Merkel durch diese Mutation, die Fischer empfiehlt, wieder zu ihrem Lieblingspartner, einer nunmehr grünen FDP. Da würde die rote SPD schön dumm gucken, nachdem sie sich vorauseilend von der fröhlichen Erhöhung der Steuern verabschiedete. Viel schneller als die Grünen war sie dabei allerdings nicht.

Die vom linken Flügel der SPD wollen ohnehin lieber an die ganz und gar Roten ranrobben, trauen sich aber noch nicht richtig. Ralf Stegner, Landesvorsitzender der SPD in Schleswig-Holstein mit auffallender Präsenz in Berlin, hat aus seinem Herzen keine Mördergrube gemacht, als er prophezeite, die vergangene Bundestagswahl sei die letzte gewesen, bei der seine Partei den Linken die kalte Schulter gezeigt habe. Offenbar macht der Mann bei den SED-Nachfolgern mehr Gemeinsamkeiten als bei der CDU aus. Da zu befürchten ist, dass der Mann fürs Grobe ausspricht, was andere denken, sei ihm und seinen Gesinnungsgenossen das „Lied vom Klassenfeind“ von Berthold Brecht zur Lektüre empfohlen: „Da mag dein Anstreicher streichen, / den Riss streicht er uns nicht zu! / Einer bleibt und einer muss weichen, / entweder ich oder du … / Das Wort wird nicht gefunden, / das uns beide jemals vereint! / Der Regen fließt von oben nach unten. / Und du bist mein Klassenfeind.“

Jeder kann mit jedem? Na, so ganz scheint das wohl nicht zu stimmen. Stegner mit den linken Sehnsüchten erlebt das gerade ziemlich drastisch im dem von ihm geführten Landesverband. Der Krieg von Kiel könnte freilich auch ein Grund sein, warum sich Ralf Stegner lieber in Berlin als in der schleswig-holsteinischen Landeshauptstadt aufhält. Da wird gerade vorgemacht, was Parteifreunde voneinander halten, nämlich gar nichts. Und wie ein Parteifreund den Worten des anderen traut, nämlich überhaupt nicht. Und wie jeder fest überzeugt sein kann, das Gegenteil des Gesagten sei in Wahrheit gemeint. Ja, wie kommt man denn bloß auf solche Gedanken? Ralf Stegner sagt doch, der Krieg von Kiel habe mit Intrigen nichts zu tun und typisch für die Landespolitik sei die Sache auch nicht. Fehlte nur noch, der Mann behauptete, das seien alles nur kleine Fische, Kieler Sprotten eben. Aber solche Behauptung kann selbst Stegner nicht aufstellen. Schließlich sind die handelnden Figuren die Bürgermeisterin der Landeshauptstadt, der Ministerpräsident des Landes höchstselbst, sein Innenminister, der den Generalstaatsanwalt in Marsch setzte, ein Bundestagsabgeordneter und der Parteivorsitzende, der sich aus der Geschichte nicht raushalten kann.

Nein, kleine Fische sind das allesamt nicht, auch wenn sich jeder gerne zur Sprotte machen würde, um abzutauchen. Aber das geht nun nicht mehr, nachdem die Bürgermeisterin einem bisher als vermögend geltenden Augenarzt, der sich möglicherweise verspekuliert hat, mal so eben in eigener Machtvollkommenheit im Alleingang eine Steuerschuld von 3,7 Millionen Euro erlassen hat. Wie das zu den hehren Forderungen ihrer Partei nach Gerechtigkeit und Steuerehrlichkeit passen soll, hat zum Glück niemand ernsthaft zu erklären versucht. Halt, stopp, der Ministerpräsident, der Parteifreund, der hat es versucht. Der schrieb der Bürgermeisterin eine SMS. Darin stand, wie sie den Verzicht als Segen zum Wohle der Stadt ummünzen könne (nebenbei war das eine kleine Lektion, wie man politisch aus einem Minus ein Plus macht). Leider hat die Bürgermeisterin den fürsorglichen Rat in den falschen Hals bekommen oder nicht richtig verstanden. Jedenfalls hatte sie sofort den Verdacht, ja, war sie felsenfest überzeugt, der angeblich wohlmeinende Rat beweise, dass der Absender Einfluss auf die den Vorgang prüfende Behörde genommen habe (wie kam sie nur darauf?).

Die Bürgermeisterin, gar nicht faul, posaunt diesen schlimmen Verdacht raus, damit war dann nichts mehr zu retten. Als sie und ihr Mann, ein Bundestagsabgeordneter, dann den Innenminister aufforderten, einen Prüfungsbericht vorerst nicht zu veröffentlichen (wozu kennt man sich schließlich und hat in besseren Zeiten in so mancher froher Runde zusammengesessen), sah sich der genötigt und schaltete den Generalstaatsanwalt ein. Jetzt befasst sich der Generalbundesanwalt mit dem Fall. Mit Intrigen und tiefem Misstrauen hat das alles überhaupt nichts zu tun, da können wir ganz beruhigt sein. Und die Fortsetzung abwarten – in aller Freundschaft.

Hans Heckel ist diese Woche im Urlaub.

MEINUNGEN

***Stephan Kohler, Chef der halbstaatlichen** Beratungsagentur dena, erklärt im „Focus“ vom 30. September, warum die deutsche **Energiewende** im Ausland **nicht wirklich als Vorbild** zum Nacheifern gesehen wird:*

„Vor Kurzem habe ich chinesischen Managern das deutsche Energiesystem erklärt. Als ich ihnen erzählt hatte, dass wir auch für Wind- und Solarstrom zahlen, der in Wirklichkeit gar nicht eingespeist wird, weil die Netze voll sind, bekam ich fünf ungläubige Nachfragen. Das Bild, das die Chinesen von den sparsamen, rationalen Deutschen pflegen, hat in diesem Moment erhebliche Risse bekommen. Einer sagte dann in der Pause über das, was er gehört hatte: ‚Interessant. Aber kein Vorbild.‘“

***Norbert Häring kritisiert** im „Handelsblatt“ vom 2. Oktober die Neuauflage der **EZB-Langfristkredite an notleidende Banken**:*

„Die EZB hat mit ihren Prinzipien gebrochen. Zu diesen gehört es, dass sie nur dafür sorgt, dass jederzeit genug Liquidität im System ist, damit alle Überweisungen problemlos ausgeführt werden können. Mit langfristigen Krediten finanziert die Notenbank dagegen Banken, die ein Solvenzproblem haben, denen mangels Kreditwürdigkeit die Pleite droht. In einer Krise sollte eine Notenbank keine Prinzipien reiten. Aber wenn sie Prinzipien bricht, dann sollte das die Wirtschaft am Laufen halten, nicht Bankmanagern ihr Einkommen sichern und Aktionäre vor Verlusten schützen.“

***Josef Schlarmann**, Bundesvorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU, liest der Politik in der Oktober-Ausgabe des **„MittelstandsMagazins“** die Leviten:*

„Die Finanzkrise 2008 dient der Politik als Beweis für generelles Marktversagen und für die Notwendigkeit, den Primat der Politik über die Wirtschaft zu sichern. Der Eigenbeitrag der Politik zum Entstehen dieser Krise wird dabei konsequent ausgeblendet. Statt die wirklichen Ursachen sorgfältig zu analysieren, sucht die Politik ihr Heil in Überregulierung und der Ausweitung staatlichen Engagements, insbesondere im Energiebereich. Zentrale Anliegen früherer Wirtschaftspolitik, nämlich die Liberalisierung von Märkten und die Privatisierung öffentlicher Unternehmen, scheinen vergessen zu sein.“

***Joachim Müller-Jung** bedauert in der „FAZ“ vom 7. Oktober, dass immer seltener in Deutschland tätige Forscher einen **Nobelpreis** erhalten:*

„Ein deutscher Molekulargenetiker wird mit dem Medizin-Nobelpreis ausgezeichnet, und wieder einmal ist es ein Deutscher, der sein halbes Leben lang in den Vereinigten Staaten gelebt und dort sein Forscherglück gefunden hat … Wir bilden junge Wissenschaftler in einem System aus, das ihnen nach dem Abschluss keine große Perspektive, sondern kleine Verträge und gewaltigen bürokratischen Aufwand für die Mittelbeschaffung aufbürdet. Die deutschen Universitäten geraten so immer stärker ins Hintertreffen, und die Politik rühmt sich, dass sie ihrem Ziel, drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts in die Forschung zu investieren, hart auf den Fersen ist. Sie übersieht: Viele Länder sind längst auf dem Weg zu vier Prozent. Deutschland, der langjährige Exportweltmeister, gibt sich dagegen alle Mühe, auch seine Spitzenforscher weiter erfolgreich zu exportieren.“